

ZUR SACHE BW

STRATEGIEN DES FRIEDENS

Wer nicht denkt, hat schon verloren

Hoffnung und Frust

Offiziere sprechen
über den Frieden

Essen, Energie, E-Autos

Wie fair beschafft die
Bundeswehr?

Künstliche Intelligenz

Manches kann auch
künftig nur der Mensch



EVANGELISCHE KOMMENTARE ZU FRAGEN DER ZEIT

AUSGABE 35 1/2019



04 **Wir träumen von einer besseren Welt**

Elisabeth Selbert zum Thema Gleichberechtigung im Jahr 1948

06 **Editorial**

SCHWERPUNKT STRATEGIEN DES FRIEDENS

08 **Klempner des Friedens**

Frieden – ein großes Wort, das im Alltagsgeschäft von Offizieren quasi nicht mehr vorkommt. Dabei träumen offenbar viele davon
Von Gabriele Meister

13 **Nicht den Kampf, sondern die Gegner gewinnen**

Martin Luther Kings gewaltfreier Kampf für die Menschenrechte – lokal und global
Von Michael Haspel

18 **Urlaubsfotos für den Frieden**

Damit Tourismus wirklich zum Frieden beiträgt, muss er sich gegebenenfalls verändern
Von Christina Kamp

21 **Frieden kann Sicherheit besser**

In der aktuellen Situation erscheinen Sicherheit und Frieden als unterschiedliche Ziele. Wer aber die eine will, muss den Weg des anderen gehen
Von Sabine Jaberg

24 **Mensch, Maschine, Krieg**

Autonome Waffensysteme sind weder ganz neu noch per se problematisch. Ein Plädoyer für Differenzierung, Kontextualisierung und Begrenzung
Von Frank Sauer

30 **Einfache Antworten helfen nicht**

Androhung und Einsatz rechtsdurchsetzender Gewalt als Friedensstrategie
Von Friedrich Lohmann

34 **Mit Clausewitz in den Frieden ziehen**

Wer etwas erreichen will, braucht geeignete Ziele, Maßnahmen und Konstellationen. Wer Frieden erreichen will, braucht eine Strategie
Von Hartwig von Schubert

39 **Weltfrieden im Gemeindehaus**

„Shalom“ betrifft alle Lebensbereiche. Deshalb haben die Kirchen auf ihrem Weg zum gerechten Frieden nicht nur die Sicherheitspolitik im Blick – aber auch
Von Frie Bräsen



Das Titelbild und seine Geschichte

Jean Alexis Bangarou ist Bürger der Zentralafrikanischen Republik. Als Vertreter lokaler Autoritäten nahm er im Frühjahr 2018 (in traditioneller Kleidung) an einer Veranstaltung zum „Tag gegen Rassismus“ teil. Mehr ist über Bangarou nicht zu erfahren, durchaus aber über sein Land, in dem UN-Blauhelme die Menschen schützen sollen. Im Februar einigten sich Regierung und Rebellengruppen auf ein Ende des Bürgerkriegs. In Deutschland hörte man kaum davon. Frieden geschieht oft im Stillen.

INHALT



SICHERHEITSPOLITIK

44 **PeaceLab**

Zeit für eine Zwischenbilanz
Von Rüdiger König

47 **Mit einer Kerze im Sturm**

Der israelische Schriftsteller David Grossman zeigt, wie literarische Mittel helfen, im Krieg die eigene Menschlichkeit zu bewahren
Rezension von Katja Dorothea Buck

48 **Blätter für Realpolitik**

Eine Fachzeitschrift präsentiert Analysen und innovative Überlegungen zu Sicherheitspolitik und Strategie
Rezension von Jürgen Schrödl

50 **Wie aus Rechenschaftspflicht Gestaltungsmacht wurde**

Was ist und wie hat man politische Verantwortung?
Rezension von Hartwig von Schubert

FRIEDENSETHIK

52 **Kein Frieden ohne Versöhnung, ohne Gerechtigkeit**

Der gesellschaftliche Übergang nach den Unrechtsregimen in Südafrika und Argentinien verläuft nicht wie erhofft
Von Christian Ehrens

57 **Unerhörte Frauen**

Auch in der Friedensbewegung gab es einen Krieg der Geschlechter. Anne Bieschke schreibt über Friedensfrauen und Friedensmänner
Rezension von Angelika Dörfler-Dierken

58 **Große Hoffnung, kleine Schritte**

Eberhard Schockenhoff hat eine umfassende Friedensethik vorgelegt
Rezension von Thomas Bohrmann

60 Pazifismus als politische Esoterik
Die Synode der Evangelischen Kirche will über den Frieden nachdenken. Ein Essay nennt Grundlagen und provoziert
Rezension von Wolfgang Max Burggraf

INNERE FÜHRUNG

62 **In weiter Ferne die grüne Kaserne**

Mehr Nachhaltigkeit in Kasernen, fair gehandelte oder ökologisch produzierte Waren – damit könnte die Bundeswehr einen Beitrag für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt leisten.
Nutzt sie diesen Hebel?
Von Heike Baier

GLAUBENSFRAGEN

66 **Verheißung oder Gelöbnis?**

Zur Ambivalenz der christlichen Friedensbotschaft
Von Reiner Anselm und Lukas Meyer

71 **Was ist der Mensch?**

In Zeiten von Deep Learning und künstlicher Intelligenz müssen die Menschen herausbekommen, was nur Menschen können
Von Frank Hofmann

74 **Freiheit ist ein schillernder Begriff**

Die evangelischen Kirchen in der DDR zwischen politischer Einbindung und Widerständigkeit
Rezension von Angelika Dörfler-Dierken

76 **Kirche unter den Soldaten**

Der Raum der Stille und der Raum des Abschieds im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg
Von Michael Rohde

77 **Impressum**

78 **Querdenker**

Gut schlafen unter Kunst
in der Westbank



**„Der klare Satz:
,Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘
ist so eindeutig, dass wir ihn nicht negativ
zu umschreiben brauchen.“**



Elisabeth Selbert 1948 im Parlamentarischen Rat



Für die Identität gibt es mittlerweile **mehr als zwei Zuschreibungen**. Transidentität ist im Alltag sichtbar geworden. Um Gleichberechtigung müssen indes noch immer viele kämpfen, auch Frauen

Liebe Leserinnen und Leser!

„Auf keinen Fall was mit Frieden“, sagte der Kollege im Redaktionsbeirat, als wir vor acht Jahren überlegten, ob wir unseren Titel ändern, „dann steigen die Soldaten aus!“ Wir haben seinen Rat befolgt und sind gut damit gefahren. Warum reagieren Menschen, die sich aktiv für den Frieden einsetzen wollen, so empfindlich? Vielleicht wegen schlechter Erfahrungen. Weil zu oft Leute einen billigen Gegensatz aufgemacht haben zwischen der Welt des Tees und der Kerzen auf der einen und der Radargeräte und Raketen auf der anderen Seite. Vielleicht weil Soldatinnen und Soldaten den Eindruck gewinnen mussten, wer Frieden sagt, habe sich bereits festgelegt, welcher eine einzige Weg zu diesem Ziel führt und wer ihn gehen darf. Die Redaktion hat ein Heft zusammengetragen, das anstrengen soll. Die Beiträge schlagen nicht alle in dieselbe Kerbe – im Gegenteil. Wir glauben nicht an einfache Lösungen, also müssen wir die komplizierten suchen! Dazu brauchen wir die Perspektiven der Kirche, der Theologie, des Militärs, der Sicherheitspolitik und des Pazifismus.



Jetzt wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre. Ich bin nicht sicher, was genau dabei herauskommt, aber – das haben wir in den Jahren gelernt – „auf jeden Fall was mit Frieden“.

Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW

SCHWER- PUNKT



STRATEGIEN DES FRIEDENS

1987: Der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan unterzeichnen im Weißen Haus den INF-Vertrag zur Vernichtung nuklearer Mittelstreckensysteme (o.).
Juli 2018: US-Präsident Donald Trump und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich zu Gesprächen in Helsinki (u.). Wenige Monate später kündigen beide den Rückzug aus dem INF-Vertrag an



KLEMPNER DES FRIEDENS



Frieden – ein großes Wort, das im Alltagsgeschäft von Offizieren quasi nicht mehr vorkommt. Dabei träumen offenbar viele davon.

Wie kommen sie mit diesem Zwiespalt klar?

Unsere Autorin hat sich umgehört

Von Gabriele Meister

Die überzeugtesten Pazifisten sind diejenigen Soldaten, die dem Krieg in sein Antlitz geschaut haben“, sagt Oberstleutnant Michael Meier am Telefon. Kurze Pause. „Na, weil Krieg Scheiße ist“, schiebt Meier nach. „Das Zitat habe ich mal beim Volkstrauertag aufgeschnappt. Es spiegelt für mich die Summe jahrhundertelanger Kriegserfahrung wider.“

Meiers Sätze werfen Fragen auf: Kann man das überhaupt sein – gleichzeitig Pazifist und Soldat? Ist ein Pazifist nicht jemand, der militärische Mittel ablehnt? Und was bedeutet dann Frieden? Und was Krieg?

Meier ist einer von vier Offizieren, die helfen sollen, Antworten auf diese Fragen zu finden. Kurz vor dem Telefonat ist er zu Hause angekommen. 20 Uhr, seine Tage im Verteidigungsministerium sind lang. Ein „sensibler Arbeitsbereich“, wie er sagt. Deshalb möchte er seinen richtigen Namen lieber nicht nennen.

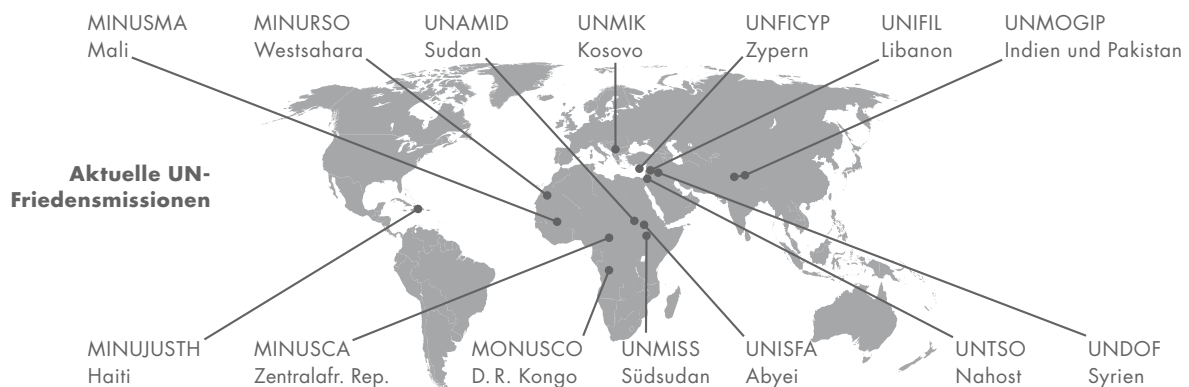
Einer, der sich aufreibt

„Ich war auf dem Balkan, in Afghanistan und in Mali im Einsatz“, erzählt Meier. „Krieg geht an keinem spurlos vorbei, das sehen Sie schon am Straßenbild: Tage-

löhner warten auf Arbeit, Zerstörungen und Trostlosigkeit sind allgegenwärtig, die Leute überleben eher, als dass sie leben. Auch wenn die Kämpfe beendet sind – wie auf dem Balkan –, heißt das noch lange nicht, dass Frieden herrscht. Die Menschen haben Angst, auf die Straße zu gehen, sie müssen Schmiergeld zahlen, um ihre Familie zu versorgen, sie haben keine Rechtssicherheit. So was wünscht sich niemand auf der Welt. Infolgedessen kann man eigentlich nur zum Pazifisten werden.“

Wer mit Meier spricht, bekommt den Eindruck, dass sich da einer aufreibt – Gefahren auf sich nimmt und von früh bis spät arbeitet. Für den Frieden. Weil irgendjemand, so sieht er es, Einhalt gebieten muss, wenn Terroristen eine Region kontrollieren. Mit Meiers Worten: „Der Klempner hat auch keine Lust auf braune Soße, aber einer muss den Job ja machen.“

Ähnlich, wenn auch weniger plakativ, sagen es andere Offiziere im Gespräch: Frieden schaffen, das sei doch der genuine Auftrag der Bundeswehr. Der Wille des deutschen Volkes, „dem Frieden der Welt zu dienen“, stehe in der Grundgesetzpräambel, sagt Meier.



Neue Begriffe, gleiche Ziele?

Wie viel man davon im Bundeswehralltag spüren kann, ist allerdings fraglich. In den 1990er Jahren fielen Begriffe wie „Peace Keeping“ und „Peace Enforcing“ in der Truppe häufig. Und heute? Im Weißbuch von 2016 ist vor allem die Rede von „Nation Building“ und „Secure and Stable Environment“ beziehungsweise von „Konflikten“, „Attacken“ und „nicht stabilem Umfeld“. Allenfalls die „Friedenstruppe“ als Bezeichnung für die UN-Blauhelm-Soldaten scheint noch ein Überbleibsel des Begriffs „Frieden“ zu sein.

„Frieden als Begriff allgemein ist nicht out, aber die Interpretation hat sich stark gewandelt“, widerspricht Oberst a. D. Martin Klein, 63, der als Reservist den

Leiter der Akademie im Zentrum Informationsarbeit in Strausberg vertritt. „Im Kalten Krieg waren wir in Konfrontation erstarrt. Mit der Wiedervereinigung schien Frieden plötzlich gestaltbar. Allerdings hielt die Euphorie nicht lange an: Nach dem Kosovokrieg mussten wir erkennen, dass Abwesenheit von Gewalt längst nicht ausreicht für ein friedliches Miteinander. Vielleicht benutzt man deshalb heute eher handwerklich-politische Begriffe wie ‚Nation Building‘, das klingt realistischer als ‚Frieden‘. Die Frage, wie wir ihn erreichen können, lässt uns natürlich trotzdem nicht los, denn letztlich fragt sie, welche Werte uns leiten.“

Die „Werte der Bundeswehr“. Wieder ein abstrakter Ausdruck. Wie lässt sich „Frieden“ als Wert vermitteln?

Zwei, die über den Frieden nachdenken: Oberst a. D. Martin Klein (l.) leitet als Reservist zeitweilig das Zentrum Informationsarbeit in Strausberg. Oberstleutnant Heiko Schraml ist stellvertretender Kommandeur beim Sanitätsregiment 1 in Berlin



Wer für Friedenseinsätze gesucht wird

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze sucht Fachkräfte für Friedensmissionen internationaler Organisationen. Aufgabenfelder sind:

- Politische Beratung und Analyse
- Aufbau demokratischer Institutionen
- Humanitäre Angelegenheiten
- Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wiederaufbau
- Beobachtung und Berichterstattung
- Missionsmanagement (Verwaltung und Personalwesen, Informationstechnologie, Logistik und Beschaffung, Transport, medizinische Versorgung, Sicherheit, Ingenieurwesen)

Quelle: Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

„DIE ÜBERZEUGTESTEN PAZIFISTEN SIND DIEJENIGEN SOLDATEN, DIE DEM KRIEG IN SEIN ANTLITZ GESCHAUT HABEN“

Oberstleutnant Michael Meier

Anruf bei Oberstleutnant Heiko Schraml, 43 Jahre alt, bis vor kurzem in München als Inspektionschef für die Ausbildung von Unteroffizieren und Feldwebeln des Sanitätsdienstes zuständig, nun S3 und stellvertretender Kommandeur beim Sanitätsregiment 1 in Berlin.

Frieden der Einheit sichern

Noch bevor die erste Frage gestellt ist, beginnt Schraml seinerseits mit Gegenfragen: Ob 8.30 Uhr am Montag eine angenehme Zeit zum Telefonieren sei, ob er noch etwas tun könne. Schon möglich, dass er mit einer Journalistin anders spricht als mit Unterstellten. Trotzdem: Es klingt freundlich und zuvorkommend, als habe Schraml gerade einen Sessel angeboten. „Wenn man Menschen inneren Frieden ermöglicht, wird auch äußerer Frieden möglich – in der Einheit und im Umgang mit Fremden“, sagt Schraml.

Er weiß, wovon er spricht. Als junger Adjutant beim Kommandeur der Division Luftbewegliche Operationen wollte er einst seine eigene Hochzeit verschieben, um einem Auftrag nachzukommen. Der Hausseg-

hing schief. Bis sein Vorgesetzter, Generalmajor von Buttlar, die Notbremse zog und die Hochzeit rettete. „Er hat mir klargemacht, dass der Dienst der Bundeswehr immer Dienst am Menschen ist. Je mehr du dich um deine Leute kümmerst, umso mehr werden sie zurückgeben. Diesen ‚inneren Frieden‘ zu ermöglichen ist mir heute als Vorgesetzter enorm wichtig. Das ist nicht immer einfach, aber man hat einen gewissen Spielraum.“

Spielraum für den inneren Frieden? Das kann mit Blick auf die Personalknappheit und Auslastung in der Truppe erstaunen.

„Die Bundeswehr ist streng hierarchisch organisiert. Angesichts der gesellschaftlichen Individualisierung kommt es da natürlich zu Spannungen“, sagt Schraml. „Trotzdem ist Befehl und Gehorsam eigentlich nur der letzte Weg. Viel besser ist es, wenn die Leute selbst motiviert sind, ihr Bestes zu geben.“

Natürlich gehe die Strategie nicht immer auf, gibt er offen zu: „Bei uns ist die Fokussierung auf das Schießen weniger ausgeprägt als in der Kampftruppe. Aus



Mehrere, teils ehemalige Soldaten, ihre Angehörigen und ein Pfarrer berichten mit bedrückenden Details über Auslandseinsätze und die Folgen. Auch ehemalige Soldaten der Wehrmacht erzählen, wie sie der Krieg ein Leben lang geprägt hat – sehr sehenswert: www.tinyurl.com/zdf-einsatzfolgen



Hat in Sudan mit Warlords verhandelt:
Brigadegeneral
Stefan Lüth

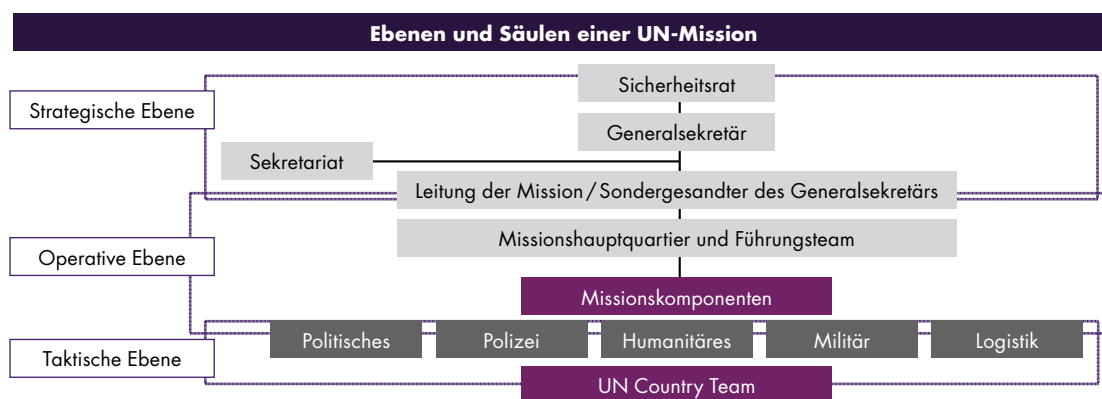
meiner früheren Verwendung in der Truppe kenne ich natürlich Soldaten, die denken, sie könnten ohne Ausbildung beziehungsweise Regeln losschießen. Und zweimal hatte ich sogar Personen mit nationalsozialistischer Gesinnung in der Einheit. Ich bin an einem Häuserblock vorbeigegangen und habe rechte Marschmusik gehört. Ein anderes Mal wurde mir ein ähnlicher Vorfall gemeldet. Da müssen Sie sofort handeln, alle Beteiligten vernehmen und die Verfehlungen ahnden. Aber vor allem: Die Anstifter aus der Einheit herausnehmen. Nur so kann man den Frieden in der Einheit gewährleisten.“

Die Anstifter trennen und versetzen, um den Frieden zu gewährleisten – innerhalb der Bundeswehr vergleichsweise einfach. Was aber tun, wenn Warlords oder Terroristen den Frieden gefährden?

Belohnung statt Strafe

Einer, der sich mit solchen Fragen auskennt, ist Brigadegeneral Stefan Lüth, 53. Als „Chief of Staff Joint Monitoring and Coordination Office“ der UN-Mission

in Sudan (UNMIS) moderierte er 2011 Gespräche zwischen Konfliktparteien: „Die UN-Mission verfolgte einen integrativen Ansatz. Wenn man beispielsweise die Untergrundkämpfer nicht am gesellschaftlichen Aufschwung teilhaben lässt, wird es immer weiter zu Auseinandersetzungen kommen. Ich erinnere mich an ein Gespräch, bei dem wir das sudanesisches Militär unterstützt haben. An seinem Standort trafen wir einen jungen Mann im Glitzerlackanzug, der mich sofort an einen Zuhälter denken ließ. Das war ein Warlord, der mit uns verhandeln wollte. Wir stellten uns kurz vor, dann machten wir unsere Bedingungen klar: Die Kämpfer sollten die Landesgrenzen zwischen Nord- und Südsudan respektieren, sie sollten alle Waffen abgeben und die Kinder unter ihnen sollten von den UN versorgt werden. Im Gegenzug würde er einen guten Posten im sudanesischen Militär bekommen. Ob es dem Warlord bei dieser Verhandlung um Frieden ging? Ich glaube nicht. Wahrscheinlich hatte er erkannt, dass es nichts bringt, sich weiterhin dem Militär zu widersetzen. Deshalb versuchte er, sich nun innerhalb dieser





Gabriele Meister
hat evangelische
Theologie studiert und
arbeitet von Mainz
aus als Journalistin.

Struktur einen persönlichen Vorteil zu verschaffen. Aber er hat sich auf unsere Forderungen eingelassen. Das hat für uns gezählt.“

Kann man Frieden also durch Deals wie „Waffe gegen Amt“ erzwingen und die Gesinnung des einzelnen erst einmal beiseitelassen?

„Natürlich wird man manche Ethnien nicht durch eine einzelne UN-Mission dazu bringen, Menschenrechte einzuhalten“, gibt Lüth zu. „Wenn es seit Jahrhunderten üblich ist, fehlende Frauen und Kinder beim Nachbarvolk zu stehlen, um so das eigene Überleben zu sichern, dann erscheint das für die Betroffenen als probates Mittel. Andererseits habe ich in Sudan aber auch gesehen, dass Frauen sich inzwischen wieder frei auf dem Markt bewegen konnten und Kinder mit einer Coladose Fußball gespielt haben. So stinkend und dunkel dieser Markt auch war und so zerfetzt die Kleidung der Kinder, sind das doch viele kleine Schritte für eine gesellschaftliche Grundlage, die ich jetzt mal ‚Frieden‘ nenne.“

Zum Frieden gehören zwei

Michael Meier, der Oberstleutnant aus dem Verteidigungsministerium, sieht die Lage nicht so positiv. „Am Lagerfeuer sitzen und ‚We shall overcome‘ singen reicht jedenfalls nicht“, sagt er. „Gott hat dem Menschen den freien Willen gegeben. In negativer Konsequenz bedeutet das: Er kann sich entschließen, Krieg zu führen. Einmischen klingt negativ, aber eigentlich

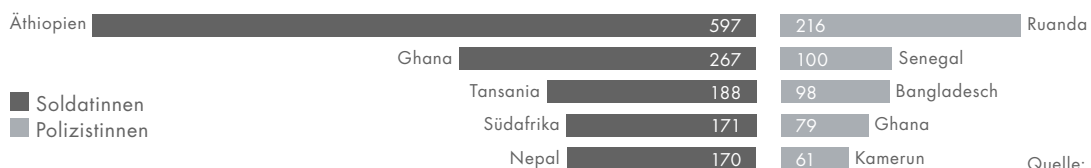
müsste die westlich orientierte Welt viel mehr tun. Die Zurückhaltung gegenüber Krieg in Deutschland hat aus historischen Gründen ihre Berechtigung. Aber sie versperrt den Blick darauf, dass nicht alle so denken und sich im Krieg nicht alle an die Regeln halten wie Gutmenschen.“

„Frieden erzwingen können wir nicht“, sagt auch Oberst a. D. Martin Klein. „Aber wir können wie ein Anästhesist bei einer Operation eine begrenzte Zeit für Ruhe sorgen, um den Heilungsprozess in Gang zu setzen. Die Politiker vor Ort, bildlich gesprochen die Chirurgen, müssen dann Polizei, Industrie und alles weitere aufbauen.“

Was aber, wenn dieser „Heilungsprozess“ nicht in Gang kommen will, so wie beispielsweise in Afghanistan? „Natürlich ist das frustrierend“, sagt Meier. „Wie viel Geld schon in die Einsätze geflossen ist und wie viele Menschenleben das gekostet hat. Da denke ich schon oft: Was müssen wir noch alles tun? Aber zum Frieden gehören eben immer zwei. Der Friedlichste kann nicht in Frieden leben, wenn der Nachbar es nicht will. Persönlich habe ich das Gefühl von Frieden nur noch im Sommerurlaub, weit weg von der Arbeit, oder an Weihnachten bei der Familie. Ansonsten ist Frieden eine Utopie für mich. Was mich noch bei der Bundeswehr hält, ist trotz allem die Hoffnung auf Besserung. Denn wenn Sie keine Hoffnung mehr haben, brauchen Sie morgens gar nicht mehr aufzustehen.“

Peacekeeping-Einsätze: Woher die meisten Frauen kommen

Zwischen 1957 und 1989 dienten nur 20 Frauen in Uniform als Peacekeeper, derzeit sind es rund 4500 Frauen in Uniform.



Quelle: UN 2018

NICHT DEN KAMPF, SONDERN DIE GEGNER GEWINNEN



Martin Luther Kings gewaltfreier Kampf für die Menschenrechte – lokal und global

Von Michael Haspel

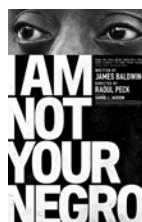
1.

Gewaltfreier Protest für Bürgerrechte aus christlicher Motivation

So beginnt die Geschichte des Busboykotts von Montgomery: Rosa Parks hat sich nach einem langen Arbeitstag geweigert, ihren Platz im Bus für einen Weißen frei zu machen... Aber wie ging es weiter? Es war eine Gruppe engagierter Frauen des *Women's Political Council*, die dann in Solidarität mit Rosa Parks und als Protest gegen die Segregationsgesetze am Tag der Gerichtsverhandlung, dem 5. Dezember 1955, zu einem Busboykott aufgerufen haben. Dieser war absolut erfolgreich. Es war aber klar, dass man die afroamerikanische Bevölkerung dafür nur dauerhaft mobilisieren und organisieren konnte, wenn die Pfarrer der Schwarzen Kirchen dafür gewonnen werden konnten und diese wiederum die kirchlichen Kommunikationsnetzwerke und Ressourcen dafür aktivierten. Die dazu spontan gebildete *Montgomery Improvement Association* brauchte einen Vorsitzenden. Der junge, dynamische, redegewaltige und hoch gebildete Pfarrer der *Dexter Avenue Baptist Church*, der noch



Prof. Dr. Michael Haspel lehrt Systematische Theologie am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt.



I AM NOT YOUR NEGRO

Der oscarnominierte Dokumentarfilm basiert auf Aufzeichnungen des 1987 verstorbenen Schriftstellers James Baldwin. Er schildert die Ermordung der Bürgerrechtler Malcolm X, Martin Luther King und Medgar Evers, mit denen Baldwin befreundet war, und befasst sich mit grundsätzlichen Fragen afroamerikanischer Identität. USA 2017, 93 Minuten.



nicht lange in der Stadt war, wurde dafür auserkoren, da er noch nicht in die Rivalitäten der alten Hasen verstrickt war. Martin Luther King hielt dann ohne größere Vorbereitung bei der ersten Massenversammlung des Busboykotts am Abend des 5. Dezember 1955 in der *Holt Street Baptist Church* eine beeindruckende Rede. Dabei verband er die biblisch-christliche Botschaft der gleichen Würde aller Menschen mit dem in der Aufklärungstradition stehenden und in der Unabhängigkeitserklärung der USA formulierten Konzept der gleichen natürlichen Rechte der Menschen. Vor allem aber qualifizierte er die Boykottbewegung als christliches Unternehmen, das deshalb gewaltfrei gestaltet werden müsse.

Wir wissen heute, dass King zu diesem Zeitpunkt weniger über Gandhis Ansatz der Gewaltfreiheit und die Techniken des aktiven gewaltfreien Widerstandes wusste, als er es in seinem Buch zum Busboykott *Stride Toward Freedom* darstellte. Es waren zunächst Berater von außen, welche die Boykottbewegung in Methoden des aktiven gewaltfreien Widerstandes anleiteten. Aber King hat von Anfang an in seiner Rede in der *Holt Street Baptist Church* keinen Zweifel daran gelassen, dass nur der Weg der Gewaltfreiheit zum Ziel führen kann. Denn sein Ziel war, nach Aufhebung der Segregation eine integrierte Gesellschaft zu gestalten. Es ging also nicht darum, die Gegner zu besiegen, sondern die Segregation so zu überwinden, dass hinterher ein gedeihliches Zusammenleben möglich wäre.

Gerade in dieser Phase betonte King, dass die Bereitschaft zum Leiden im gewaltfreien Widerstand notwendig und Ausdruck christlicher Liebe sei. Er knüpfte dabei an die Bilder des leidenden Gottesknechtes beim alttestamentlichen Propheten Jesaja und an die Passion Christi an. Das Leiden im aktiven gewaltfreien Widerstand wurde so als konsequente Nachfolge und als Leiden, das Erlösung ermöglicht (*Redemptive Suffering*), interpretiert. Wichtig ist dabei zu sehen, dass das für King gerade kein passives Erdulden des Unrechts ist. Für ihn geht es vielmehr um das Leiden, das im aktiven gewaltfreien Widerstand gegen das Unrecht nicht immer vermeidbar ist. King vertraute zu diesem Zeitpunkt darauf, dass die Unterdrücker, wenn sie die Bereitschaft der Schwarzen zum Leiden aus Liebe wahrnahmen, von ihrer Sünde bekehrt würden und selbst für die Rechte der Schwarzen in einer integrierten „geschwisterlichen“ Gesellschaft einträten.

167 000

Menschen leben in Deutschland in sklavenähnlichen Verhältnissen, gibt der Global Slavery Index 2018 an. Bei dem Großteil handelt es sich um Zwangsprostituierte, die vor allem aus Deutschland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Nigeria und der Ukraine stammen.
www.tinyurl.com/Sklaverei-Deutschland

2.

Aktiver gewaltfreier Widerstand als politisches Zwangsmittel

Neben der *moralischen* Dimension hatte die Gewaltfreiheit also von Anfang an immer auch schon die *strategische* Dimension, dass die Wahl der Mittel im Kampf gegen den Rassismus, die Ungerechtigkeit und Ausbeutung ein harmonisches Zusammenleben nach ihrer Überwindung ermöglichen sollte. Hinzu kam, dass angesichts der Kräfteverhältnisse, der Verfügbarkeit an Waffen und der Zahl ausgebildeter Kämpfer eine bewaffnete Auseinandersetzung niemals von den Schwarzen hätte gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang wird meist übersehen, dass auch Malcolm X nicht etwa einen bewaffneten Aufstand befürwortete, sondern das Recht der Selbstverteidigung betonte. So haben sich auch an nicht wenigen Stellen schwarze Bürgerwehren gebildet, die zum Teil recht erfolgreich gegen Aktionen des Ku-Klux-Klan vorgegangen sind. Ein flächendeckender bewaffneter Aufstand wäre allerdings kontraproduktiv gewesen.

Der aktive gewaltfreie Widerstand hatte aber auch eine *taktische* Dimension. King wurde zum einen für seinen Ansatz, dass die Unterdrückten zur Überwindung der Unterdrückung weiteres Leiden auf sich nehmen sollten, um auch noch die Unterdrücker aus ihrem sündhaften Verhalten zu erlösen, vom radikaleren Flügel der Bürgerrechtsbewegung massiv kritisiert, vor allem von den Aktivist:innen des *Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC)*. Zum anderen praktizierten diese ab Anfang der 1960er Jahre dynamischere Methoden des Protests. Nicht nur Boykott von Geschäften etwa, sondern Sit-ins, nicht nur Boykott von segregierten Bussen, sondern Freiheitsfahrten. Diese Methoden eskalierten die Konflikte und provozierten so das Eingreifen von Bundesbehörden und Bundestruppen zum Schutz der Aktivist:innen und zur Durchsetzung von Anordnungen von Bundesgerichten in den Südstaaten.

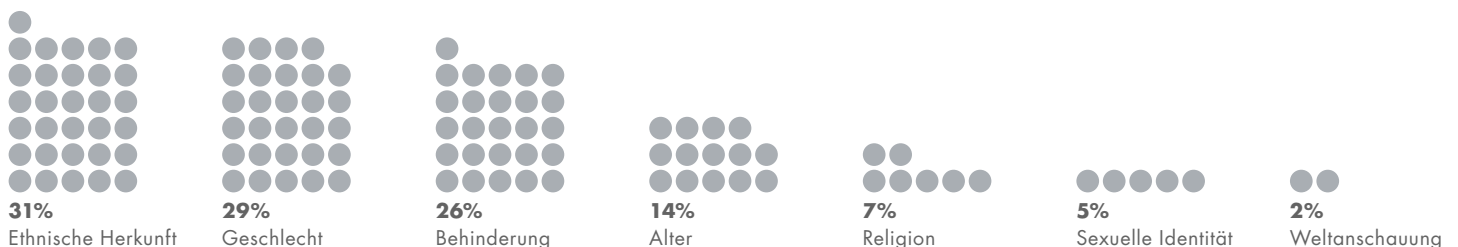
Nachdem King nach dem großen Triumph in Montgomery mit mehreren Aktionen keine großen Erfolge erzielt hatte, in Albany 1961 sogar weitgehend gescheitert war, übernahm er diese Taktik und perfektionierte sie. Das taktische Ziel der Protestaktionen



Birmingham (Alabama) galt als Zentrum der Segregation. Martin Luther King, hier bei einer Pressekonferenz, organisierte im Frühjahr 1963 Proteste und konnte durchsetzen, dass die Rassentrennung in vielen Bereichen aufgehoben wurde

Welche Merkmale führen zu Diskriminierung?

Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2018)
Mehrfachnennungen enthalten



Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Jahresbericht 2018

etwa in Birmingham 1963 und Selma 1965 war – angesichts einer brutalen und rassistischen Politik der Stadtverwaltungen – nun explizit die Eskalation der Konflikte, um über die Berichterstattung in den Medien die nationale Öffentlichkeit und letztlich die Bundesregierung zum Eingreifen zu motivieren. An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob hier im strengen Sinne noch von Gewaltfreiheit gesprochen werden kann, wenn die Provokation von Gewalt als taktisches Mittel eingesetzt wird. Ohne dies in diesem Rahmen vertiefen zu können, ist hier an die Argumentation des Theologen Reinhold Niebuhr zu erinnern, dass die entscheidende politisch-ethische Kategorie nicht die der Gewalt sei, sondern die des Zwangs. Denn auch gewaltfreier Zwang könne erhebliche negative Konsequenzen haben, ein Boykott oder eine Blockade etwa viele Menschen das Leben kosten.

Allerdings, so wird man konstatieren müssen, ist diese Phase die erfolgreichste für die Bürgerrechtsbewegung und King. 1964 wird der *Civil Rights Act*, 1965 der *Voting Rights Act* verabschiedet. Damit wurde die rechtliche Segregation und Ungleichbehandlung in den USA aufgehoben.

3.

Die dreifachen Übel: Rassismus, Armut und Militarismus

Ab 1965 ändert sich die Agenda Kings. Zum einen legte er den Schwerpunkt seines Engagements auf den Kampf gegen Armut sowie soziale und wirtschaftliche Benachteiligung der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner in den Ghettos der Städte in den Nordstaaten. Zum anderen fing er an, sich zunächst zögerlich, 1967 und 1968 dann nachdrücklich öffentlich gegen den Vietnamkrieg zu äußern und zu engagieren. Viele sehen als Grund dafür einen grundsätzlichen, im Ansatz des gewaltfreien aktiven Widerstandes begründeten Pazifismus Kings. Das scheint mir aber nicht so eindeutig zu sein, wie oft dargestellt wird.

Unzweifelhaft ist, dass King vehement gegen den Vietnamkrieg und definitiv ein Nuklearpazifist war. D. h., angesichts des nuklearen Rüstungswettlaufs während des Kalten Krieges hatte in seiner – berechtigten – Wahrnehmung jeder bewaffnete Konflikt das Potenzial einer nuklearen Eskalation und war deshalb kategorisch abzulehnen. Es gibt aber auch Aussagen von ihm, dass er z. B. den Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive der Alliierten als Kampf gegen die Kräfte des Faschismus als „gerechten Krieg“ angesehen hat. Darüber hinaus hat er sich nie kritisch über die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch Nelson Mandela in Südafrika geäußert,

King war eben – zumindest auch – aus konkreten politischen Gründen gegen den Vietnamkrieg

Parolen einer friedlichen Revolution

Die Zeit des Schweigens ist vorbei!

Mehr Demokratie als Hierarchie!

Kein Personenkult mehr!

Mauer ins Museum!



obwohl er die Entwicklungen dort genau verfolgte und mit dem von Mandela ausgebooteten Vorsitzenden des NAC, der auch für gewaltfreie Mittel im Kampf gegen die Apartheid eintrat, in brieflicher Kommunikation stand.

King war eben – zumindest auch – aus konkreten politischen Gründen gegen den Vietnamkrieg. Zum einen sah er darin einen neokolonialen Krieg, in dem überwiegend weiße Menschen gegen „braune“ Menschen, wie er es nannte, kämpften. Zum anderen analysierte er treffend, dass es einen Zusammenhang zwischen den Kosten des Krieges und der gesellschaftlichen Militarisierung einerseits und der Verschlechterung der Situation der Armen in den USA andererseits gab. In seinem Buch *Where do we go from here?*, das 1967, also ein Jahr vor seiner Ermordung, erschien, entfaltete er eine Analyse des Rassismus, die darlegte, dass Rassismus nicht nur eine Frage individueller Einstellungen ist, sondern vor allem eine gesellschaftliche Struktur, welche die Privilegien einer Gruppe auf Kosten einer anderen sicherte (*White Supremacy; White Privilege*). Von diesem Verständnis aus entfaltete er den strukturellen Zusammenhang von Rassismus, Armut und Krieg bzw. Militarismus. Darauf baute seine Strategie auf, dass die Probleme nicht einzeln zu bekämpfen seien, sondern zusammen überwunden werden müssen. So engagierte er sich gegen den Vietnamkrieg, auch wenn er wusste, dass ihn das Populärkeit und die Bürgerrechtsbewegung Unterstützung, nicht zuletzt finanzieller Art, kosten würde.

War King also kein Pazifist? Ja, doch, aber kein Fundamentalist. Seine Grundüberzeugung war, Gewalt und Krieg zu überwinden. Jedoch legte er seiner Ablehnung des Vietnamkrieges eben auch eine konkrete politische Analyse und Argumentation zugrunde. Wenn wir also heute von Martin Luther King lernen wollen, wäre das aus meiner Sicht auf drei Ebenen zu tun: Zunächst ist mit King in christlicher Perspektive das Ziel der Überwindung von Gewalt und Krieg festzuhalten. Zum zweiten erfordert die Verfolgung ethischer Ziele im Bereich des Politischen eine klare Analyse und dann eine ethisch verantwortete, aber praktisch wirksame Auswahl der geeigneten Mittel. Das können uns weder King noch irgendein ethischer Fundamentalismus abnehmen. Wir müssen selbst verantwortlich urteilen und handeln. Und, *last but not least*, Rassismus, Armut und Krieg als strukturellen (welt-)gesellschaftlichen Zusammenhang erkennen und dementsprechend die Änderung dieser *Strukturen* in den Mittelpunkt rücken, das wäre ganz im Sinne Kings. Allerdings hat er schon in seiner Analyse betont, dass das ein schwieriger Weg ist, weil wir, die wir in den Komfortzonen dieser Welt und dieser Gesellschaft leben, unsere dadurch gesicherten Privilegien aufgeben müssten. ▲

Erst Stasi abbauen,
dann wächst Vertrauen!

Vorwärts zu neuen Rücktritten!

Nie mehr Angst,
Betrug und Bevormundung!

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig mehr als 70 000 Menschen für Reformen in der DDR. Die Stasi dokumentierte ab diesem Zeitpunkt bis zum Mauerfall rund 1200 unterschiedliche Parolen, darunter auch immer lauter werdende Rufe nach Wiedervereinigung. Die komplette Stasiakte zum Nachlesen: www.tinyurl.com/1989-Parolen

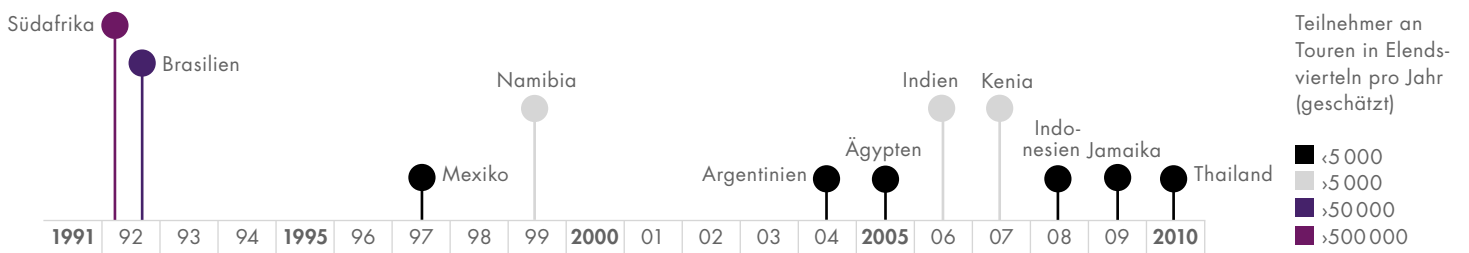
Das Hotel „mit der hässlichsten Aussicht der Welt“ – damit wirbt das Management des Walled Off Hotels in Bethlehem, Westjordanland



Der Künstler Banksy eröffnete das Hotel im März 2017 direkt an den israelischen Sperranlagen. Der Name „Walled Off“ erinnert an das Luxushotel Waldorf Astoria in New York. Er bedeutet aber „abgeschottet“

Slumtourismus im globalen Süden

Die Anfänge



URLAUBSFOTOS FÜR DEN FRIEDEN

**Es kann Konflikt- und Post-Konflikt-Regionen guttun,
dass Gäste kommen und ein Land nicht allein bleibt.
Damit Tourismus wirklich zum Frieden beiträgt,
muss er sich gegebenenfalls verändern**

Von Christina Kamp

Die Mongolen sind wieder da. Aber mit friedlichen Absichten.“ Mit diesen Worten präsentierte der damalige Präsident der Mongolei zum Auftakt der Internationalen Tourismusbörse (ITB) 2015 sein Land als offizielles Partnerland der Messe. Einst hatten mongolische Reiterhorden mit Waffengewalt weite Teile Asiens und Europas erobert und zum größten Weltreich der Geschichte vereint. Diese Zeiten sind lange vorbei. Die heutigen globalen Eroberungszüge sind anderer Natur. Eine solche Eroberungsgeschichte jüngeren Datums ist die des internationalen Tourismus.

Seit einigen Jahrzehnten erlebt die Menschheit eine rasante Globalisierung, die bis in die abgelegensten Ecken der Welt vordringt. Der globale Austausch von Waren und Dienstleistungen, von Informationen, Wissen und Werten und nicht zuletzt von Menschen – ob als Touristen oder als Migrantinnen – wird durch ein friedliches

Umfeld erleichtert und kann es zugleich befördern. Dem Tourismus, der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen persönlich zusammenbringt, wurde schon früh ein hohes Potenzial zugesprochen, zu Frieden und Völkerverständigung beizutragen.

„Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“ sind eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die die Weltgemeinschaft in der Agenda 2030 festgeschrieben hat. Ob der Tourismus hilft, die Ziele zu erreichen, oder sich womöglich kontraproduktiv auswirkt, haben Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Teilen der Welt in einem „Transforming Tourism“-Kompendium untersucht. Darin wird betont, dass der Tourismus stabile politische Rahmenbedingungen und Sicherheit braucht – auf der Grundlage von Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen.

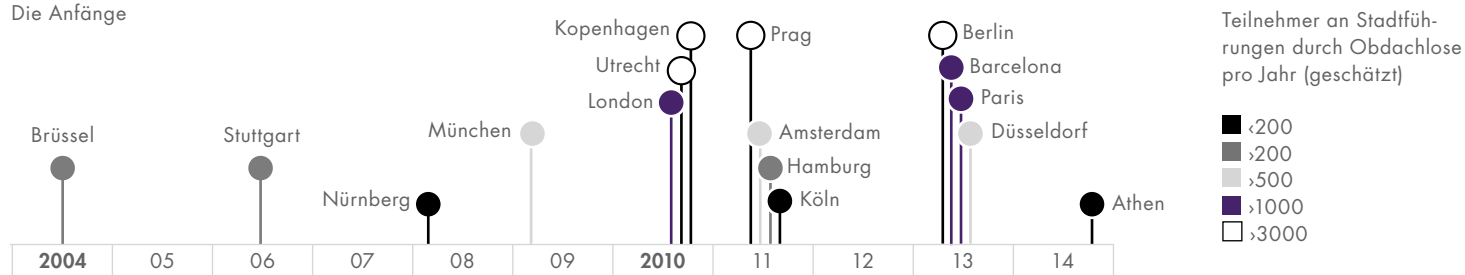
Der Tourismus ist eine fragile, unmittelbar störungsanfällige Branche. Medienwirksame terroristische Anschläge in Urlaubsregionen verunsichern Reisende und können sie dazu veranlassen, Reisen abzubuchen, umzubuchen oder zu stornieren. Im einst so beliebten Urlaubsland Tunesien sind nach einer Analyse des Weltwirtschaftsforums von 2017 Sicherheitsprobleme zum größten Engpass für Entwicklung geworden. Dabei wirkte sich der Terrorismus auf die Konkurrenzfähigkeit des Landes im internationalen Tourismus besonders destabilisierend aus.

Tourismus in Post-Konflikt-Regionen

In einigen Ländern, in denen über Jahre oder Jahrzehnte Kriege oder Konflikte herrschten, bleiben die Folgen lange spürbar. So stellen Landminen in Kambodscha oder Streubomben in Laos für die Bevölkerung bis heute eine Bedrohung dar. Tourismus

Armutstourismus in Europa

Die Anfänge



Quelle: Manfred Rolfes, Tourismus und Armut. Zwischen Voyeurismus, Aufklärung und Armutslinderung, Passau 2015.

ist in noch nicht geräumten Gebieten nur eingeschränkt möglich.

Durch eine verfehlte Tourismuspolitik nach Konflikten können Chancen verspielt werden, wie z. B. in Sri Lanka. In den früheren Konfliktregionen im Norden und Osten des Landes werden heute wesentliche Bereiche – auch des Tourismus – vom Militär kontrolliert. Darunter zu leiden haben die Einheimischen. Die nationale Solidaritätsbewegung der Fischer (NAFSO) in Sri Lanka und die Gesellschaft für bedrohte Völker in der Schweiz haben in ausführlichen Berichten gravierende Menschenrechtsverletzungen angeprangert: Fischer und Bauern hätten in vielen Gegenden ihr Land und ihren Zugang zum Meer verloren – und damit ihre wichtigsten Lebensgrundlagen.

Eine touristische Entwicklung, die den Einheimischen nützt und von ihnen selbst gesteuert wird, kann dagegen zur Friedenskonsolidierung nach Konflikten beitragen. In Guatemala tobte von 1960 bis 1996 ein Bürgerkrieg. 2007 begann die Gemeinschaft von Río Negro mit dem Bau eines Bildungszentrums zur Aufarbeitung und Vermittlung ihrer Kultur und Geschichte: das „Centro Histórico y Educativo Rijj Ib'ooy“. „In Río Negro bekommen Besucher einen angemessenen Eindruck davon, wie die Mayagemeinde den Schmerz der Vergangenheit in eine positive Haltung gegenüber dem Leben verwandelt hat“, heißt es in der Preisbegründung für den „TO DO Award“ 2010, mit dem das Zentrum als beispielhaft für sozial verantwortlichen Tourismus ausgezeichnet wurde.

In Kolumbien ist nach Jahrzehnten des bewaffneten Konflikts der Frieden noch jung. Für viele Menschen vor Ort ist es wichtig zu wissen, dass die Welt ein Auge auf die Situation in ihrem Land hat. Des-

halb organisieren die friedenspolitische Organisation Rodeemos el Diálogo (ReD) und der Reiseveranstalter Justice Travel Begegnungen zwischen ehemaligen Guerilleros und Touristen. Mit den Reiseprogrammen sollen in den Wiedereingliederungszonen Projekte unterstützt und der Übergang der Exkombattanten in ein ziviles Leben erleichtert werden. Von den Besuchern erhoffen sich die Veranstalter wachsende Solidarität und eventuell sogar längerfristiges friedenspolitisches Engagement.

Tourismus als Instrument im Nahostkonflikt

Im andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt spielt der Tourismus eine zutiefst ambivalente Rolle. Überall auf der Welt ist Tourismus dazu geeignet, Machtstrukturen zu verändern. In Konfliktsituationen lässt er sich dazu leicht instrumentalisieren. Wer wirtschaftlich profitiert und wer nicht – und welche Informationen vermittelt, manipuliert oder verschwiegen werden, folgt häufig politischen Interessen. Nichtregierungsorganisationen wie die palästinensische Alternative Tourism Group (ATG) in Beit Sahour und die israelische Organisation Ir Amim in Jerusalem bemühen sich, verzerrte Bilder zurechtzurücken – Bilder, die entstehen, wenn Touristen im Heiligen Land einseitig israelische Informationsquellen nutzen, mit israelischen Anbietern unterwegs sind und die Zeit, die sie in palästinensischen Gebieten verbringen, auf ein Minimum beschränken. Mit dem Gemeinschaftsprojekt „Breaking Bread Journeys“ versuchen eine israelische und eine palästinensische Reiseveranstalterin gezielt Brücken zu bauen. Sie ermöglichen ihren Gästen Begegnungen mit Israelis ebenso wie mit Palästinensern.



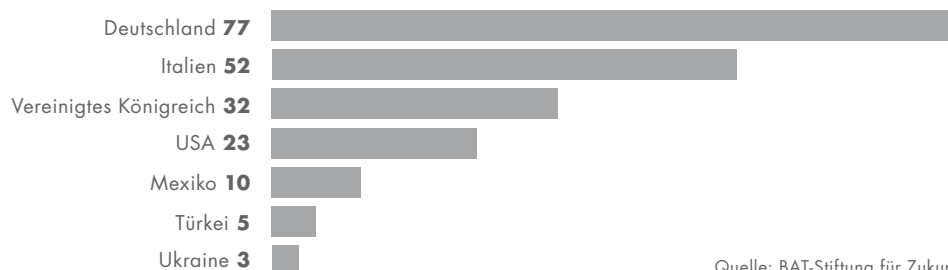
Christina Kamp ist freie Journalistin und Übersetzerin mit Schwerpunkt Tourismus und Entwicklung.

Nicht nur auf die Absicht kommt es an

Solche Initiativen sind jedoch leider immer noch die Ausnahme. Dabei sind Urlauber durchaus interessiert, „Land und Leute“ tatsächlich kennenzulernen. Je nach Urlaubsform sind die Möglichkeiten dazu oft auf das Servicepersonal großer Hotelanlagen beschränkt. Ein nur oberflächlicher Blick kann Vorurteile verstärken. Um tatsächlich Toleranz und Verständnis zwischen Menschen verschiedener Kulturen zu schaffen, braucht es Interaktions- und Begegnungsmöglichkeiten, die über einen rein kommerziellen Austausch hinausgehen. Umfassende Informationen und sensible Vermittlung durch geschulte Reiseleiter können Reisenden helfen, verschiedene Perspektiven nachzuvollziehen. Dann kann der Tourismus „mikroskopische Treffpunkte“ bieten, wo – so die Vision im „Transforming Tourism“-Kompendium – „isolierte, marginalisierte und leidende Menschen durch internationale Solidarität Unterstützung erfahren können“ und der Traum vom Frieden ein Stück mehr zur Realität wird. ▲

Wo die Deutschen sich im Urlaub sicher fühlen

Auszug aus einer repräsentativen Umfrage anhand von 30 Reisezielen (Prozentangaben)



Quelle: BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, 2017

FRIEDEN KANN SICHERHEIT BESSER



In der aktuellen Situation erscheinen Sicherheit und Frieden als unterschiedliche Ziele. Wer aber die eine will, muss den Weg des anderen gehen

Von Sabine Jaberg

Nicht über Sicherheit führt der Weg zur Sicherheit, sondern über Frieden. Diese überraschende These vertritt das Projekt Friedenslogik.¹ Im Umfeld der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2016 entstanden, ist es zu Beginn durch das Auswärtige Amt gefördert worden. Mittlerweile hat sich Friedenslogik als Schlagwort etabliert. Sie wird an unterschiedlichen Orten diskutiert – hauptsächlich in den Initiativen ziviler Konfliktarbeit, den Kirchen und der Friedensforschung, sporadisch an der Führungsakademie der Bundeswehr. Einen Vorwurf gibt es aber überall: Das Projekt diskreditiere legitime Sicherheitsbedürfnisse. Allerdings handelt es sich hier um ein kategoriales Missverständnis. Wie konnte es dazu kommen?

Eine wesentliche Rolle spielt die wissenschaftliche Herangehensweise, Friedenslogik aus dem Wechselspiel von Identität und spezifischer Differenz zu bestimmen. Das Verfahren überzeugt auch im Alltag: Wer weiß, was ein Stuhl ist, kann mit seinem Wissen darüber, was ein Tisch ist, mehr anfangen. Aber woher kennt man die zur Friedenslogik passende Kontrastfolie? Kein Blick in die Natur gibt die Antwort. Sie liegt im Diskurs über den weiten Sicherheitsbegriff begründet.

Weder Sturheit noch Opportunismus

Die Integration nichtmilitärischer Themen sowie ziviler Instrumentarien in die Sicherheitspolitik hätten Frieden zu einer prinzipiell verzichtbaren Kategorie gemacht. Das zumindest vertreten Advokaten eines weiten Sicherheitsbegriffs in Politik und Wissenschaft teilweise ausdrücklich. Was können davon nicht überzeugte Anhänger des Friedens tun? Entweder sie schließen sich der Position opportunistisch an, oder sie beharren stur auf ihrer angestammten Präferenz. Keine dieser Optionen überzeugt. Daher bleibt nur der dritte Weg: aufzuzeigen, dass es nicht egal ist, ob z. B. Flüchtlingsbewegungen als sicherheitspolitisches Risiko oder als friedenspolitische Verpflichtung gesehen werden.

Diesem Vorhaben widmet sich das Projekt Friedenslogik. Es verdeutlicht, wie sich

Zum Thema: Hanne-Margret Birckenbach, **Friedenslogik und friedenslogische Politik**, in: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Hg.): *Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung* (Reihe Wissenschaft und Frieden), Bonn 2014, S. 3–7.

Sabine Jaberg: **Frieden und Sicherheit**. Von der Begriffslogik zur epistemischen Haltung, in: Martina Fischer, Jacqueline Werkner (Hg.): *Europäische Friedensordnungen und Sicherheitsarchitekturen*, Wiesbaden: Springer VS (Gerechter Frieden: Politisch-ethische Herausforderungen, Band 3.), 2019, S. 13–42.



Dr. habil. Sabine Jaberg

ist Dozentin für Politikwissenschaft/
Friedensforschung an der Fakultät Politik,
Strategie und Gesellschaftswissenschaften
an der Führungsakademie der Bundeswehr
in Hamburg und Mitglied im Fachrat
„Friedenslogik“.

¹ Vgl.: www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik

² Vgl.: www.tinyurl.com/Flyer-Friedenslogik

die Wahl der erkenntnisleitenden Kategorie auf Theorien, Analysen und Praxiskonzepte auswirkt. Diese unsichtbaren Wirkmechanismen, die sich in die jeweiligen Begriffe durch langjährige theoretische wie politische Praxis eingeschrieben haben, werden – als Logik bezeichnet – sichtbar gemacht.

Idealtypisch gegenübergestellt, geben Frieden und Sicherheit auf folgende Fragen unterschiedliche Antworten²:

1. Was ist das Problem? Für Sicherheit liegt es in der Bedrohung des Eigenen, Frieden sieht es in der Gewalt, unabhängig davon, wen sie betrifft.

2. Wie ist das Problem entstanden? Sicherheit macht andere Akteure verantwortlich, Frieden bezieht den eigenen Beitrag mit ein.

3. Wie wird das Problem bearbeitet? Sicherheit greift zum Selbstschutz, auch unter Rekurs auf Gewaltmittel, Frieden setzt auf kooperative Ansätze mit allen Beteiligten.

4. Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt? Sicherheit verweist auf eigene Interessen und exklusive Legitimation, Frieden argumentiert mit allgemeingültigen Bewertungsmaßstäben wie Völkerrecht und Menschenrechte.

5. Wie wird auf Misserfolg reagiert? Sicherheit entzieht sich grundsätzlicher Selbstkritik, Frieden animiert zur offenen Reflexion des bisherigen Vorgehens; Sicherheit neigt zur Verschärfung des Mitteleinsatzes, Frieden ermuntert zur Suche nach gewaltfreien Alternativen.

Wenn Sicherheitsstreben eskaliert

Diese Gegenüberstellung erfolgt zunächst in heuristischer Absicht. Sie hilft dabei, Theorien, Analysen und Praxiskonzepte verlässlicher am Frieden zu orientieren. Zweifelsfrei geht damit eine normative Präferenz einher. Bedeutet das aber eine Abwertung legitimer Sicherheitsbedürfnisse, insbesondere nach einer verlässlichen Abwesenheit existenzieller Bedrohungen? Nein! Denn Frieden ist das Gegenstück zu Krieg und Gewalt. Deshalb gehören Überleben und Wohlbefinden neben Freiheit und Identität bzw. Sinn zu jenen menschlichen Grundbedürfnissen, deren Erfüllung der Pionier der Friedensforschung, Johan Galtung, dem Frieden abverlangt.

Es geht also darum, eine Situation der Sicherheit zu erreichen, ohne sich in den Pathologien und Paradoxien des Sicherheitsstrebens zu verfangen. Zu den Pathologien zählen die Haltung der Asymmetrie zugunsten des Eigenen sowie die Generierung einer permanenten Notwehrlage. Beide leisten der Androhung und Anwendung gewaltsamer Mittel Vorschub. Die Paradoxie besteht darin, dass das simple

Fachkräfte des Zivilen
Friedensdienstes im
Ausland

Afrika
100

Lateinamerika
70

Naher Osten
55



Mehr Sicherheit für die eine Seite,
mehr Unsicherheit für die andere:
Eine honduranische Frau klettert
im mexikanischen Tijuana den
Grenzzaun hinauf, um in die USA
zu gelangen

Streben nach eigener Sicherheit das Gegenteil heraufbeschwört: mehr Unsicherheit für alle. Denn was die Sicherheit des einen erhöht, z. B. Rüstung, vermindert die Sicherheit des anderen, der entsprechend reagiert. Eine Eskalationsspirale bis hin zum (vermeintlichen) Präventivschlag droht. Hier weist nur die Friedenslogik den Ausweg: Anerkennung des Gegenübers als gleichwertigen Partner, Optimierung der Gewaltfreiheit, Selbstreflexivität. Daran hat es in Europa nach Ende des globalen Systemkonflikts gemangelt.

Eine Friedensordnung, in der sich nicht alle Beteiligten gut aufgehoben fühlen, ist aber keine, mag der Westen auch noch so oft das Gegenteil behaupten. Gewiss ist auch die Kategorie des Friedens nicht vor Paradoxien gefeit – getreu dem Motto: Es geschehe Frieden, auch wenn die Welt daran zugrunde geht. Aber: Dieser Paradoxie liegt eine reduzierte Friedenslogik zugrunde, die lediglich das Ziel erfasst. Sie ließe sich mit einer vervollständigten Friedenslogik auffangen: Frieden durch friedliche Mittel! ▲

Asien
50

Europa
35

310 Fachkräfte in 42 Ländern (Stand: Januar 2019)

In einem Test in Südkorea zwingt ein Roboter einen vermeintlichen Eindringling dazu, sich zu ergeben, indem er ihn mit seinem Maschinengewehr bedroht (2006). Berichten zufolge hat Südkorea an der Grenze zu Nordkorea bereits bewaffnete Roboter installiert, die selbst entscheiden, ob sie schießen



MENSCH, MASCHINE, KRIEG



Autonome Waffensysteme sind Gegenstand hitziger Debatten. Waffenautonomie ist jedoch weder ganz neu noch per se problematisch. Ein Plädoyer für Differenzierung, Kontextualisierung und Begrenzung

Von Frank Sauer

Weltweit haben Streitkräfte damit begonnen, den Einsatz von Technologien aus dem weiten Feld der künstlichen Intelligenz (KI) für militärische Zwecke auszuloten. Berührt davon werden die Logistik sowie die vorausschauende Wartung ebenso wie die Einsatzunterstützung und -führung sowie die Analyse großer Datenbestände zur Krisenfrüherkennung.

Die militärische Nutzung von KI wird begleitet durch Warnungen aus der Wissenschaft und zivilen Technologieunternehmen, den Innovationsmotoren im Feld der KI. Unter großer medialer Aufmerksamkeit mahnen diese Stimmen einen gefährlichen Paradigmenwechsel in der Kriegsführung an, sollte KI militärisch auch zur Steigerung von „Autonomie“ in Waffensystemen genutzt werden. Zu den Warnern zählen der 2018 verstorbene Stephen Hawking ebenso wie etwa Elon Musk oder auch Demis Hassabis und Mustafa Suleyman, die Gründer von Alphabets (ehemals Google) genialer KI-Schmiede DeepMind. Sie alle machen, im Gleichklang mit der globalen „Campaign to Stop Killer Robots“, auf die völkerrechtlichen, ethischen und sicherheitspolitischen Folgerisiken aufmerksam, sollten Waffensysteme vermehrt vollautonom, also ohne menschliche Verfügungsgewalt, Ziele bekämpfen.

Was macht ein Waffensystem „vollautonom“?

Noch existiert keine völkerrechtlich verbindliche Definition für vollautonome Waffensysteme (AWS), die im Sprachgebrauch der Vereinten Nationen, wo das Thema seit 2014 im Rahmen der VN-Waffenkonvention in Genf diskutiert wird, auch Lethal Autonomous Weapons Systems (LAWS) genannt werden. Der internationale Fachdiskurs aber hat den Autonomiebegriff für Waffensysteme inzwischen ausreichend präzisiert und handhabbar gemacht. Weitestgehend durchgesetzt hat sich in diesem Zuge eine funktionale Autonomiedefinition – dies nicht zuletzt deshalb, weil schwergewichtige Akteure wie die USA oder das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sich ein solches Verständnis von Waffenautonomie offiziell zu eigen gemacht haben.

Danach gelten Waffensysteme dann als vollautonom, wenn sie nach ihrer Aktivierung mit Hilfe von Sensoren und Software selbständig, also im Unterschied zu ferngesteuerten Systemen ohne menschliche Kontrolle oder gar Aufsicht, den gesamten Entscheidungszyklus zur Zielbekämpfung durchlaufen. Dieser „targeting cycle“ umfasst die Stationen find, fix, track, target, engage und assess – abgekürzt F2T2EA. AWS würden also nicht nur Funktionen

Berufswelt: Wo Algorithmen Entscheidungen beeinflussen



Personalmanagement



Bearbeitung von Steuererklärungen



Krankheitsdiagnostik



Kreditvergaben



Kriminalitätsbekämpfung (Einbrüche)

wie Navigation (nötig für „find, fix, track“) selbständig absolvieren. Sie wären auch im Rahmen der völkerrechtlich, ethisch und sicherheitspolitisch besonders sensiblen Auswahl und Bekämpfung von Zielen – den, wie das IKRK sie nennt, „kritischen Funktionen“ des „target and engage“ – der menschlichen Verfügungsgewalt entzogen.

Legt man diese Definition an, dann existieren AWS schon heute. Das israelische unbemannte Waffensystem Harpy zum Beispiel richtet sich gegen Radarinstallationen und durchläuft, zumindest für diesen begrenzten Einsatzzweck (das Kreisen über einem Gebiet und das Bekämpfen gegnerischer Luftabwehr durch das Äquivalent einer Kamikaze-Attacke), den targeting cycle bereits außerhalb der menschlichen Verfügungsgewalt. Harpy gilt somit in Fachkreisen folgerichtig als Beispiel eines bereits existierenden vollautonomen Waffensystems. Es geht also mitnichten um „Zukunftswaffen“.

Bereits seit Jahrzehnten werden außerdem Verteidigungssysteme gegen Raketen, Artilleriegeschosse oder Mörsergranaten eingesetzt, um die anfliegende Munition – unter Zeitdruck und gegebenenfalls ohne menschliches Eingreifen – zu bekämpfen. Bisweilen wird der Versuch unternommen, diese Systeme als „(nur) automatisch“ zu deklarieren, um sie von AWS abzugrenzen. Im Unterschied zu den auf Schiffen oder in Feldlagern aufgestellten Verteidigungssystemen werden letztere zu Zwecken der Kontrastierung als mobile Waffensysteme – beziehungsweise Waffenplattformen – charakterisiert, die auf dem Einsatz moderner KI-Technologien fußen.

Aber Autonomie in den kritischen Funktionen von Waffensystemen hängt eben nicht von der Fortschrittlichkeit der eingesetzten Technologien ab. Sie war offenkundig bereits vor der militärischen Nutzung von KI möglich, wenn auch nur in sehr begrenztem Maße, wie etwa in den „automatischen“ Verteidigungssystemen, die aus heutiger Sicht definitionsgemäß als vollautonom gelten können.

Derart „alten“ Waffensystemen Vollautonomie zu attestieren, mag manchen kontraintuitiv, eine funktionale Autonomiedefinition somit als nicht sinnvoll oder gar verwirrend erscheinen. Aber die Alternative, eine kategoriale Definition, ist noch weit problematischer. Denn erstens können alte Systeme beliebig nachgerüstet (gleichsam „autonomisiert“) werden; und zweitens wird man

auch zukünftigen Waffensystemen nicht ansehen können, „wie autonom“ sie sind. Es spricht also alles dafür, den USA und dem IKRK zu folgen und das Hauptaugenmerk auf die ohne menschliches Zutun ausgeführten Funktionen des Systems und nicht auf andere, äußerliche Systemeigenschaften zu legen.

Mit anderen Worten: Der von einer funktionalen Autonomiedefinition informierte Blick ist agnostisch, was die spezifischen Technologien betrifft, mit denen Autonomie in den kritischen Funktionen hergestellt werden kann. Er richtet sich stattdessen auf den Menschen. Denn der eigentliche Neuigkeitswert liegt darin, dass im Lichte zunehmender Autonomie in Waffensystemen, in denen diese bisher nicht existierte, das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine neu justiert werden muss. Regulierung muss sich demgemäß nicht primär auf Technologie, sondern auf militärische Handlungspraktiken beziehen und die Rolle definieren, die menschlicher Urteilskraft zukünftig noch zukommen soll.

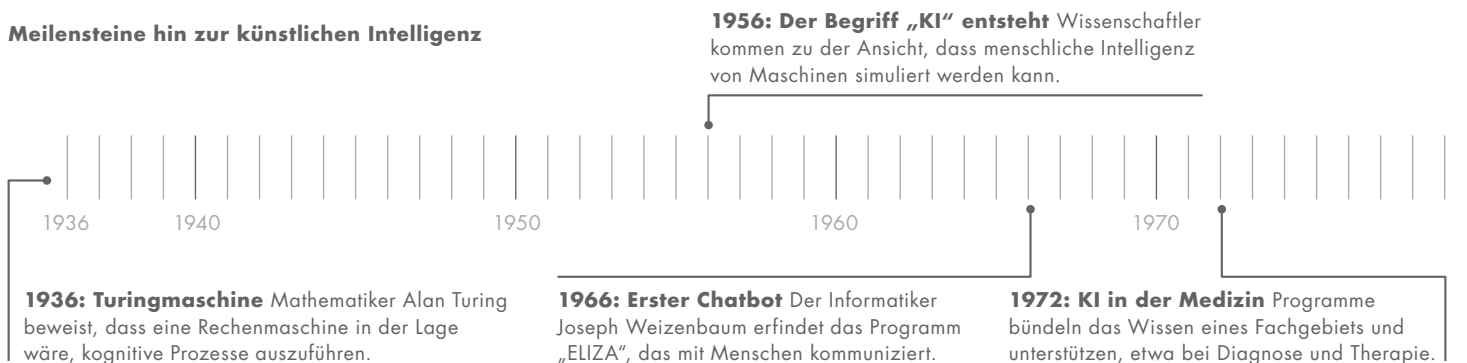
Kurz, es gilt mit Blick auf die zunehmende Autonomie in Waffensystemen zu differenzieren und zu fragen, wann und inwieweit menschliche Verfügungsgewalt bei der Nutzung eines Waffensystems reduziert oder gänzlich verdrängt wird – und was jeweils die Konsequenzen daraus sind.

Vollautonomie in Waffensystemen differenziert betrachtet: Der Einsatzkontext entscheidet

Die falsche Schlussfolgerung aus den bisher angestellten Überlegungen wäre, den etablierten und bisher – völlig zu Recht – unumstrittenen Verteidigungssystemen urplötzlich ein Autonomie-Problem zu attestieren. Die Praxis der autonomen Abwehr von Munition gab schließlich bisher – und gibt auch weiterhin – kaum Anlass zu Bedenken. Im Gegenteil: Die Schutzfunktion dieser Systeme ist hochwillkommen und wird – im Lichte der Entwicklung von Flugkörpern mit Fluggeschwindigkeiten im vielfachen Überschallbereich – zukünftig mehr denn je militärisch benötigt werden.

Hielte allerdings die bisher nur vereinzelt in Systemen wie Harpy oder beschränkt auf den Abwehrbereich existierende Waffenautonomie zukünftig auch in mobilen Systemen Einzug, die über längere Zeit operieren und

Meilensteine hin zur künstlichen Intelligenz



DENN DAS TÖTEN IM KRIEG AUF MASCHINEN AUSZULAGERN UND AUTOMATISCH „ABARBEITEN“ ZU LASSEN, DEGRADIERT MENSCHEN ZU OBJEKTEN...

1997: Computer schlägt Schachweltmeister

Die KI-Schachmaschine „Deep Blue“ von IBM bezwingt Schachweltmeister Kasparov.

2018: KI debattiert Ein IBM-Programm liefert sich mit zwei Debattiermeistern ein Rededuell über komplexe Themen. Ein Google-Programm vereinbart telefonisch einen Friseurtermin. Die Friseurin bemerkt nicht, dass sie mit einer Maschine spricht.



1986: Er spricht Das Programm „NETalk“ kann Wörter lesen, korrekt aussprechen und das Gelernte auf unbekannte Wörter anwenden.

2011: Alexa KI-Programme breiten sich aus. Beliebte Sprachassistenten wie „Siri“ (seit 2011) und „Alexa“ (ab 2015). Das Programm „Watson“ gewinnt in einer US-Quizshow gegen Menschen. „Watson“ antwortet schnell auf schwierige Fragen.

Quelle:
www.bosch.com

die kritischen Funktionen beim Bekämpfen belebter Ziele oder direkt gegen Menschen ohne menschliche Verfügungsgewalt komplettieren, dann wirft das zahlreiche gravierende Probleme auf. Anders als bei der autonomen Abwehr von unbelebten Objekten wäre Waffenautonomie in einem solchen Kontext, in dem Entscheidungen über Leben und Tod fallen, aus mindestens zwei Perspektiven hochproblematisch.

Erstens, aus Sicht zahlreicher Völkerrechtsexperten würde eine Verantwortungslücke erzeugt. Denn es ist bisher noch unklar, wer im Rahmen der Anwendung militärischer Gewalt durch AWS die Verantwortung trägt, sollten sie Zivilisten ein dem militärischen Ziel unangemessenes, nicht rechtfertigbares und somit illegales Leid zufügen.

Zweitens gilt ein genereller, moralischer, über den Schutz von Zivilisten weit hinausgehender Einwand – nämlich der Verweis darauf, dass es die Würde des Menschen verletzt, Entscheidungen über Leben und Tod auf dem Schlachtfeld an Algorithmen in AWS zu delegieren. Denn das Töten im Krieg auf Maschinen auszulagern und automatisch „abarbeiten“ zu lassen, degradiert Menschen zu Objekten – explizit auch Kombattanten, deren Tod unter Berücksichtigung kriegsvölkerrechtlicher Regeln durchaus bewirkt werden darf. Für die Getöteten mag es zwar keinen Unterschied machen, ob ein Mensch oder ein Algorithmus ihren Tod bewirkt hat. Aber die Gesellschaft, die eine solche Praxis erlaubt und mit dem Töten im Krieg ihr kollektives menschliches Gewissen nicht mehr belastet, riskiert die Aufgabe grundlegendster zivilisatorischer Werte und humanitärer Prinzipien.

Im Lichte dessen ist besonderes Vorgehen beim Einsatz von Autonomie in Waffensystemen geboten. Das Mensch-Maschine-Verhältnis gilt es abhängig vom Einsatzkontext differenziert auszugestalten: Gegen Autonomie in nicht-kritischen Funktionen und Vollautonomie (also Zielerfassung und -bekämpfung) in der Abwehr unbelebter Objekte, also etwa anfliegende Munition, spricht nichts. In allen anderen Fällen hingegen muss technisch und prozedural sichergestellt werden, dass die menschliche Verfügungsgewalt gewahrt bleibt und jede Zielbekämpfung von Menschen entschieden und verantwortet wird.

Autonomiebegrenzung und Eigenschutz: ein Zielkonflikt?

Ein Einwand gegen die auf Verteidigungskontexte begrenzte Nutzung von Vollautonomie könnte in der Frage danach liegen, ob den eigenen Soldatinnen und Soldaten damit nicht letztendlich doch eine Möglichkeit auf verbesserten Eigenschutz verwehrt bleibt.

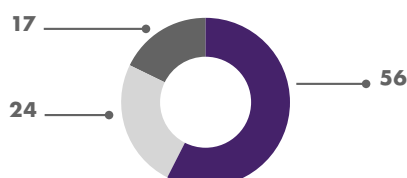
Im Falle der „terminal defense“ gegen Raketen, Granaten oder andere Geschosse greift der Einwand offenkundig nicht, da Vollautonomie hier, wie oben wiederholt betont, nichts im Wege steht. Eigenschutz hätte im Übrigen aus der gleichen Überlegung heraus auch in Extremsituationen Vorrang, in denen der Mensch sich gänzlich auf autonomes Abwehrfeuer verlassen muss und nicht mehr sicher ausschließen kann, dass im Rahmen der Selbstverteidigung nicht auch bemannte Waffensysteme des Gegners reaktiv beschossen werden. Ein Beispiel wäre eine Fregatte, die sich einem Sättigungsangriff gegenüber sieht. Setzt die Besatzung in einer solchen Situation mit dem Versuch, zwischen Marschflugkörpern und bemannten Flugzeugen zu unterscheiden, das eigene Leben aufs Spiel, dann wäre im Sinne des Eigenschutzvorrangs natürlich autonome Verteidigung gegen alle Angreifer legitim.

Im umgekehrten Fall jedoch, der eigenen, aktiv initiierten Bekämpfung von Zielen mittels unbemannter Waffensysteme, macht es für den Eigenschutz keinen Unterschied, ob ein Mensch noch über die Auswahl und Bekämpfung eines Ziels entscheidet und diese verantwortet oder ob dies autonom geschieht. Denn es droht ja ohnehin kein Schaden für Leib und Leben der Soldatinnen und Soldaten. Eigenschutz kann hier demzufolge nicht als Einwand gegen die völkerrechtlich und ethisch begründete Begrenzung von Autonomie geltend gemacht werden.

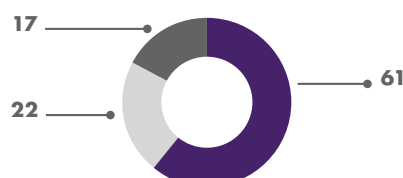
Der dritte denkbare Fall wäre der eines auf breiter Front mit vollautonom operierenden Kräften vorgehenden Gegners. Man könnte einwenden, dass auch hier nichts gegen vollautonome Abwehrmaßnahmen spräche, wäre das Gros einer solchen Streitkraft doch sicher unbemannt. Aber das wäre wohl vorschnell, denn die Krux dieses Szenarios liegt in der Frage danach, ob nicht doch aus Skrupellosigkeit in der Summe ein militärischer Vorteil erwächst oder, andersherum, ob der menschlichen Verfügungsgewalt

Haltung zu vollautonomen Waffen (in Prozent)

Umfrage 2017 in 23 Staaten



Umfrage 2018 in 26 Staaten



- Lehnen den Einsatz vollautonomer Waffen ab
- Unterstützen den Einsatz
- Sind sich nicht sicher

Quellen: www.stopkillerrobots.org, www.hrw.org

Befragte: 500 bis 1000 pro Land. Stärkste Ablehnung 2018: Gruppe der 50- bis 64-Jährigen (68 Prozent)



Dr. Frank Sauer

lehrt und forscht an der Universität der Bundeswehr München. Sauer ist einer der vier Gastgeber von „Sicherheitshalber“, dem Podcast zur sicherheitspolitischen Lage: www.soundcloud.com/sicherheitshalber

walt aus völkerrechtlichen und ethischen Überlegungen heraus den Vorzug zu geben bedeutet, militärisch einen empfindlichen und letztendlich gefährlichen Geschwindigkeitsnachteil in Kauf nehmen zu müssen.

Richtig ist: Ein vollautonom operierendes System würde dank seines Geschwindigkeitsvorteils stets die Oberhand behalten gegenüber einem, das den vergleichsweise langsamen Menschen in der Entscheidungsschleife hält. Doch noch ist der dritte hier diskutierte Fall glücklicherweise reine Spekulation. Es ist auch nicht ratsam, ihn im Hier und Jetzt zum Ausgangspunkt des eigenen politischen Handelns zu machen. Denn das militärische Wettrennen um Vollautonomie in Waffensystemen beginnt bereits, die globale militärische Stabilität zu bedrohen und die Gefahr nichtintendierter Eskalationen zu erhöhen. Von den Finanzmärkten sind die unvorhersehbaren Interaktionen zwischen Algorithmen längst bekannt, die bisweilen in sogenannte „flash crashes“ münden. Äquivalent dazu wäre ein maschinell ausgelöster „flash war“ ein reales Risiko, sollte die menschliche Verfügungsgewalt als Sicherungs- und Entschleunigungsinstanz zukünftig entfallen und das Operationstempo auf dem Schlachtfeld dem menschlichen Kontrollvermögen davongaloppieren. Neben völkerrechtlichen und ethischen Bedenken sprechen also handfeste sicherheitspolitische Erwägungen dafür, zu versuchen, Autonomie in Waffensystemen kontextspezifisch zu begrenzen.

Schlussbetrachtung

Entgrenzte Waffenautonomie gefährdet die globale Sicherheit. Noch bleibt Gelegenheit, dem Dammbbruch entgegenzuwirken und auf allgemeine und verbindlich geltende internationale Normen zu drängen, die – wie im Falle der weltweit geächteten und zum Glück nur selten bis gar nicht zum Einsatz kommenden Massenvernichtungswaffen – dazu beitragen, Gewaltausübung im Krieg begrenzt und kontrolliert durch menschliche Urteilskraft zu belassen. Rüstungskontrolle für autonome Waffensysteme dient also dem Aufrechterhalt der regelbasierten Weltordnung und wohlverstandenen sicherheitspolitischen Eigeninteressen gleichermaßen.

Deutschland erteilt gemäß den Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 vollautonomen Waffensystemen eine klare Absage und fordert ihre internationale Ächtung. Hochrangige deutsche Militärs haben diese Position bekräftigt, so im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 etwa der Inspekteur des Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum Generalleutnant Ludwig Leinhos. Das ist richtig, denn wer, wenn nicht Staaten wie Deutschland und seine Freunde und Verbündeten in EU und NATO, sollte die Achtung vor dem Völkerrecht und den Respekt vor fundamentalen Normen wie den Respekt vor der Menschenwürde international hochhalten? Die Möglichkeit zur Begrenzung von Waffenautonomie unsererseits vorschnell aufzugeben hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. ▲

Noch nie davon gehört



48 Prozent der Europäer haben den Begriff Algorithmus noch nie gehört oder können ihn nicht einordnen.

8 Prozent geben an, gut über Algorithmen Bescheid zu wissen.

(repräsentative Umfrage 2018 in 28 Staaten, 10 960 Befragte insgesamt)

EINFACHE ANTWORTEN HELFEN NICHT



Androhung und Einsatz rechtsdurchsetzender Gewalt als Friedensstrategie

Von Friedrich Lohmann



Friedrich Lohmann

ist Professor für Evangelische
Theologie mit dem
Schwerpunkt Angewandte
Ethik an der Universität
der Bundeswehr München.
Er gehört dem Herausgeber-
kreis von ZUR SACHE BW an.

Mai 2017: Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung protestieren auf dem Berliner Kirchentag gegen einen Bittgottesdienst der Evangelischen Militärseelsorge. „War starts here“, steht auf dem Plakat, das sie mitgebracht haben. Jede Form von militärischer Betätigung, aber auch ihre seelsorgliche Begleitung ist kriegstreibend und sollte daher geächtet werden – so ihre radikalpazifistische Botschaft.

April 2016: Nachdem ich einen Gastvortrag in einem Seminar an der Führungsakademie der

Bundeswehr gehalten habe, in dem ich im Rückgriff auf die Himmeroder Denkschrift die „Erhaltung des Friedens“ als maßgebliche Aufgabe der Bundeswehr beschrieb, meldet sich einer der anwesenden Stabs-offiziere zu Wort: Mit diesem Gerede von der Friedensarmee Bundeswehr könne er nicht viel anfangen; man müsse sich doch einfach klarmachen und ebenso klar aussprechen, dass eine Armee zum Kämpfen da sei. Andere schließen sich ihm an.

Zwei Erlebnisse, zwei Meinungen, die kaum unterschiedlicher sein könnten: Die einen



UN-Charta, Artikel 39:

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Artikel 42

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. (...)

wollen die Bundeswehr um des Friedens willen ganz abschaffen, die anderen – manche nennen sie die neuen Spartaner – sprechen sich für eine von jedem Friedensgedusel ungestörte Umformung der Bundeswehr in eine Kampftruppe aus. Doch so gegensätzlich die beiden Statements auch sind, so haben sie doch eine Gemeinsamkeit: Sie wehren sich dagegen, die Bereitstellung und den Einsatz militärischer Gewalt mit dem Leitbild der Friedenserhaltung in Verbindung zu bringen. Für die einen ist eine Friedensarmee ein Widerspruch in sich selbst, für die anderen eine naive

Vorstellung, die den Realitäten des Einsatzes nicht entspricht.

Und es ist ja in der Tat nicht eben leicht, sich die friedensstrategische Überschrift, unter der in den 1950er Jahren die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte, zu eigen zu machen. Frieden ist ein Zustand, in dem die Waffen schweigen. Er ist auch noch mehr – wer für einen positiven und umfassenden Gedanken des Friedens eintritt, verweist auf strukturellen Unfrieden, der Gesellschaften ganz unabhängig vom Einsatz von Waffengewalt immer schon prägt. Aber an dieser Stelle genügt

schon der negative Minimalbegriff von Frieden, um den Widerspruch deutlich zu machen: Frieden und eine Armee unter Waffen – das verträgt sich eigentlich nicht.

Es kommt auch auf die Absicht an

Und uneigentlich? Wenn in der Konzeption der deutschen Bundeswehr von Anfang an die friedensdienliche Rolle der Streitkräfte eine beherrschende Rolle spielt, dann knüpft dies an eine lange ethische Tradition an: die Lehre vom gerechten Krieg. Mit ihr wird nicht jeder militärische Einsatz von Waffengewalt



Ein junges Mädchen im August 1994 in einem Flüchtlingscamp, in dem Zehntausende Ruander Schutz suchten. In den Wochen zuvor hatten radikale Hutu geschätzte 800 000 Tutsi und gemäßigte Hutu getötet. Die Weltgemeinschaft hatte nicht entschieden eingegriffen und den Völkermord zugelassen

Friedensmacher

Das evangelische Magazin *chrison* stellte im Dezember 2017 „Friedensmacher“ vor, darunter einen Imam, der in Mali zwischen Christen und Muslimen vermittelt, und eine südafrikanische (schwarze) Psychologin, die den ehemaligen Befehlshaber einer Todesschwadron nach seiner Verurteilung im Gefängnis besuchte.

www.chrison.evangelisch.de/friedensmacher

gutgeheißen, sondern nur der, der bestimmte Bedingungen erfüllt. Zu diesen Bedingungen der Gerechtigkeit gehören z. B. ein gerechter Grund (ein Angriffskrieg kann nie gerecht sein), die rechtliche Autorisierung zur Kriegführung sowie Kriterien der Verhältnismäßigkeit (ein Waffengang nur als äußerste Option; möglichst reduzierter Einsatz von Gewaltmitteln; es muss eine Aussicht auf Erfolg bestehen). Besonders interessant für den Zusammenhang der Lehre vom gerechten Krieg mit der Friedensthematik ist das Kriterium der aufrechten Absicht. Der Kirchenvater Augustinus, der bereits vor 1600 Jahren die Grundzüge der Lehre entwickelte, sieht diese *intentio recta* vor allem dann gegeben, wenn die Kriegführung dem Frieden dient. Er denkt dabei an ein geschehenes Unrecht, etwa die feindliche Annexion eines Territoriums, das durch den Waffengang rückgängig gemacht wird, weil nur nach Wiederherstellung des Status quo ein friedliches Zusammenleben wieder möglich wird.

Die Lehre vom gerechten Krieg ist bei Augustinus eingebettet in eine umfassende Friedensvorstellung. Das ist auch in neueren Varianten der Lehre der Fall, z. B. im Konzept der Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*), das den gerechten Grund auf schwerste

Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Genozid einschränkt, ansonsten aber ganz im Sinne der ethischen Tradition argumentiert, gerade auch, indem es die Vorbeugung von gewalttätigen Konflikten auf die erste Stelle der Agenda setzt und den Einsatz von Gegen Gewalt nur als äußerste Option zulässt. Die Überordnung des Friedensgedankens ist im Konzept der Schutzverantwortung darin gut sichtbar, dass mit dem Rebuilding nach der Intervention die nachhaltige friedensfördernde Konfliktachsorge ausdrücklich in die Aufgaben der Akteure einbezogen wird (wir reden hier über das Konzept der Schutzverantwortung – dass diese Aufgabe in der konkreten Anwendung des Konzepts in Libyen 2011 völlig unzureichend wahrgenommen wurde, braucht nicht weiter diskutiert zu werden).

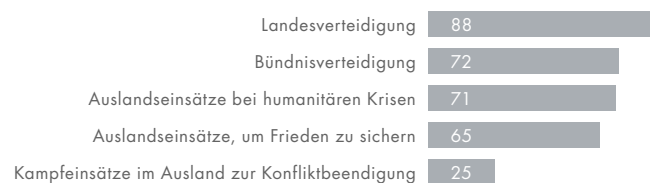
Gewalteinsatz am Ziel des Friedens messen

Das Ziel ist also, durch die Androhung und den Einsatz von Gewalt bereits geschehene Gewalt oder den Ausbruch von Gewalt einzudämmen und dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, dass ein Zusammenleben in Frieden (wieder) möglich wird. Ein Übel – Gewalt – wird eingesetzt, um ein noch größeres Übel – z. B. Genozid – zu verhindern. Ein solches Argumentieren und Handeln

Wenn in der Konzeption der deutschen Bundeswehr von Anfang an die friedensdienliche Rolle der Streitkräfte eine beherrschende Rolle spielt, dann knüpft dies an eine lange ethische Tradition an: die Lehre vom gerechten Krieg.

Für welche Zwecke sollen Bundeswehr-Soldaten grundsätzlich eingesetzt werden?

Meinungsumfrage im August 2018, Angaben in Prozent



Quelle: Forsa, entnommen aus:
<https://zeitschrift-ip.dgap.org>

gemäß dem Grundsatz vom kleineren Übel ist der Ethik auch außerhalb der Lehre vom gerechten Krieg keineswegs fremd. So stellen chirurgische Eingriffe bis hin zur Amputation zweifellos Gewaltmaßnahmen dar, die aber gerechtfertigt werden können, wenn sie langfristig dem Wohl der betroffenen Person dienen. Und für die Rechtfertigung solcher Eingriffe findet ein Katalog an Kriterien Anwendung, die den eben genannten des gerechten Kriegs analog sind. Mit einem Aspekt auf dem Gemeinwohl finden wir den gleichen, nur scheinbar paradoxen Argumentationstyp hinsichtlich der juristischen Strafverfolgung. Auch staatliches Strafhandeln impliziert Gewaltmaßnahmen, die aber zugunsten eines höherwertigen Guts gerechtfertigt sein können.

Zweifellos stellt die Anwendung militärischer Gewalt allein schon durch ihr Eskalationspotenzial noch einmal ganz eigene ethische Rechtfertigungsanforderungen, und der Vergleich mit Chirurgie und Strafjustiz soll keineswegs verarmlosend gemeint sein. Aber die Differenz ist letztlich nur eine graduelle und keine prinzipielle. Es ist nun einmal (leider) ein Faktum, dass wir im Alltag und erst recht in Konfliktsituationen über eine Güterabwägung im Sinne des kleineren Übels nicht hinauskommen und dabei auch den Gebrauch

von Gegengewalt nicht von vornherein ethisch ausschließen können. Entscheidend ist allerdings, dass dieser Gewaltgebrauch strengen rationalen Kriterien unterworfen und ebenso streng an dem höherwertigen Ziel des Friedens gemessen wird. Gewalt um ihrer selbst willen hat keine ethische Legitimation. Das muss allen Spartanern dieser Welt klar sein. Die Mystifizierung der kriegerischen Gewalt, wie sie mit der gerade von ihnen vorangetriebenen Clausewitz-Renaissance verbunden ist (der Krieg als irrationaler Kampf zweier Willen und „Mittel, dem Feinde unseren Willen aufzudrängen“), wird von der traditionellen Lehre vom gerechten Krieg gerade ausgeschlossen.

Ebenso wenig lässt sich aus ihr der Satz rechtfertigen, man müsse, wenn man den Frieden will, den Krieg vorbereiten (meist klassisch auf Latein formuliert: „Si vis pacem par bellum“). Krieg kann unter ganz bestimmten Umständen friedensdienlich sein. In den allermeisten Fällen ist er es nicht. Friedensförderung geschieht in aller Regel sehr viel besser mit anderen Mitteln. Der Einsatz von Gegengewalt ist auf absolute Ausnahmefälle zu beschränken.

Die Suche nach dem Möglichen

Mit diesen Kautelen – und nur mit diesen – kann abschließend die These aufgestellt werden, dass auch die Lehre vom gerechten Krieg eine Strategie des Friedens darstellt. Das gilt gerade auch aus christlicher Sicht. Auch wenn der Pazifismus der radikalen Gewaltlosigkeit sich auf wichtige Aussagen der Bibel zurückberufen kann, so ist er doch nicht die einzige christliche Option in der Gewaltfrage. Der Apostel Paulus hat im 13. Kapitel des Römerbriefs den Gewaltgebrauch allein dem Staat zugewiesen, in dieser limitierten Form aber ausdrücklich gerechtfertigt. Gut zusammengefasst ist dieses Konzept, das zugleich eine Theorie der Staatsaufgaben enthält, in der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung: „... dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“

Eine solche Strategie zu begründen und auszuführen ist komplizierter, als sich auf die polaren Positionen von Pazifismus und Kämpfertum zurückzuziehen. Aber sie wird der ethischen Verantwortung, in einer gegebenen Situation jenseits

rigoros verstandener Prinzipien das maximal mögliche Gute zu verwirklichen, viel eher gerecht. Es ist der Führung der Bundeswehr hoch anzurechnen, dass sie über die Jahre mit dem Leitbild der Inneren Führung auch an dieser grundlegenden, in ihrer Paradoxie höchst komplexen Aufgabenbestimmung festgehalten hat. Allerdings versteht sich das Konzept, gerade durch das Bereithalten und den Einsatz von Gewaltmitteln zur Erhaltung des Friedens als übergeordnetem Ziel beizutragen, nicht von selbst. Es bedarf ständig neuer Vergewisserung und Bildung. Von daher sollte die Bundeswehr in die ethische Bildung ihres Personals, zu der zentral die Klärung der Sinnfrage in Bezug auf einen (möglichen) Gewalteinsatz gehört, besondere Anstrengungen investieren. Gerade so wird sie dem grundgesetzlichen Auftrag gerecht, „dem Frieden der Welt zu dienen“. ▀

Das Konzept der Schutzverantwortung / „Responsibility to Protect“, das 2001 von der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) vorgelegt wurde, ist unter folgendem Link abrufbar: www.tinyurl.com/Schutzverantwortung



Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz
 (1780–1831), preußischer Generalmajor,
 Heeresreformer, gründlicher Analytiker



MIT CLAUSEWITZ IN DEN FRIEDEN ZIEHEN



**Wer etwas erreichen will, braucht geeignete Ziele,
 Maßnahmen und Konstellationen.**

Wer Frieden erreichen will, braucht eine Strategie
 Von Hartwig von Schubert

Konzept zum Ausmaß von Konflikten

Stärke	Fachbegriff	Gewaltstufe	Gewaltart
1	Konflikt	Gewaltfreie Konflikte	Gering
2	Krise ohne Gewalt		
3	Krise mit Gewalt	Gewalttätige Konflikte	Mittel
4	Beschränkter Krieg		Hoch
5	Krieg		

Die Charta der Vereinten Nationen (VN) setzt kein Kriegsvölkerrecht, sondern Friedensvölkerrecht, es ächtet den Krieg. Krieg wird seit 1945 als Mittel zwischenstaatlicher Konfliktregulierung nicht mehr akzeptiert. Es gibt nur noch ein *Jus contra Bellum*. Am 1. Mai 1916 hatte Karl Liebknecht seine Rede in Berlin mit den Worten eröffnet: „Nieder mit dem Krieg!“ Zu Beginn des Jahrhunderts noch Parole im politischen Kampf gegen die Initialkatastrophe von 1914, war dies zwei Weltkriege und ein halbes Jahrhundert später Konsens der in den VN versammelten Staatengemeinschaft. Kann es denn einen Krieg gegen den Krieg geben? Gibt es Strategien gegen Kriege und für Frieden? Was lehrt Clausewitz?

„Die Strategie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges; sie muss also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie die Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an. Da sich alle diese Dinge meistens nur nach Voraussetzungen bestimmen lassen, die nicht alle zutreffen, eine Menge anderer, mehr ins einzelne gehender Bestimmungen sich aber gar nicht vorher geben lassen, so folgt von selbst, dass die Strategie mit ins Feld ziehen muss, um das Einzelne an Ort und Stelle anzurufen und für das Ganze die Modifikationen zu treffen, die unaufhörlich erforderlich werden. Sie kann also ihre Hand in keinem Augenblick von dem Werke abziehen.“

(Clausewitz, Vom Kriege, 3. Buch, 1. Kapitel)

Eine Strategie ist also schon mal kein Plan, sondern ein iterativer Prozess der Planung von Maßnahmen unter Verwendung von Mitteln zur Erreichung von Zielen nach Maßgabe politischer Zwecke gegen den Widerstand eines gewaltbereiten und hinreichend ebenbürtigen Gegners bei großer Unsicherheit und hohem Risiko. Der Terminus „Krieg“ im Sinne etwa des napoleonischen Krieges ist also in dieser Definition gar nicht erforderlich. Was ist „Krieg“? Erstens bezeichnet der Begriff jede Phase eines Konfliktes zwischen mindestens zwei politischen Mächten, in welcher dieser als bewaffneter Massenkonflikt ausgetragen wird. Zweitens bezeichnet er, wie hier im Zitat, jeden kriegerischen Akt jeder Seite in seiner Gesamtheit, also eben nicht jene Phase, sondern den Feldzug, der in jene Phase mündet. Jetzt lässt sich formulieren, was wir suchen, nämlich den iterativen Prozess der Planung eines Feldzugs zur Verhinderung, Eindämmung oder Beendigung von kriegerischen Akten und Konfliktverläufen. Der allgemeine Sprachgebrauch hat dafür einen Terminus aus dem Militärischen ins Zivile übertragen, nämlich „Kampagne“.

Die Politik muss vorangehen

Entscheidend ist, dass die Strategie den Vorgaben der politischen Zwecke die passenden strategischen Ziele zuordnet und der Politik demnach *folgt*. Folgt sie soweit *nach*, so geht sie bei der situationsgerechten Gestaltung der lokalen Operationen *voran*. Vorausgesetzt wird dabei, dass überhaupt bei der Verfolgung eines politischen Zwecks mit dem Einsatz von vielen Fähigkeiten zu rechnen ist, weil die politische Entscheidung zulasten eines Gegners geht, der dieser seinerseits viele Fähigkeiten entgegenzusetzen willens

Weltweite Konflikte 2018

im Vergleich zu 2017 (unten)



Quelle: Konfliktbarometer 2018, www.hiik.de



Militärdekan Dr. Hartwig von Schubert

leitet das Evangelische Militärpfarramt Hamburg II an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Es schien der Durchbruch zu sein:
Die kolumbianischen Farc-Rebellen
gaben ihre Waffen ab. UN-Mitarbeiter
verstaute sie in Containern wie diesem
(Aufnahme von 2017). Doch der
Friedensprozess ist weiterhin gefährdet



Drei Säulen der Schutzverantwortung/ „Responsibility to Protect“

Im Abschlussdokument des Weltgipfels 2005 erkannte die UN-Generalversammlung das „R2P“-Prinzip an

Säule 1:

Verantwortung der Staaten:
Regierungen müssen wirksame
Maßnahmen ausarbeiten,
um innerstaatliche Konflikte
zu lösen.

und in der Lage ist. Erst dann nämlich wenden sich die Träger des politischen Willens an die Träger ministerieller Fachexpertise, wenn zu erwarten ist, dass diplomatische, kulturelle, militärische, ökologische, soziale, wirtschaftliche Ziele etc. erreicht werden müssen, damit die Erreichung des politischen Zwecks nachhaltig gewährleistet ist.

Solange es nicht darum gehen soll, den politischen Gegner zu vernichten, besteht selbst das militärische Ziel „nur“ darin, den Gegner zu seinem Gewaltpotenzial auf Abstand zu bringen und es ihm dauerhaft aus der Hand zu nehmen. Dem politischen Zweck steht dann zumindest kein *bewaffneter* Wille mehr entgegen. Worin jene politische Zwecksetzung besteht und worauf sie gründet und wie sie konstituiert wurde, kann also enorm variieren. Das Problem: Eine Kampagne gegen den Krieg kann selbst die Züge des Krieges annehmen. Politischer Zweck und militärisches Ziel können im Verlauf der Operationen zeitweilig verschmelzen:

„Je großartiger und stärker die Motive des Krieges sind, je mehr sie das ganze Dasein der Völker umfassen, je gewaltsamer die Spannung ist, die dem Kriege vorhergeht, um so mehr wird der Krieg sich seiner abstrakten Gestalt nähern, um so mehr wird es sich um das Niederwerfen des Feindes handeln, um so mehr fallen das kriegerische Ziel und der politische Zweck zusammen, um so reiner kriegerisch, weniger politisch scheint der Krieg zu sein.“

(Clausewitz, Vom Kriege, 3. Buch, 1. Kapitel)

Je mehr ein bewaffneter Konflikt, ob aus Angst, Hass oder Gier, tatsächlich zum Vernichtungskrieg eskaliert, desto mehr scheint die Logik des Politischen mit der Logik des nun rein *Militärstrategischen* identisch zu werden. Nur so lange jedoch, wie keiner der Gegner aufgibt oder überwältigt werden kann, erstarrt die Sphäre des Politischen dauerhaft zur physischen Kampfzone, nur dann entwickelt sich der *chronische Kriegszustand*. Im Fall der signifikanten Entwaffnung eines Gegners dagegen kommt der bewaffnete Kampf ans Ende, das politische Streben beider Parteien mag weiterhin lebendig sein, der Krieg ist vorbei. Von Frieden kann gleichwohl nicht die Rede sein. Wenigstens erscheint das Politische dann wieder in seinem ursprünglichen Charakter. Es streift das Militärische ab und widmet sich der Balance von Kooperation und Konflikt mit den üblichen gewaltreduzierten Mitteln wie Recht, Geld und Überzeugung.

Drei Blickwinkel auf den Krieg

Sein berühmter Primat der Politik gegenüber dem Krieg – der Krieg als „Fortsetzung der Politik unter Beimischung anderer Mittel“ – ist bei Clausewitz insofern kein politisches Programm zur Militarisation des Politischen, sondern genau umgekehrt zur „Politikbedürftigkeit des Militärischen“ (Klaus Naumann), also eines der Axiome seiner streng analytischen Methode. Wo immer Zwecke gesetzt werden, sei dies als das Politische bezeichnet, wo immer diese Zwecke auf einen in hohem Grade gewaltbewehrten Gegenwillen treffen und deshalb zunächst dessen Gewalt zu überwinden ist, sei die Planung auf dieses Ziel hin als das Strategische bezeichnet, und nur seine bewaffnete Verfolgung als das Militärische. Wer sich als Autor politischer Zwecke nicht nur denken, sondern behaupten will, muss folglich das Gewaltmonopol, eine umfassende Strategiefähigkeit und die Eskalationshoheit anstreben – und zielt damit auf „Staatlichkeit“.

Säule 2:

Verantwortung der internationalen Gemeinschaft: Die internationale Gemeinschaft soll Staaten helfen, ihre Bürger zu schützen und Konflikte zu beenden.

Säule 3:

Versagen präventive Bemühungen, hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung einzugreifen – auch mit Zwangsmitteln –, um Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern / zu beenden.

Quelle: www.genocide-alert.de/
Bericht des ehemaligen UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon

„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Fall seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen, eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen Verstand anheimfällt. Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn, die dritte mehr der Regierung zugewendet. Die Leidenschaften, welche im Krieg entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab, die politischen Zwecke aber gehören der Regierung allein an.“

(Clausewitz, Vom Kriege, 1. Buch, 1. Kapitel)

Clausewitz sucht analytische Gesichtspunkte zur Darstellung gewaltintensiver Konflikte, die in allen denkbaren Kontexten empirisch aufgesucht und geprüft werden können. In dem Maße, wie Akteure einvernehmlich kooperieren, existiert zwischen ihnen kein Konflikt. Der entsteht erst, wenn Wille gegen Wille steht. Und erst dann tendiert der Konflikt zum Gewaltkonflikt, wenn Akteure unter Einsatz erheblicher Kräfte kollidieren und einander zu beugen, zu brechen oder gar zu vernichten suchen. Der Gewaltkonflikt tendiert auch erst dann zum „Krieg“ als Klimax von Konfliktverläufen, wenn die „Regierungen“ beider Parteien sich bei der Verfolgung ihrer Zwecke massiv bedrohen und angreifen, etwa weil für sie konstitutive Fundamente ihrer politischen Existenz auf dem Spiel stehen. Und selbst in dieser zugespitzten Phase wird der Krieg sich erst dann entfalten, wenn die „Regierungen“ auf die Expertise von „Feldherren“ zurückgreifen können, die die Ziele auf dem Weg zu den Zwecken – vorzugsweise das Gravitationszentrum des Gegners – nicht nur ins Visier nehmen,

sondern auch treffen können. Und das wiederum können sie nur, wenn zum Kampf bereite „Volksmassen“ ihren Befehlen folgen. Ohne dies beginnt „Krieg“ nicht, oder er ist schnell entschieden.

Die innovative Leistung von Clausewitz besteht in der Konzentration auf die Gewaltkollision und der breiten Einbeziehung der Gesellschaft. Damit Krieg herrscht, muss eine „wunderliche Dreifaltigkeit“ bereitliegen:

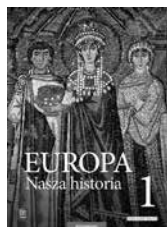
- a) eine historisch-sozioökonomisch bedingte und entsprechend aufgeheizte gesellschaftliche Interessenlage,
- b) politische Institutionen mit einem artikulierten politischen Willen und
- c) Institutionen zur professionellen Beherrschung von Gewaltmitteln.

Wenn nur ein Element schwach ausgebildet ist, wird der Konflikt rudimentär bleiben oder schnell zugunsten einer Partei entschieden. Clausewitz beschränkt sich auf eine Taxonomie von Faktoren, die auf die Verläufe bewaffneter Massenkongflikte Einfluss nehmen. Er fasst beispielsweise das Auftreten widriger Umstände und Ereignisse unter dem Begriff „Friktionen“ zusammen. Diese können wiederum mit dem angemessenen Charakter und Verhalten – Clausewitz spricht von „moralischen Größen“ – bewältigt werden.

Vom Krieg Frieden lernen

Dieser deskriptive, analytische und darin bereits sozialwissenschaftliche Ansatz einer Strategiewissenschaft mündet schließlich in eine Lehre von wesentlichen Operationsformen (Angriff und Verteidigung) sowie in wesentlichen Grundsätzen militärischer Planung und Führung. Er beginnt militärisch-taktisch beim Gefecht als kleinstem Baustein, richtet den Blick von dort auf alle gesellschaftlichen Faktoren und führt dann zurück zur Taktik.

Diese Taxonomie hilft bei jeder Art einer politischen Kampagne. Auch der Frieden braucht eine historisch-sozioökonomisch bedingte und entsprechend engagierte Interessenlage, die sich in politischen Institutionen bündelt, als existenzieller politischer Wille artikuliert und die Institutionen zur professionellen Eindämmung von Gewaltkonflikten hervorbringt. Der wahre Pazifist ist ein Stratege, er will leidenschaftlich „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, er stützt sich auf die besten Experten aller Ressorts, er mobilisiert das ganze Volk, er rechnet mit Friktionen, meistert Rückschläge und beherrscht die Operation genauso wie die Taktik. ▲



Gemeinsame Geschichte

2016 erschien ein erstes gemeinsames Geschichtsbuch für deutsche und polnische Schulklassen. „Europa. Unsere Geschichte“ liegt zweisprachig vor. Es ist der erste Band, drei weitere sollen bis 2020 erscheinen.

www.tinyurl.com/deutsch-polnisches-schulbuch

WELTFRIEDEN IM GEMEINDEHAUS



„Shalom“ betrifft alle Lebensbereiche. Deshalb haben die Kirchen auf ihrem Weg zum gerechten Frieden nicht nur die Sicherheitspolitik im Blick – aber auch

Von Frie Bräsen



Frie Bräsen
ist Propst des
Kirchenkreises
Hamburg-
West/Südholstein.

Wie kann sich die verfasste Kirche in den Dienst des Friedens stellen? In etlichen Landeskirchen der EKD wird diese Debatte aktuell geführt. Sie ist notwendig, weil die globalen Bedingungen sich deutlich gewandelt haben. Frieden ist kein zeitloses Abstraktum, sondern wird in einer konkreten Situation verwirklicht. Deshalb muss die Kirche sich immer wieder neu zur aktuellen Situation der Welt verhalten. Die politischen Konstellationen sind heute ganz andere als noch zur Zeit des Kalten Krieges, als innerhalb der Kirchen eine sehr lebendige, wenn auch eher polarisierte friedensethische Auseinandersetzung geführt wurde.

Für viele Menschen sind die sicherheitspolitischen Bedingungen komplexer, differenzierter und komplizierter geworden. Es ist schwieriger, in der aktuellen Situation eine Position einzunehmen. Die sicherheitspolitischen Fragen überfordern viele „normale“ Kirchenmitglieder und sie überlassen die friedensethische Debatte den Fachleuten, die sich zutrauen, die Kom-

plexität so zu beurteilen, dass sie zu konkreten theologisch-ethischen Entscheidungen kommen.

Ein Thema nur für Experten?

Wir sind also weit davon entfernt, die Diskussion über das anstehende Thema des „gerechten Friedens“ und einer daran orientierten Kirche an der Basis lebendig und motiviert zu führen. Die Diskussion findet in Fachgremien und kompetent besetzten Arbeitsgruppen statt, die z. T. von Synoden beauftragt sind, um zumindest für die Synodalen Licht in das undurchsichtige Dunkel der Weltsicherheitslage und der politischen Strategien zu bringen.

Aber die Basis der Kirche ist nicht nur von der Komplexität des gesamten Zusammenhangs stark gefordert, wenn nicht überfordert. Auch die ethischen Grenzlinien haben sich in der jüngsten Vergangenheit verschoben oder sie sind verblasst. So lassen sich neben der Komplexität noch zwei weitere Beobachtungen beschreiben:

**„Frieden bedeutet, mit sich, den Menschen
und mit Gott im Reinen zu sein“**

1.

Innerhalb der Kirche war in den Zeiten der Blöcke eine ziemlich klar zu erkennende Linie zwischen den pazifistischen Positionen auf der einen und den weniger lautstarken Befürwortern von bewaffneter Verteidigung auf der anderen Seite. Als dann – mit Hilfe von Bündnis 90/Die Grünen in der Regierungsverantwortung – Auslandseinsätze der Bundeswehr beschlossen wurden und damit die eindeutig geglaubte pazifistische Haltung aufgegeben wurde, hat dies auch innerhalb der Kirchen Wirkung gezeigt. Die klare pazifistische Position mancher wurde verunsichert und hat sich „aufgeweicht“, so dass die Linie zwischen den beiden Positionen nicht mehr deutlich erkennbar ist.

2.

Doch die wesentliche Diskussion innerhalb der Kirche ist zurzeit eine andere. Im Vordergrund steht nicht so sehr die Frage, welche sicherheitspolitische Position nehmen wir ein, sondern wie politisch dürfen wir als Kirche überhaupt sein. Es wird in den Gemeinden zum Teil durchaus vehement die Position vertreten, dass Kirche sich gänzlich aus politischen Fragestellungen heraushalten und öffentlich keine Stellung zu politischen Zusammenhängen beziehen solle.

Natürlich könnte man die Diskussionslage der Frage nach einem gerechten Frieden in der Kirche noch präziser beschreiben, und es wäre ganz sicher nicht nur interessant, sondern auch sinnvoll, den Gründen für diese Situation noch intensiver nachzugehen, aber das soll hier nicht die Aufgabe sein. Es geht eher darum, wie die Basis einen Zugang zu einem Thema neu gewinnen kann, das zum einen als sehr aktuell und brisant empfunden wird, das aber auch ein hohes Urteilsvermögen zu erfordern scheint, um sich in der differenzierten Materie zu positionieren.

Gerechtigkeit gehört dazu

Die aktuelle Diskussion grenzt sich von der Begrifflichkeit des „gerechten Krieges“ ab, die der Kirchenvater Augustin eingebracht hat, um nach der Verstaatlichung der Kirche im 4. Jahrhundert der bis dahin eindeutig pazifistischen Haltung der jungen Kirche eine Brücke zu bauen. Augustin benannte Kriterien für einen „gerechten Krieg“, die bis heute in den Diskussionen um christlich-ethische Verantwortbarkeit von militärischen Konfliktinterventionen eine wichtige Rolle spielen. Ohne diese Kriterien im Einzelnen zu nennen, muss aber deutlich hinterfragt werden, ob ein Krieg überhaupt als „gerecht“ bezeichnet werden kann. Aus biblischer Perspektive ist dies wohl kaum möglich.

Hingegen ist der Friede, von dem die Bibel spricht, eng mit Gerechtigkeit verbunden. Frieden ist nicht nur ein Schweigen der Waffen und Fäuste, Frieden ist mehr als ein Miteinander, das ohne jegliche Form von Gewalt auskommt. Nach der biblischen Vorstellung ist der Friede, der Shalom, ein Heilsein der Einzelnen und der Gemeinschaft und ist eng verbunden mit Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit. Und diese umfassende Unversehrtheit des Lebens ist ein so hohes Gut, dass nur Gott es ermöglichen kann. Menschen können den Frieden nicht aus sich heraus schaffen, sondern sind Empfangende des Friedens, sie sind Beschenkte. Und als solche nehmen sie den Frieden immer wieder an und pflegen ihn.

Leitbild Nachhaltigkeit

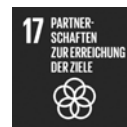
Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen formuliert 17 Nachhaltigkeitsziele bzw. Sustainable Development Goals (SDG)



„Der Seniorenkreis ist mein Lieblingstermin.“
Lara Scheikh Mohammad macht ein Freiwilliges
Soziales Jahr in einer Kirchengemeinde in Bremen.
Die junge Frau floh vor drei Jahren
aus ihrer Heimat Syrien



**Der Weltfrieden,
der Frieden unter den Völkern
ist kein grundsätzlich anderer
als der Friede
in der Nachbarschaft
und im Stadtteil,
als der Friede
in den Klassenzimmern
oder im Betrieb,
als der Friede
im Freundeskreis
und der häusliche Friede der Familie.**



Frieden in allen Lebensbereichen

Der Weltfrieden, der Frieden unter den Völkern ist kein grundsätzlich anderer als der Friede in der Nachbarschaft und im Stadtteil, als der Friede in den Klassenzimmern oder im Betrieb, als der Friede im Freundeskreis und der häusliche Friede der Familie. Auch der innere Friede jeder Person, der Friede mit sich selbst ist Teil dieses Friedens, den Gott schenken will, und hängt unmittelbar mit dem Frieden zusammen, auf den die Völkergemeinschaft hofft. Seit den 1980er Jahren sehen sich die Kirchen dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. So kann auch der Friedensbegriff nicht ohne diese Weite beschrieben werden.

Diese Weite des Verständnisses von einem „gerechten Frieden“ macht deutlich, dass die kirchliche Basis auch dann mit dem Shalom in Teilen befasst ist, wenn sie sich nicht in der Lage sieht, die sicherheitspolitische Weltlage einzuschätzen und dazu eine Haltung zu zeigen. Andersherum ist es aber gar nicht möglich, über den inneren Frieden der Person oder den Frieden im Stadtteil der Gemeinde nachzudenken, ohne damit den Frieden in den Krisenregionen unserer Welt zu berühren. Und wenn wir über den Frieden reden, dann müssen wir auch über Themen wie Gerechtigkeit, Hunger und Klima reden. Der Friede, von dem die Bibel spricht, ist ganz nah an uns dran und gleichzeitig unendlich weit weg in der Größe des Globus – es ist der eine Friede.

Was tun? Und: mit wem?

Darum kann jede Gemeinde klein anfangen und sich auf den Weg eines gerechten Friedens machen. Es gibt eine große Menge an praktischen Methoden, wie Kirche sich im eigenen Umfeld für friedliche Lösungen stark machen kann. Aber auch vor den sicherheitspolitischen Fragen auf dem Weg zu einem weltweiten Frieden braucht eine Gemeinde nicht zu kapitulieren. Zum Frieden gehört es auch, sich immer wieder in den Dialog zu begeben und voneinander zu lernen. Meine Gespräche mit Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr haben mir sehr geholfen, Zusammenhänge zu verstehen, zu denen ich sonst keinen unmittelbaren Zugang hätte.

Auch mit Vertretern der Polizei konnte ich über die Fragen der Gewaltausübung und der Wahrhaftigkeit sprechen. Solche Dialoge lösen die großen Fragen nicht. Sie sind aber wichtige Schritte auf dem Weg zu einem gerechten Frieden. Darum möchte ich diese Dialoge fördern und ausdrücklich die Bundeswehr und die Gemeinden dazu ermutigen. In den Ausbildungsgängen der Bundeswehr wird auf sehr hohem Niveau über friedensethische Fragen diskutiert und davon könnte die Kirche im Dialog sehr profitieren, um das eigene Urteilsvermögen zu schärfen und zu stärken.

„Auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens“, so lautet das erklärte Ziel der Bemühungen, weil der gerechte Friede kein Zustand ist, den wir erreichen, sondern ein Weg, den wir gehen – eine Bewegung, eine Übung mit anderen gemeinsam, mit uns selbst und mit Gott, der in Jesus Christus den Frieden zu uns gebracht hat. ▲

Wofür Kirchgänger spenden
Empfänger der Kollektensammlungen
in der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau
Oktober bis Dezember 2019

20.10.	Arbeitslosenfonds der EKHN
31.10.	Hessische Lutherstiftung
3.11.	Gefängnisseelsorge
10.11.	Suchtkrankenhilfe (Diakonie Hessen)
17.11.	Tafelarbeit (Diakonie Hessen)
24.11.	Stiftungsfonds DiaDem – Hilfe für demenzkranke Menschen
8.12.	Evangelische Frauen in Hessen und Nassau
24.12.	Brot für die Welt

Quelle: EKHN

SICHERHEITS- POLITIK

Der chinesische Wirtschaftswissenschaftler und Regierungskritiker Ilham Tohti doziert 2010 in einem Pekinger Hörsaal unter einer Überwachungskamera. Tohti, der Uigure ist, wurde 2014 wegen „Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt



PEACELAB

Zeit für eine Zwischenbilanz
Von Rüdiger König



Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Dieser Satz ist in aller Munde, seit er 2014 in die politische Debatte hierzulande eingeführt wurde. Terror und bewaffnete Konflikte im Krisengürtel von der Sahelzone bis an den Hindukusch sind nicht verschwunden. Zivil und militärisch sind und bleiben wir in Mali, in Südsudan, in Afghanistan und darüber hinaus im Einsatz. Zugleich sind Gewissheiten ins Wanken geraten. Der Multilateralismus steht vor einer Bewährungsprobe.

Vor diesem Hintergrund fällt es nicht immer leicht, den Blick auf die Fortschritte zu richten, die die Bundesregierung bei ihrem Krisenengagement gemacht hat. Am 14. Juni 2017 hat das Kabinett die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Über 1800 Menschen hatten zuvor in einem für die Außenpolitik beispiellosen Beteiligungsprozess ihren Beitrag geleistet, um ein lebendiges, neues Grundlagendokument zum umfassenden Krisenengagement aus der Taufe zu heben. In den vielen PeaceLab-Veranstaltungen haben die Expertinnen und Experten sehr konkret ihre Anforderungen formuliert. Was ist das deutsche Interesse in der Welt?

An welche Werte fühlen wir uns dabei gebunden? Welche Risikobereitschaft müssen wir haben, um in Krisen handlungsfähig zu bleiben? Was die Bundesregierung daraus gemacht hat, findet sich in den Leitlinien – u. a. 51 Selbstverpflichtungen mit z. T. zahlreichen Unterpunkten.

Was ist seither passiert? Fest steht: Das Krisenengagement der Bundesregierung ist nicht mehr dasselbe wie vor der Verabschiedung der Leitlinien. Wir haben es in entscheidenden Punkten im Einklang mit unserem Engagement in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen weiterentwickelt. Damit leisten wir einen besseren Beitrag zu Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung.

► **Zum Beispiel Mediation, ganz konkret:**

In Jemen unterstützen wir die Bemühungen des Sondergesandten Martin Griffiths zur Reaktivierung des Friedensprozesses mit informellen politischen Gesprächen hochrangiger Jemenitinnen und Jemeniten aller Parteien über einen *Track-II*-Dialogprozess. Weiterhin unterstützt das AA den durch Bundespräsident a. D. Köhler als Persönlichen Gesandten des VN-Generalsekretärs geleiteten Prozess in der Westsahara durch Beratungspersonal und die Prozesse in der Ukraine auf lokaler Ebene im Sinne eines *Multi-Track*-Ansatzes. Dabei werden die formellen Verhandlungen durch zielgerichtete Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft ergänzt. Wir haben die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen NGOs, den Vereinten Nationen sowie Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union im Bereich Mediation und Mediationsunterstützung deutlich intensiviert. Und was noch viel wichtiger ist: Wir bauen verstärkt eigene personelle Expertise auf, z. B. mit Weiterbildungsmöglichkeiten für die neu eingestellten Diplomatinen und Diplomaten bis hin zu Botschafterinnen und Botschaftern.



Der UN-Sondergesandte für Jemen, Martin Griffiths (l.), im Gespräch mit einem Vertreter der Huthi-Rebellen (2018). Deutschland unterstützt solche Gespräche, um Friedensprozesse voranzubringen. Anfang 2019 verkündeten die Huthis, sich aus jemenitischen Häfen zurückzuziehen

► **Zum Beispiel Krisenfrüherkennung:**

Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben wir die ressortübergreifende Betrachtung von Krisenpotenzialen in der Welt geschärft und konzeptionell auf eine neue Grundlage gestellt. Wir entwickeln daraus konkrete Optionen für die Krisenprävention durch die Bundesregierung. Ziel ist es, bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhüten. Selbstverständlich verknüpfen wir die deutschen Ansätze eng mit dem politischen Frühwarnsystem der Europäischen Union und stärken unsere eigenen Fähigkeiten in der Früherkennung durch Nutzung moderner Technologien.

► **Zum Beispiel Friedensmissionen:**

Im März 2018 hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, ein Reformprogramm für die friedenserhaltenden Maßnahmen der Weltorganisation lanciert. Mit der *Action for Peacekeeping* möchte er die Blauhelmeinsätze modernisieren, effizienter machen, zielgerichteter mandatieren und besser mit den vielen anderen Ansätzen der Vereinten Nationen in fragilen Kontexten verzahnen. Diese Reformansätze unterstützt die Bundesregierung: Wir arbeiten z. B. an der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Friedenstruppen mit und wollen Hochwerttechnologien für die Blauhelmeinsätze nutzbar machen. Auch der personelle Einsatz Deutschlands ist über die letzten Jahre gewachsen. Das wird besonders sichtbar beim deutschen militärischen Engagement in der Stabilisierungsmission Minusma in Mali. Wir legen zudem besonderen Wert darauf, die zivilen Fähigkeiten zu stärken. In vielen Missionen unterstützen wir die Arbeit der Blauhelme, u. a. durch eine Förderung von Mediationsprojekten oder Demobilisierungs- und Entwaffnungsprogrammen. So tragen wir dazu bei, die Einsätze in den politischen Prozess vor Ort einzubetten.

► **Zum Beispiel Evaluierung:**

Das klingt technisch, stärkt aber die Strategiefähigkeit jeder Institution, die sich ernsthaft darauf einlässt. Die Auswertung der Wirkungen und Erfahrungen des außenpolitischen Engagements in Krisen- und Konfliktstaaten durch Evaluierung ist unverzichtbar – nicht nur mit Blick auf die transparente und wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel, sondern auch und gerade zur effektiven politischen Steuerung und flexiblen Anpassung unseres Handelns. Mit der Verabschiedung der Leitlinien verpflichtete sich das Auswärtige Amt, dass strategische Evaluierung künftig einen entscheidenden Beitrag als Steuerungsinstrument leisten soll. Wir haben daher ein Pilotvorhaben im Bereich strategischer Evaluierung durch professionelle externe Gutachter durchführen lassen und dies durch im Amt neu eingerichtete Evaluierungsstrukturen begleitet. Wir haben darüber hinaus die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts im Evaluierungsbereich ausgebaut. Entscheidend ist dabei, dass die Besonderheiten, die die jeweiligen Herangehensweisen der Ressorts auszeichnen, sich in den Evaluierungsansätzen wiederfinden.



Ministerialdirektor Rüdiger König

leitet seit 2015 im Auswärtigen Amt die Abteilung Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe.

Eine Fallschirmjägerin während einer Patrouille im Rahmen des Minusma-Einsatzes bei Gao. Deutschland stellt zunehmend mehr Blauhelme für die UN



Neben all diesen ganz praktischen Anstrengungen: Die Bundesregierung sollte nicht nur im eigenen Saft kochen. Wir möchten den Input der „friedenspolitischen Infrastruktur“ für das deutsche Krisenengagement nutzbar machen, also der vielen zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlich Engagierten, der vielen Forscherinnen und Forscher der Friedens- und Konfliktstudien, derjenigen, die aus ziviler oder militärischer Verwendung in Einsätzen an den Krisenherden der Welt zurückkehren.

PeaceLab-Debatten sind dafür eine wichtige Plattform. Auf peacelab.blog können sie über die Themen Sicherheitssektorreform, Vergangenheitsarbeit und Rechtsstaatsförderung, zu denen die Bundesregierung in diesen Wochen nationale Strategien ausarbeitet, in den Dialog treten. Ganz wie bei den Leitlinien selbst schärft das unseren Blick. Mit dem PeaceLab gehen wir auch neue Wege: Wir haben gemeinsam mit der irakischen Re-

gierung und den Vereinten Nationen bei einem PeaceLab in New York den Stabilisierungsansatz für Irak diskutiert. Bei der Afrikanischen Union in Addis Abeba haben wir in einem PeaceLab mit Bundespräsident Steinmeier viel über die Früherkennung und Präventionsansätze in Afrika gelernt. Und bei der Münchener Sicherheitskonferenz konnten wir in einer *Table-Top-Exercise* lernen, was die Chancen und Risiken sind, wenn man in Krisenkontexten oder bei der Terrorbekämpfung auf Ad-hoc-Koalitionen setzt, statt auf etablierte Strukturen zurückzugreifen.

„Und sei die Strategie noch so schön – gelegentlich sollte man sich die Ergebnisse anschauen“, sagte Churchill. Mit dem PeaceLab und dem lebendigen Austausch mit der Zivilgesellschaft tun wir das in einem breit angelegten Forum. ◀

MIT EINER KERZE IM STURM



**Kann Literatur bei der Lösung des Nahostkonflikts helfen?
Der israelische Schriftsteller David Grossman zeigt in
„Eine Taube erschießen“, wie literarische Mittel helfen,
im Krieg die eigene Menschlichkeit zu bewahren**

Von Katja Dorothea Buck



David Grossman:
**Eine Taube
erschießen.**
Reden und Essays,
Hanser-Verlag,
München 2018,
128 Seiten, 18 Euro.

David Grossman ist kein Träumer. Er weiß, dass der seit Jahrzehnten andauernde Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern unermessliches Leid auf beiden Seiten verursacht hat. Er selbst hat seinen Sohn Uri, der als junger Soldat im Libanonkrieg 2006 diente, in den letzten Tagen dieses Krieges verloren. Literarisch verarbeitet hat er seinen Tod in seinem Roman „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“, für den er 2010 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen hat. Er habe versucht zu erzählen, welche Anstrengungen Menschen auf sich nehmen, um in einer Situation, „in der alles darauf angelegt ist, das Gesicht des Einzelnen auszulöschen, das komplexe feine Geflecht menschlicher Beziehungen, Sensibilität, Zartheit und Mitgefühl zu bewahren“. Mitten im Krieg an der eigenen Menschlichkeit festzuhalten sei wie das Vorhaben, „mit einer Kerze in der Hand durch einen gewaltigen Sturm zu gehen“.

In dem kleinen Bändchen „Eine Taube erschießen“ hat der Hanser-Verlag Reden und Essays zusammengetragen, in denen der Schriftsteller erläutert, wie er diese Kerze trotz des Sturms am Brennen hält. Er nutzt die Möglichkeiten der Literatur, um starre Deutungsmuster der jeweils anderen Seite aufzuweichen, damit diese wieder „zu einer Geschichte von lebendigen Menschen werden, die manchmal leiden und manchmal hoffen, von Menschen, die sich fürchten, zweifeln und lieben, von Menschen mit der Sehnsucht nach etwas Besserem“.

Grossman leidet darunter, dass es um diese Sehnsucht in Israel und Palästina schlecht bestellt ist. Zu viele Schleifen hat der Konflikt mittlerweile gedreht. „Nicht auf dem Schlachtfeld wurden wir besiegt, sondern als Menschen“, sagte er 2015 bei einer Rede an der Harvard-Universität. Und zum 75. Geburtstag von Joachim Gauck im gleichen Jahr beschrieb er das Klima auf beiden Seiten als „Lähmung und Stagnation“. Doch genau hier bietet die Literatur einen Ausweg, findet Grossman. Denn: In einer guten Geschichte erfahre man etwas über primäre zwischenmenschliche Beziehungen, über universelle, ewig gültige ethische Entscheidungen, über authentische, nicht manipulierte Emotionen. Diese Geschichten brauche es, damit sich Israelis und Palästinenser einmal „für die Komplexität des anderen Volkes öffnen, für seine Tragödie, seine Besonderheiten und seine Schönheit, für seine ganze Geschichte“.

Ist dieser Ansatz eine realistische Option im Nahostkonflikt? Falls nicht, welche anderen Optionen gibt es? „Eine Taube erschießen“ ist jedenfalls eine heilsame Lektüre für all diejenigen, die wissen, wie schwierig es ist, in Krisengebieten die eigene Menschlichkeit zu bewahren. ▲

BLÄTTER FÜR REALPOLITIK

Seit 2017 präsentiert eine wissenschaftlich
hochrangige Fachzeitschrift Analysen
und innovative Überlegungen
zu Sicherheitspolitik und Strategie
Rezension von Jürgen Schrödl



Aufnahmen aus einem Bunker in Great Falls (USA),
von wo aus Interkontinentalraketen gestartet
werden können. Die Zeitschrift SIRIUS hat sich verstärkt dem
Thema „Abschreckung“ gewidmet

Seit Anfang 2017 ist die unter Ägide der Stiftung Wissenschaft und Demokratie quartalsweise erscheinende „SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen“ als eine von mehr als 700 Abonnement- und Open-Access-Fachzeitschriften beim unabhängigen Wissenschaftsverlag De Gruyter auf dem Markt.

Mit der gemeinsamen Herausgeberschaft von Joachim Krause (Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik Universität Kiel), Karl-Heinz Kamp (Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin), Carlo Masala (UniBwMünchen / Institut für Politikwissenschaft) und Andreas Wenger (ETH Zürich / Center for Strategic Studies) wurden die qualitativen Voraussetzungen geschaffen, um die not-

wendigen wissenschaftlichen Standards einer solchen regelmäßig erscheinenden Print- und Onlinepublikation zu erfüllen.

Ziel der Zeitschrift soll es sein, dass Entscheidungsträgern, -vorbereitern und Praktikern der Sicherheitspolitik in leicht zugänglicher Weise wissenschaftlich fundierte Artikel präsentiert werden, die Beiträge zu einer Versachlichung der politisch-strategischen Debatte leisten können. Dabei sollen wesentliche strategische Herausforderungen und Optionen deutscher, europäischer und transatlantischer Politik thematisiert und der Leserschaft innovative Überlegungen zu strategisch relevanten Themen mit entsprechender Praxisrelevanz angeboten werden.



**SIRIUS – Zeitschrift
für Strategische
Analysen,**

vierteljährlich,
Berlin (De Gruyter).
Print-ISSN: 2510-263X,
freier Onlinezugang:
www.degruyter.com/view/j/sirius

In den bisher erschienenen sechs Ausgaben stellte sich das thematische Spektrum der Artikel sehr vielseitig und abwechslungsreich dar. Neben übergreifenden strategischen Fragen zum Strukturwandel des internationalen Systems oder zur Zukunftsanalyse standen aktuelle politische Fragestellungen mit Blick auf Europa, die USA, Russland, die Ukraine oder Nordkorea im Mittelpunkt der Betrachtung. Erstaunlicherweise spielte bis jetzt China bei den Veröffentlichungen nur eine beiläufige Rolle, was seinem mit Blick auf Europa ausgerichteten strategischen Handeln nicht gerecht wird. Gerade hier bietet sich zukünftig viel Analysepotenzial mit realpolitischer Relevanz.

Inhaltlicher Höhepunkt der bisherigen Ausgaben war bis jetzt die vertiefte Betrachtung des Themas „Abschreckung“. Über zwei Ausgaben hinweg wurden dabei nicht nur mehrere Akteure und deren Handlungsmöglichkeiten detailliert betrachtet, sondern auch Fragen strategischer Abschreckung und einer konkreten Abschreckungspolitik im neuen strategischen Umfeld Europas analysiert und der Vergangenheit gegenübergestellt. Bei genau solchen Fragestellungen kann die Zeitschrift mit ihrem realpolitischen Anspruch einen erheblichen Mehrwert für die Leserschaft bieten, den es so in dieser Kompaktheit auf dem deutschsprachigen Zeitschriftensektor bisher kaum zu finden gab.

Die zusätzlich verfassten Kurzanalysen und Zusammenfassungen von international verfügbaren strategischen Analysen, Studien und Buchbesprechungen sind ein willkommenes Produkt, um schnell wesentliche Kerninhalte zu erfassen und einen ersten Eindruck des Besprochenen zu bekommen. Diese sollten auf jeden Fall beibehalten werden.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Anspruch der Herausgeberschaft, sich mit qualitativ hochwertigen und innovativen Beiträgen zu strategischen Fragestellungen am Markt vorzustellen und entsprechende wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit hervorzurufen, geglückt ist. Ob sich das anspruchsvolle Konzept auch nach der geplanten Beendigung der kostenfreien Bereitstellung ab 2019 auf dem umkämpften wissenschaftlichen Markt behaupten kann, bleibt abzuwarten. Der Zeitschrift und den Lesern wäre es zu wünschen, dass auch zukünftig diese inhalts- und abwechslungsreiche wissenschaftliche Publikation angeboten wird. ▲

WIE AUS RECHENSCHAFTSPFLICHT GESTALTUNGSMACHT WURDE

Was ist und wie hat man politische Verantwortung?

Rezension von Hartwig von Schubert

Als – leider absehbar letztes – Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift versammeln die vier Herausgeber 21 Beiträge zur seit dem 20. Jahrhundert zentralen moralischen Kategorie der Verantwortung in der Politik, und dies auf stattlichen 494 Seiten. Auf die Einleitung folgen fünf Abteilungen.

Für den theologisch und philosophisch Interessierten ist die erste Abteilung „Konzeptionelle und theoretische Überlegungen“ am interessantesten. Frieder Vogelmann beispielsweise zeichnet die steile Karriere des noch bei Kant kaum belegten Begriffs Verantwortung nach. Sie beginnt mit Verantwortung als Verteidigung eines Angeklagten, wandelt sich in Verantwortung als Rechenschaft eines Ministers im Parlament und mündet in die Verantwortung, die man hat und fühlt. Er erläutert u. a. die in Deutschland nach 1945 notwendig gewordene Übernahme einer historischen Verantwortung als Voraussetzung zur Wiedergewinnung politischer Freiheit sowie die seit den Genoziden der 1990er Jahre entwickelte „Internationale Schutzverantwortung“. Wirklich sehr zu empfehlen ist ferner der Beitrag „Staatlichkeit und Verantwortung zweiter Ordnung“ von Cord Schmelzle, in dem der Autor die Operationalisierung von Verantwortung analysiert und damit einen unverzichtbaren Baustein liefert zu einer Theorie politischer Urteilskraft. Aus diesem Artikel ließe sich sehr gut ein Seminarentwurf für den Lebenskundlichen Unterricht ableiten. Wer will es versuchen?



Verantwortung in einer Reihe von Politikfeldern ist der Gegenstand aller auf die Einleitung und das Theoriekapitel folgenden vier weiteren Abteilungen, gegliedert nach den Rubriken national, international, transnational, digital. Einige fragen nach der Verantwortung von Staaten, andere nach der von privaten Unternehmen. Ein Autor untersucht die Übertragung globaler Verantwortung für das Klima auf lokale Akteure.

Diffusion von Verantwortung ist ein Thema in mehreren Beiträgen, z. B. in Fällen der Bürgerbeteiligung an politischen Projekten oder angesichts der Schwierigkeiten, Handlungsketten in digitalen Netzen zurückzuerfolgen. Insbesondere die Diskussion staatlicher Metaverantwortung, ausgestaltet und erweitert in internationalen Institutionen und Mehrebenensystemen, berührt schließlich die ethische Beurteilung militärischer Gewalt. Unmittelbar einschlägig hierfür sind die drei Beiträge von Hauswedell zur neuen deutschen Verantwortung u. a. im Blick auf Militäreinsätze, von Junk und Kroll zum Verhältnis von Souveränität und Verantwortung im internationalen Recht und von Strasheim, Haaß und Bethke zur Konjunktur der Verantwortung in Resolutionen des VN-Sicherheitsrats. Wer sich für politische und militärische Ethik „verantwortlich“ fühlt, sollte sich den Band auf den Schreibtisch legen. ▲

Christopher Daase, Julian Junk, Stefan Kroll, Valentin Rauer (Hg.): **Politik und Verantwortung.** Analysen zum Wandel politischer Entscheidungs- und Rechtfertigungspraktiken, Nomos, Baden-Baden 2017, 498 Seiten, 49,90 Euro.

FRIEDENS-ETHIK



2018 demonstrierte in Simbabwe die Jugendorganisation der langjährigen Regierungspartei ZANU-PF für friedliche Wahlen. Nach dem Wahlsieg der ZANU-PF kündigte ein Mitglied der Opposition an, das Ergebnis anzufechten: „Wir werden uns erst ausruhen, wenn dieses Land frei ist“





Christian Ehrens ist evangelischer Theologe und Promovend an der Universität der Bundeswehr München.

KEIN FRIEDEN OHNE VERSÖHNUNG, OHNE GERECHTIGKEIT



**Der gesellschaftliche Übergang
nach den Unrechtsregimen
in Südafrika und Argentinien
verläuft nicht wie erhofft**

Von Christian Ehrens



Argentinien: Angehörige von 20 Eisenbahnarbeitern, die das Regime während der Militärdiktatur (1976 bis 1983) ermorden und verschwinden ließ, erhalten im Jahr 2016 wiederhergestellte Akten zu den damaligen Vorgängen

Nelson Mandela was a sellout!“ Der Ausverkauf der südafrikanischen Nation sei Nelson Mandela gewesen, der größte Betrüger seines Volkes. Einen schlechten Deal habe er 1994 zum Ende der Apartheid gemacht, der zumindest ökonomisch die Weißen an der Macht gelassen habe und die Schwarzen auf unabsehbare Zeit benachteilige. Ehemalige Unterstützer und Freiheitskämpfer behaupten das in jüngster Zeit, sogar seine ehemalige Frau Winnie Mandela äußerte sich ähnlich. Für die anderen bleibt Mandela der „Heilige Südafrikas“, der Befreier eines Volkes, der Inspirator von Generationen auf der ganzen Welt und der Schöpfer der Regenbogenation, in der verschiedenste Menschen friedlich miteinander leben. Es geht um die Frage der Bewertung des Transitionsprozesses der 1990er Jahre.

Es geht um die Frage, ob der aktuelle innergesellschaftliche Frieden hält, ob Versöhnung möglich war und ob Gerechtigkeitsfragen ausreichend behandelt wurden. In der Kritik an Mandela geht es um die Frage: Wie weiter, 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid? Damit wird Südafrika zu einem Prüfstein für den Erfolg und die bleibenden Herausforderungen einer sogenannten *Transitional Justice*, also Instrumente und Prozesse, die in Übergangsprozessen mit vergangenem Unrecht so umzugehen suchen, dass die Spirale der Gewalt beendet, sozialer Zusammenhalt gefördert und Frieden erzielt werden können. Die Relevanz der Themen wird auch daran deutlich, dass die deutsche Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie zu *Transitional Justice* als Instrument ihrer Außenpolitik plant. Südafrika galt für eine solche Theorie lange als das goldene, gelingende Beispiel.

Die soziale Transformation blieb aus

Und nun? Nelson Mandela, ein Sellout? Mandela hatte nach seiner Freilassung aus 27 Jahren politischer Gefangenschaft die *Politik der Versöhnung* vertreten. Zusammen mit dem damaligen weißen Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk verhandelte er das gewaltfreie Ende der Apartheid, die Einführung einer demokratischen Verfassung und freie, gleiche Wahlen. Mandela und de Klerk wurden für die Gestaltung des friedlichen Übergangs mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und Mandela der erste schwarze Präsident Südafrikas. Zur Aufarbeitung der Verbrechen der Apartheid wurde die *Truth and Reconciliation Commission* (TRC) unter dem Vorsitz von Erzbischof Desmond Tutu ins Leben gerufen. Sie sollte die Verbrechen aller Seiten während der Apartheid aufklären und die Begegnung von Opfern und Tätern ermöglichen. Im Gegenzug zu Geständnissen konnten Amnestien gewährt werden.

Mittlerweile ist das Bild der Regenbogenation zumindest rissig geworden: 2012 wurden streikende schwarze Minenarbeiter von der Polizei im „Marikana-Massaker“ niedergeschossen, 2015 und 2016 kam es bei den #FeesMustFall- und #RhodesMustFall-Protesten zu Zusammenstößen mit der Polizei, als Studierende für sozialverträglichere Studienkosten und einen kritischen Umgang mit dem kolonialen Erbe der Universitäten eintraten. Während sich die wohlhabende Schicht in oft mit elektrischen Zäunen, Kameras und Wachpersonal gesicherte Häuser zurückzieht, sorgt die soziale Ungleichheit für ein hohes Maß an Kriminalität; immer wieder kommt es zu Ausschreitungen.

Im Gespräch erzählte mir ein ehemaliger Kommissar der TRC, dass Südafrika auf eine Katastrophe zusteure, sollte die soziale Frage nicht gelöst werden können. Entsprechend stellte das *Institute for Justice and Reconciliation* aus Kapstadt in Umfragen fest, dass zwar zwei Drittel der Südafrikaner ein vereintes Südafrika wünschten, Versöhnung allerdings mehrheitlich als unmöglich angesehen wird, solange die in der Apartheid Benachteiligten arm blieben. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang, dass in Schlüsselbereichen des gesellschaftlichen Lebens wie Wirtschaft, Sicherheit, Anstellung und Ungleichheit seit 1994 mehrheitlich keine Verbesserung wahrgenommen wurde.

Nelson Mandela also ein Sellout? Tatsächlich hat Südafrika eine sehr erfolgreiche und beachtenswerte Transition von einem Unrechtsregime in eine Demokratie hinter sich. Der Machtwechsel hat ohne weiteres Blutvergießen stattgefunden, obwohl einige schon den Bürgerkrieg erahnten. Weiterhin konnte im Rahmen des Übergangs viel vergangenes Unrecht aufgeklärt werden. Es wurde bei weitem nicht allen Tätern eine Amnestie eingeräumt, weshalb es auch zu Strafverfolgung gekommen ist. Es erscheint daher höchst unangebracht, Mandelas Verdienste kleinzureden. Jedoch ist auch die Überhöhung zum „Heiligen Südafrikas“ verkehrt, da sie Kritik unmöglich macht. Die heutigen gesellschaftlichen Prozesse und Proteste weisen auf etwas hin, das im bisherigen Transitionsprozess zu kurz gekommen ist: die Transformation, die greifbare Umwandlung in ein geeintes Land, vor allem im sozialen Bereich.

Gerechtigkeit ohne Versöhnung?

Szenenwechsel nach Buenos Aires, Argentinien: Woche für Woche drehen die *Madres del Playa de Mayo* am Donnerstag vor dem Präsidentenpalast ihre Runden. Die *Madres* sind eine während der 1976 bis 1983 andauernden Diktatur gegründete Menschenrechtsorganisation, die auf das Verschwinden ihrer Kinder oder Enkelkinder hinweisen. Die Militärjunta hatte in dem „schmutzigen Krieg“ Oppositionelle brutal und willkürlich verschleppt, gefoltert und ermordet. Man spricht von 30 000 sogenannten „Verschwundenen“, deren Verbleib unklar ist. Besonders perfide war dies im Fall neugeborener Kinder von Regimegegnern. Nach der Inhaftierung oder Ermordung der Eltern wurden die Kinder in regimetreue Familien gegeben. Die Kinder selbst haben davon bis heute oft nicht erfahren. Die *Madres* demonstrieren weiter für *Wahrheit und Gerechtigkeit* und hoffen, so das Schicksal ihrer Kinder oder Enkelkinder ans Licht zu bringen.

Junge Südafrikaner gedenken 2015 an der Universität von Kapstadt der Opfer des „Marikana-Massakers“. Im August 2012 erschossen Polizisten mehr als 40 Bergarbeiter, die für bessere Löhne demonstriert hatten



Literatur

- Zum aktuellen Stand und der Wahrnehmung der Versöhnung in Südafrika: Institute for Justice and Reconciliation, **SA Reconciliation Barometer Survey: 2017 Report**, Kapstadt 2017. Online verfügbar unter: www.tinyurl.com/ijr-bericht-2017
- Aktuelle Diskussionen zu Wahrheit und Gerechtigkeit in Argentinien: **Jahresberichte des Centro de Estudios Legales y Sociales (C.E.L.S.)**: www.cels.org.ar
- Aufruf der Bundesregierung zur kritischen Begleitung der Erarbeitung einer Transitional-Justice-Strategie: peacelab.blog/2018/09/aufarbeiten-ererkennen-ahnden

Argentinien hatte nach dem Ende der Militärdiktatur 1983 einen anderen Weg als Südafrika eingeschlagen: Das Stichwort Versöhnung fehlt völlig, hingegen sind Wahrheit und Gerechtigkeit bis heute die zentralen Termini im Umgang mit der Vergangenheit. Gerechtigkeit wird dabei vor allem verstanden als Kampf gegen die Straflosigkeit. Denn obwohl die gegründete Wahrheitskommission, die CONADEP (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas – Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) über keine Amnestiemöglichkeiten verfügte, verblieb die Strafverfolgung in sehr engen Grenzen. Den dadurch entstehenden gesellschaftlichen Konflikt versuchte man durch ein sogenanntes „Schlussstrichgesetz“ zu befrieden, nach dem keine weiteren Strafverfolgungen mehr möglich sein sollten. Ohne Amnestiemöglichkeit war in der CONADEP für die Täter außerdem der Anreiz geringer, vergangenes Unrecht aufzuklären. So gelang in Argentinien zwar eine gewaltfreie Transition in eine demokratische Gesellschaft, jedoch war auch diese lediglich der Auftakt zu einer langanhaltenden Debatte über Fragen der Gerechtigkeit – in diesem Fall juristische. Erst nach einer allmählichen Schwächung des Militärs war es dem Präsidenten Nestor Kirchner 2003 mit dem Regierungsprogramm „Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit“ möglich, eine Kehrtwende vorzunehmen und umfangreichere Strafverfolgungen möglich zu machen.

Individuelle Wiedergutmachung und kultureller Neuanfang

Südafrika und Argentinien werden so durch ihre verschiedene Ausrichtung im Transitionsprozess und die unterschiedlichen Akzentuierungen des Gerechtigkeitsbegriffs zu einem interessanten Vergleichspaar und Impulsgebern für den Diskurs zur *Transitional Justice*. Der argentinische Fall zeigt den Wert von Amnestie und Strafverfolgung als Mittel gesellschaftlicher Befriedung. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Apartheid durch die TRC in Südafrika kam es dagegen zur sogenannten „peace vs. justice“-Debatte, ob also für den Frieden auf Gerechtigkeit verzichtet werden müsse. Ebenfalls umstritten ist, welche gesellschaftlichen Prozesse eigentlich unter das Stichwort *Transitional Justice* zu subsumieren sind. Ein Lösungsvorschlag ist, *Transitional Justice* im engeren Sinne auf eine juristisch klar umrissene Instrumenten-*Toolbox* festzulegen, in die Straf-

Wenn eine Kultur Unrecht und Unterdrückung erlaubt habe, dann müsse auch diese Kultur transformiert werden, um dauerhaften Frieden zu schaffen.

verfolgung, Amnestie, Wahrheitskommission, Wiedergutmachung und Überprüfung des öffentlichen Dienstes gehören. Während eine solche rein juristisch festgelegte Ausrichtung auf Gerechtigkeit und Wahrheit in Argentinien vielleicht noch anwendbar erscheint, scheitert sie bei dem Versuch, für Südafrika ein gelingendes Modell eines Weges zum Frieden aufzuzeigen. Die aktuellen südafrikanischen Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit scheinen einen breiteren Blick auf gesellschaftliche Prozesse nötig zu machen. Entsprechend wurde als Kritik an einer zu eng verstandenen *Transitional Justice* der Begriff einer *Transformative Justice* eingebracht, welche soziale und kulturelle Dimensionen stärker einbezieht. Wenn eine Kultur Unrecht und Unterdrückung erlaubt habe, dann müsse auch diese Kultur transformiert werden, um dauerhaften Frieden zu schaffen. Hierbei muss es um eine politische, kulturelle und ökonomische Transformation gehen.

Auch die Theologie und die Kirchen haben sich diesen Fragen mit dem *Leitbild des gerechten Friedens* zugewandt. Bemerkenswerterweise haben die Theorien der *Transitional Justice* oder der *Transformative Justice* dabei jedoch nur wenig Rezeption erfahren. Wenn, dann wird theologisch häufig die Seite der Versöhnung oder der Vergebung betont und dies als Potenzial von Kirche in Prozesse eingebracht. Auch Bischof Desmond Tutu betitelte seine autobiografische Beschreibung der TRC mit „No Future Without Forgiveness“. Sicherlich ist Versöhnung ein Schlüsselbegriff evangelischer Theologie und sicherlich ist Versöhnung für Frieden notwendig. Vergessen bleibt dabei aber, dass es für Versöhnung auch der Gerechtigkeit bedarf und dass auch die Gerechtigkeit ein Schlüsselbegriff evangelischer Theologie ist. Südafrika – von theologischer Seite oft als das Beispiel für die Möglichkeit von Versöhnung angebracht – wird immer mehr zum Beispiel dafür, dass es ohne die Einbeziehung der Gerechtigkeit nicht geht. Und auch in Argentinien gibt es mittlerweile Kritik an der rein juristischen Transition und die Forderung nach einer umfassenderen Transformation. Es gibt den Frieden also nur mit Gerechtigkeit und mit Versöhnung. Kirche und Theologie können durch ihre extensive Arbeit an beiden Begriffen dazu beitragen, das genaue Verhältnis zu klären. ▀

UNERHÖRTE FRAUEN

Auch in der Friedensbewegung gab es einen Krieg der Geschlechter. Anne Bieschke schreibt über Friedensfrauen und Friedensmänner

Rezension von Angelika Dörfler-Dierken

„Unerhört“ ist ein mehrdeutiges Adjektiv: Einerseits finden diejenigen, die gerne gehört werden wollen, kein Gehör; andererseits steht „das ist ja unerhört“ für eine Empörung. Empörend ist es beispielsweise, kein Recht zu bekommen. Empörend mag mancher auch die Störung etablierter Ordnungen finden. Der Obertitel von Anne Bieschkes Dissertation ist also mehrdeutig: Es geht einerseits um diejenige Gruppe in der Friedensbewegung, die keinen Erfolg hatte, deren Forderungen unerhört blieben – und es geht andererseits darum, dass andere das Auftreten dieser Gruppe empörte. Als unerhörte Friedensbewegung bezeichnet die Autorin die Frauenfriedensbewegung, die sich in der patriarchalisch geprägten Friedensbewegung nicht durchsetzen konnte. Die Friedensfrauen empörten sich gegen die Vorherrschaft der Friedensmänner und machten mit ihren Aktionen die auch in der Friedensbewegung der 1980er Jahre noch bestehenden Machtstrukturen zwischen den Geschlechtern sichtbar. Und zugleich empörten sich die Männer über die unerhört anspruchsvollen Frauen.

Die Friedensfrauen waren ihrer Meinung nach weder im zentralen Bonner Koordinationsausschuss angemessen repräsentiert noch traten sie als Rednerinnen bei den großen Friedensdemonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss hervor. Diese Erfahrungen führten dazu, dass die Idee von Frauenblocks bei Demonstrationen und Kundgebungen aufkam, dass Frauenfriedenscamps erfunden wurden.

Anne Bieschke nimmt sich also eines Desiderats an. Sie zeigt, wie die Frauenfriedensbewegung sich zwischen Friedensbewegung und Frauenbewegung positionierte, wie sie Gewalt und Geschlecht mit Friedensfragen verband. Dabei verfolgten die Friedensfrauen unterschiedliche Konzepte: Die einen forderten die Gleichstellung von Frauen mit Männern – danach



Anne Bieschke: **Die unerhörte Friedensbewegung.** Frauen, Krieg und Frieden in der Nuklearkrise (1979–1983). (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 25), Klartext, Essen 2018, 278 Seiten, 29,95 Euro.

sollten Frauen auch Wehrdienst leisten dürfen –, die anderen idealisierten Frauen als wesensmäßig friedfertige Menschen. Pazifistische Lebensschöpferinnen sollten zu Erzieherinnen einer neuen Generation von Jungen und Männern werden. Den Anstoß zu diesen Diskussionen gab die im Mai 1978 von Verteidigungsminister Hans Apel aufgeworfene Frage, ob die Bundeswehr nicht Frauen als freiwillig Wehrdienstleistende aufnehmen sollte.

Bieschke urteilt – meiner Meinung nach ein wenig zu resignativ –, dass die Frauenfriedensbewegung „unerhört“ geblieben sei, weil es ihr bis zum Ende des gewählten Untersuchungszeitraums (1983) nicht gelungen sei, Frieden zwischen den Geschlechtern zu etablieren.

Sie übersieht dabei aber, dass die Partei Bündnis 90/ Die Grünen infolge der Diskussionen die Doppelspitze eingeführt hat und auch in anderen Parteien sowie in weiten Teilen der Gesellschaft inzwischen verstärkt auf den Geschlechterproporz geachtet wird. Und in der Bundeswehr dienen inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit Frauen. ▲

GROSSE HOFFNUNG, KLEINE SCHRITTE

Frieden ist ein existenzielles Grundanliegen der Menschheit. Eberhard Schockenhoff hat eine umfassende Friedensethik vorgelegt

Rezension von Thomas Bohrmann

Friedensethik befasst sich mit dem gesellschaftlichen, politischen und militärischen Handeln unter der Differenz von gut / schlecht, richtig / falsch, gerecht / ungerecht, verhältnismäßig / unverhältnismäßig und stellt die Frage, wie Friedensstrukturen aufgebaut und Gewalt, Konflikte, Kriege verhindert werden können. Darüber hinaus entwickelt sie ethische Kriterien, damit Frieden bewahrt, gefördert und wiederhergestellt wird, und bewertet militärische Handlungen sowie bewaffnete Konflikte nach ihrer ethischen Legitimität. Das friedensethische Grundanliegen besteht letztlich in der Förderung einer Kultur des Friedens in der Weltgesellschaft. Da Frieden ein existenzielles Grundanliegen jeder menschlichen Gesellschaft ist, ist jeder Mensch davon radikal angesprochen.

Mit seinem Buch „Kein Ende der Gewalt?“ legt der renommierte Freiburger Moralthologe Eberhard Schockenhoff eine umfassende Friedensethik vor, die als Grundlagenwerk „für eine globalisierte Welt“ zu verstehen ist. Die theologische Ethik möchte aus der Perspektive des christlichen Glaubens Antworten auf moralische Probleme geben. Dabei ist sie aber besonders auf die Überlegungen der Geistes- und Sozialwissenschaften angewiesen, um zu reflektierten, an der sozialen Wirklichkeit ausgerichteten Ergebnissen zu kommen. In diesem Sinne werden friedensethische Fragen besonders von Geschichtswissenschaft,

Philosophie, Politikwissenschaft, Soziologie und Völkerrecht behandelt. Diese interdisziplinären Aspekte integriert Schockenhoff gekonnt in seine Analyse.

Das Buch besteht aus vier großen Teilen: Zunächst werden im ersten Teil – quasi in einem Einleitungskapitel – die grundlegenden Kriegserfahrungen und Friedenshoffnungen von der Antike bis zur Gegenwart angesprochen. Der zweite Teil konzentriert sich auf



Waffen töten nicht nur Menschen, sondern auch die Hoffnung auf Frieden – so die Botschaft dieser Demonstranten gegen Militarismus und Rüstung in Bonn 1980

die Entwicklung der klassischen Lehre vom gerechten Krieg und referiert dabei die zentralen Autoren (z. B. Cicero, Augustinus, Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria). Im dritten Teil wird die biblische Perspektive auf den Frieden thematisiert, wobei einerseits die



Eberhard Schockenhoff:
Kein Ende der Gewalt?
 Friedensethik für eine globalisierte
 Welt. Herder, Freiburg 2018,
 760 Seiten, 58 Euro.

messianische Friedenshoffnung im Alten Testament und andererseits die jesuanische Friedensbotschaft im Neuen Testament zur Sprache kommt. Der vierte Teil entfaltet eine systematische Friedensethik, bei der besonders das sozialetische Leitbild vom gerechten Frieden und aktuelle Fragen der Friedensethik (humanitäre Interventionen, Krieg gegen den Terrorismus, gezielte Tötungen, autonome Waffensysteme, Krieg im Cyberspace, Atomwaffen und nukleare Abrüstung) im Mittelpunkt stehen. Diese ganz praktischen Fragen

Diese ganz praktischen Fragen werden in Zukunft die Friedensethik zunehmend herausfordern: Wie können militärische Interventionen und Einsätze moralisch legitimiert werden? Sind gezielte Tötungen (targeted killing) ein moralischer und rechtlicher Tabubruch?

werden in Zukunft die Friedensethik zunehmend herausfordern: Wie können militärische Interventionen und Einsätze moralisch legitimiert werden? Sind gezielte Tötungen (targeted killing) ein moralischer und rechtlicher Tabubruch? Welche Rolle spielt der Mensch beim Einsatz autonomer Waffensysteme (Kampfdrohnen)? Wird sich der Cyberspace als neuer Raum der Kriegsführung etablieren?

Schockenhoff hat mit seiner Friedensethik eine Publikation vorgelegt, die gegenwärtig auf dem

deutschsprachigen Buchmarkt ihresgleichen sucht. Das Buch schließt eine Lücke, die lange Zeit in der Friedensethik vorhanden war. Zwar gibt es einige friedensethische Monografien und Sammelbände aus theologischer Perspektive („Friedensethik“ von Wolfgang Huber und Hans-Richard Reuter aus dem Jahr 1990 ist z. B. immer noch lesenswert.), doch Schockenhoff bietet eine umfangreiche Ethik des Friedens, die historisch weit ausholt und viele interessante Details zusammenträgt, aber dennoch konkret die rechtlichen und ethischen Probleme der Gegenwart mit einer präzisen systematischen Reflexion in den Blick nimmt. Vor allem der letzte Teil des Buches, der aktuelle friedens- und militäretische Problembereiche systematisch reflektiert, bietet gute Argumentationen für die gegenwärtige Diskussion und das Handeln der friedensethischen Akteure.

Friedensethik als Themenfeld der Angewandten Ethik ist immer anwendungsbezogen und versucht vor dem Hintergrund theoretischer Begriffe und normativer Prinzipien, Antworten auf die drängende Frage nach dem richtigen und guten Handeln in einer komplexen Weltgesellschaft mit unterschiedlichen moralischen Akteuren zu geben. Als normative Wissenschaft stellt sie die jeweiligen Verantwortungsträger heraus und sensibilisiert für ihre entsprechenden Verantwortungsbereiche. Internationale Akteure der Politik, Staaten, Militär, Kirchen und Religionsgemeinschaften, NGOs, Medien und weitere gesellschaftliche Gruppen bis hin zur Familie und zum einzelnen Individuum können somit als moralische Handlungsakteure bestimmt werden, die allesamt für den Frieden verantwortlich bzw. mitverantwortlich sind. Da der Frieden ein existenzielles Grundanliegen der Menschheit beschreibt, obliegt die Sorge für ihn jedem einzelnen, unabhängig davon, ob sich jemand als Politiker / -in, Soldat / -in, Wissenschaftler / -in, Kirchenvertreter / -in, Mutter oder Vater für den Frieden einsetzt. ▲

PAZIFISMUS ALS POLITISCHE ESOTERIK

Im Herbst will die Synode der Evangelischen Kirche über den Frieden nachdenken.

Ein Essay nennt Grundlagen und provoziert

Rezension von Wolfgang Max Burggraf



Hartwig von Schubert: **Pflugscharen und Schwerter.** Plädoyer für eine realistische Friedensethik, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 160 Seiten, 15 Euro.

Zweierlei lässt sich schon vor dem Aufschlagen dieses Essays sagen: Einmal liegt das Erscheinungsdatum exakt neun Monate vor einer EKD-Synode in Dresden, die dem Schwerpunktthema „Frieden“ gewidmet ist. Auf die Synodalen als Adressaten geht der Autor in seinem Vorwort auch ausführlich ein. Dann sind es der Titel selbst und mehr noch das Titelbild, die eindeutig als Provokation über die Buchladentheke kommen: Das abgewandelte Michawort und Friedenstauben in Flecktarn sind wohl schon zu viel für mindestens die Hälfte einer protestantischen Friedens-Community. Beides verlockt, das erschwingliche Büchlein doch in den Einkaufskorb zu legen. Geschrieben sei es „auch für die Soldaten der Bundeswehr, die Polizisten, für alle an Strafprozessen beteiligten Juristen“. Gelingt dieser Spagat, Synodenentscheidungen beeinflussen zu wollen und gleichzeitig den „Endverbrauchern“ von Friedensethik etwas zu bieten?

Ein Blick auf das, was der Endverbraucher bekommt, und die Frage, was er denn eigentlich braucht: Dem Autor gelingt selbst in der Kürze eines Essays die präzise Darstellung der Grundlagen der Rechts- und Staatsphilosophie. Überzeugend ist auch die Verortung protestantischer Theologie als kritische Solidarität mit der Sphäre des Politischen im Gegensatz zur Versuchung einer staatsmetaphysischen Herrschaftslegitimation. Leer geht aus, wer Hilfestellungen für die Bruchstellen der beruflichen Praxis erwartet: Was nämlich ist, wenn militärische Operationen nicht ausreichend legitimiert sind, wenn sie das falsche Mittel im Rahmen gesamtpolitischer Strategien sind etc.? Leer wird auch ausgehen, wer in gesamtökumenischer Diskussion von einem community-orientierten Kirchenverständnis herkommt und hier sehr wohl gesellschaftlich transformatorische Kräfte erkennt.

Zurück zu den Synodalen der EKD-Synode in Dresden, von denen viele dieses Büchlein oder zumindest diese Rezension gelesen haben werden: Die Wertschätzung des Autors für rechtsstaatliche Gewalt und ihren Vollzug durch Polizisten und Soldaten werden viele teilen. Pazifistische Positionen als allgemeinpolitischen Anarchismus zu bezeichnen, werden immer noch viele als provokantes Stilmittel durchgehen lassen. Die Behauptung, Synoden würden sich lächerlich machen, indem sie einen bedingungslosen Pazifismus vertreten wie die badische oder rheinische Landeskirche, und die europäischen christlichen Kirchen dürften der EKD-Synode nach ethischer Überzeugung nicht folgen, sofern auch die sich in diese politische Esoterik flüchtete, wird diese Sätze zweimal lesen lassen. Noch bleiben sechs Monate, auch die anderen Argumentationslinien ebenso präzise zu beschreiben, wie der Autor dies hier für sein Bekenntnis zur rechtserhaltenden Gewalt überzeugend gemacht hat. ▲

INNERE FÜHRUNG

Am Weltfrauentag, dem 8. März 2019, verteilen Soldatinnen Blumen am Brandenburger Tor und präsentieren die Bundeswehr als Arbeitgeber. Auf einem Flyer steht: „Wir kämpfen für Freiheit, Sicherheit und Gleichberechtigung.“



IN WEITER FERNE DIE GRÜNE KASERNE

Mehr Nachhaltigkeit in ihren Kasernen, mehr Produkte aus ökologischer Herstellung oder fairem Handel – damit könnte die Bundeswehr durchaus einen Beitrag für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt leisten. Nutzt sie diesen Hebel?

Von Heike Baier



Mahlzeit! Soldaten bedienen sich am Salatbuffet einer Kaserne in Bayern. Was sie essen, ist weder biologisch angebaut noch im fairen Handel beschafft



Heike Baier arbeitet von Frankfurt aus als Journalistin für Print- und Onlinemedien. Zu ihren Schwerpunkten gehört das Themenfeld Nachhaltigkeit.

Sein Unmut ist Dieter Overath deutlich anzumerken: „Natürlich hat Frau von der Leyen derzeit andere Probleme in der Beschaffung als den fairen Welthandel. Aber scheinbar haben wir nie den richtigen Zeitpunkt, uns um solche Probleme zu kümmern.“ Overath ist Vorstandsvorsitzender von Transfair, einem gemeinnützigen Verein, der das Fairtrade-Siegel in Deutschland vertritt. Er hat schon vor zwei Jahren öffentlich gefordert, die Bundeswehr solle mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Produkte aus fairem Handel verwenden. Passiert sei seitdem: nichts. Ihm sei weder aus den Truppenküchen noch bei der textilen Ausstattung ein Produkt mit Fairtrade-Siegel bekannt, versichert Overath. „Komplette Fehlanzeige – auf allen Ebenen.“

Der Transfair-Chef appelliert nicht umsonst an die Vorbildfunktion der Bundeswehr. Denn das Beschaffungsvolumen des Verteidigungsministeriums (BMVg) ist das größte innerhalb der Bundesbehörden, und die Kasernen tragen dazu nicht unwesentlich bei. 186 Millionen Euro gab das BMVg 2017 allein für Bekleidung und persönliche Ausrüstung der Soldaten aus. 99 Tonnen Kaffee verbrauchten die Truppenküchen

beiden Dienstsitze des Verteidigungsministeriums in Bonn und Berlin zu 100 Prozent Ökostrom. Für die insgesamt 264 bundeswehreigenen Liegenschaften, zu denen auch die Kasernen zählen, soll der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch (Strom und Wärme) bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent ansteigen, von 16,5 Prozent im Jahr 2017. Diese Energie aus regenerativen Quellen erzeugt die Bundeswehr teilweise selbst, sie unterhält von der Biogasanlage bis zum eigenen Wasserkraftwerk 167 Anlagen. Dank des zunehmenden Einsatzes erneuerbarer Energien sind die CO₂-Emissionen in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken: Hatten die Liegenschaften 1990 noch 4,8 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen, waren es 2017 nur noch 1,1 Millionen Tonnen. Im gleichen Zeitraum hat sich der Wärmeverbrauch um 75 Prozent verringert und der Stromverbrauch halbiert – auch wegen der Schließung und Sanierung von Liegenschaften.

Bei der Dienstwagenflotte setzte die Bundeswehr lange darauf, möglichst viele Dieselfahrzeuge mit wenig Hubraum einzusetzen. Mit durchschnittlich 98 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer lagen die Dienstwagen 2018 „weit unterhalb des Zielwertes im

Bei Fleisch gibt es keine Mindestanforderungen, was die Tierhaltung betrifft. Immerhin bieten die Kantinen...

im vergangenen Jahr, 326 Tonnen Äpfel, 677 Tonnen Kartoffeln und 2115 Tonnen Fleisch. 120 000 Tonnen Müll produzierten die Kasernen, die insgesamt rund vier Millionen Megawattstunden Energie bezogen.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg – so besagt es die Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Denkschrift fordert, dass jeder seinen Teil dazu beitragen soll, damit Menschen weltweit friedlich und ohne Not leben können. Die Bundeswehr hätte ein immenses Potenzial, durch eine nachhaltigere Beschaffung Armut und Not in den Ländern des globalen Südens zu lindern, denn zu dieser Not tragen nach Meinung vieler Forscher ausbeuterische Wirtschaftsbeziehungen und die Auswirkungen des Klimawandels bei. Was also tut die Bundeswehr für eine gerechtere Welt?

BMVg unter Strom

Die gute Nachricht: Die Bundeswehr hat sich auf den Weg gemacht in Richtung grüne Zukunft. Erstmals erschien 2018 ein Nachhaltigkeitsbericht, der einige Fortschritte dokumentiert. Seit 2015 beziehen die

Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit der Bundesregierung von 110 Gramm pro Kilometer“, betont das BMVg.

Im Zuge der Diskussion um Stickoxid-Werte beim Dieselantrieb seien die bisher bevorzugten Modelle bei den Herstellern jedoch immer weniger verfügbar. Die Bundeswehr leaset ihre Dienstfahrzeuge in der Regel über die bundeseigene BwFuhrparkService GmbH. Um die CO₂-Emissionen weiter senken zu können, stelle man derzeit auf Elektroantriebe um und baue parallel die Lade-Infrastruktur in den Liegenschaften aus. Aktuell sind unter den knapp 7600 Pkw des zivilen Fuhrparks 178 Fahrzeugen mit Elektroantrieb zu finden.

Essen: Hauptsache günstig

Über ökologische Grundsätze bei der Beschaffung von Lebensmitteln vermeldet der Nachhaltigkeitsbericht hingegen nichts. Die Nachfrage ans Verteidigungsministerium ergibt ein eher gemischtes Bild. Die Belieferung der Truppenküchen organisiert das Verpflegungsamt der Bundeswehr (VpflABw) über öffentliche Ausschreibungen, es gab 2018 für Lebensmittel insgesamt 59 Millionen Euro aus.

Bieter könnten zwar Ware aus regionalem Anbau, mit Fairtrade- oder Biosiegel offerieren, das erlaubt das EU-Recht seit 2016. Solange diese Standards jedoch nicht in der Leistungsbeschreibung gefordert sind, muss man davon ausgehen, dass sie in der Regel auch nicht angeboten werden, denn der Bieter hätte durch seine höheren Ausgaben für Produkte mit Gütesiegel einen Wettbewerbsnachteil. Das VpflABw schreibt wenig vor: Fisch muss durch den Marine Stewardship Council (MSC) zertifiziert sein. Eier müssen aus Bodenhaltung Güteklasse A stammen, was der geringstmögliche Standard ist. Bei Fleisch gibt es keine Mindestanforderungen, was die Tierhaltung betrifft. Immerhin bieten die Kantinen täglich ein vegetarisches Mittagsgeschicht an. Soldaten können also individuell zum Klimaschutz beitragen.

Einen Schritt weiter ist man, was die Ausstattung der Soldaten mit sozial- und umweltverträglich produzierten Textilien angeht. Die Beschaffung von Bekleidung ist an die bundeseigene Bw Bekleidungsmanagement GmbH (BwBM) outgesourct, und diese verlangt bei der Auftragsvergabe unabhängige Nachweise für Schadstofffreiheit im Bekleidungsstück, etwa durch den „Oeko-Tex-Standard 100“. Über eine ökologische

auch: Die Bundeswehr verlässt sich teilweise auf die Aussagen der Hersteller.

Zu leichtgläubig?

An dieser Lieferantenkontrolle entzündet sich derzeit Kritik. Die Christliche Initiative Romero (CIR) hat im November eine Studie mit dem Titel „Nähen für die Bundeswehr“ veröffentlicht, in der Arbeitsrechtsverletzungen in der tunesischen Näherei eines BwBM-Lieferanten publik gemacht werden. Ein Einzelfall, aus dem die Initiative jedoch eine „strukturelle Verantwortungslosigkeit“ in der Beschaffung des BMVg abliest. Als zentrales Problem identifiziert Christian Wimberger von CIR, dass die BwBM von ihren Lieferanten keine Nachweise verlange, die die Umsetzung des Code of Conduct belegen. Glaubwürdig wären dafür in seinen Augen die Zertifikate unabhängiger Initiativen wie etwa der Fair Wear Foundation. „Stattdessen genügt eine Eigenerklärung mit Unterschrift des Lieferanten.“

Wimberger bemängelt auch, dass stichprobenartige Lieferantenkontrollen nach vorheriger Ankündigung wenig aussagekräftig seien und eher dazu dienten, „die Situation reinzuwaschen“. Andere Beschaffungsstellen des Bundes wie etwa das Beschaffungssamt des

...täglich ein vegetarisches Mittagsgeschicht an. Soldaten können also individuell zum Klimaschutz beitragen.

Produktion sagt dieses Siegel jedoch nichts aus. Auch Bio-Baumwolle oder sonstige nachhaltige Faser-Alternativen stehen nicht im Anforderungskatalog. Immerhin wird die Bekleidung der Soldaten überwiegend in Europa und den Mittelmeeranrainerstaaten gewebt und konfektioniert, was für vergleichsweise kurze Transportwege sorgt.

Überdies verfolge die BwBM „die Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien durch einen unternehmenseigenen Code of Conduct“, schreibt das Verteidigungsministerium. Dieser Verhaltenskodex, bestehend seit 2012, orientiert sich an den Konventionen der Vereinten Nationen sowie der Internationalen Arbeitsrechtsorganisation ILO und verpflichtet die Auftragnehmer, bestimmte Anforderungen wie etwa die Versammlungsfreiheit der Arbeiter, maximale Arbeitszeiten oder die Vergütung nach Mindestlohn einzuhalten. Ob dies auch tatsächlich geschieht, kontrolliere man über Lieferantenaudits, so eine Sprecherin des BMVg, „teilweise unter Einbindung Dritter wie dem TÜV Rheinland“. Das heißt aber

Innenministeriums forderten wesentlich differenziertere Nachweise, schreibt die CIR.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt Uwe Kekeritz, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, der aktuell eine „große Anfrage“ zum Thema „ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien in der öffentlichen Beschaffung“ an die Bundesregierung gerichtet hat. Auch bezüglich der Textilien der Bundeswehr bohrt Kekeritz explizit nach. Die im Februar eingetroffene Antwort sei „alles in allem ernüchternd“, urteilt der Politiker. „Alle Beschaffungsstellen des Bundes stehen bei dem Thema noch am Anfang, aber die des Verteidigungsministeriums besonders.“ Das alles zeigt: Die Bundeswehr ist vom Ziel einer nachhaltigen Karriere noch ein großes Stück entfernt. Den eingeschlagenen Weg zügig weiterzugehen, wäre dringend geboten – denn mit ihren immensen Verbrauchsmengen sitzt sie hier an einem mächtigen Hebel für den gerechten Frieden. ▲

GLAUBENS- FRAGEN



Das DDR-Regime veranlasste 1985 die Sprengung der Versöhnungskirche in Berlin-Mitte. Nach der Wende ließ die Gemeinde auf den Fundamenten die „Kapelle der Versöhnung“ errichten. Metallmarkierungen verweisen auf die Umrisse der zerstörten Kirche



VERHEISSUNG ODER GELÖBNIS?



Zur Ambivalenz der christlichen Friedensbotschaft
Von Reiner Anselm und Lukas Meyer

Gott will das Heil der ganzen Welt, das heißt, ihr Wohlergehen in Gerechtigkeit und Frieden. Wer dafür arbeitet, kann nicht für die Aufrüstung arbeiten, sondern muß die andere Richtung einschlagen. Schwerter zu Pflugscharen, wie es in dem berühmten Jesaja-Zitat heißt.“ – „Auf welchen Propheten sollen wir hören, Frau Sölle? Sie kennen sicherlich das Wort des Propheten Joel: ‚Schmiedet eure Pflugscharen zu Schwertern und eure Rebmesser zu Spießen.‘ Ich bin dem Dilemma, welchen Weg wir gehen sollen, nicht enthoben.“¹

Im noch immer lesenswerten Streitgespräch zwischen Dorothee Sölle und Trutz Rendtorff prallten 1983 zwei gegensätzliche christliche Positionen scharf aufeinander. Während die Linksprotestantin als *die* theologische Stimme der Friedensbewegung ein flammendes Plädoyer gegen den Nato-Doppelbeschluss hielt und gar die „Vorbereitung eines neuen Holocausts“ diagnostizierte, betonte der Vorsitzende der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung die Ambivalenzen der geopolitischen Situation, denen seine Kontrahentin nicht gewachsen sei, und verteidigte damit den damaligen Regierungskurs. Aufgrund dieser Haltung warf Sölle dem liberalkonservativen Theologen vor, ein „harmonistisches Bild“ von Kirche und Gesellschaft zu zeichnen und damit „versöhnlerisch“ das „Schmieröl“ einer „friedlosen Maschine“ bereitzustellen. Rendtorff konterte mit dem Vorwurf der Fundamentalopposition, um Sölle abschließend zu fragen: „Warum suchen wir nicht gemeinsam nach dem Ja, auch in der Politik?“

Die theologische Antwort auf diese Frage blieb bis heute aus. Denn die politische Entwicklung sprach zunächst für sich: Bereits fünf Jahre später wurde der INF-Vertrag in Kraft gesetzt, den vermutlich Sölle wie Rendtorff als ihren Teilerfolg verbuchten. Denn sowohl die Friedensbewegung als auch Befürworter des militärischen Abschreckungskurses beanspruchten, das Ende des Kalten Krieges entscheidend herbeigeführt zu haben: Während erstere die unnachgiebigen Proteste als Ausgangspunkt für die Überwindung des Blockdenkens bewerteten, sahen zweitere die westliche Demonstration militärischer Macht als strategisch entscheidenden Schritt zur Wende 1989.

¹ „Unsere Gefahr ist das Wischiwaschi“ Die Theologie-Professoren Dorothee Sölle und Trutz Rendtorff streiten über Krieg und Nachrüstung, in: Der Spiegel 41 (1983), 10.10.1983, abrufbar unter: www.tinyurl.com/spiegel-41-1983

Friedensdemonstration während des Evangelischen Kirchentags 1989 in Berlin. Die Auffassungen zu Themen wie Sicherheitspolitik und Verteidigung gehen bei Christen bis heute weit auseinander



Lange Zeit erschien die Bewertung von Erfolg oder Misserfolg der Friedensbewegung lediglich als Frage von historischem Interesse. Dies hat sich in der Gegenwart allerdings geändert. Angesichts der Aufkündigung des INF-Vertrags ist die Sorge vor einer mit dem Kalten Krieg vergleichbaren Konstellation gestiegen, nicht selten war auch die Forderung nach einer neuen Friedensbewegung zu hören. Wie also könnte eine heutige Antwort auf die Rendtorffsche Frage aussehen, die auch die Anliegen Sölles berücksichtigt? Oder genauer: Wie könnte ein spezifisch christlicher Beitrag zu den sicherheitspolitischen Problemen der Gegenwart aussehen?

1.

Biblische Ambivalenzen

Der bereits zitierte Bibelvers „Schwerter zu Pflugscharen“ findet sich erstmals in Mi 4,1–5. Hatte der Prophet historisch gesehen lediglich Unheil prophezeit, wurde nachexilisch die Verheißung des kommenden Friedensreiches eingefügt.² Darin heißt es wie in Jes 2,2–5, alle Völker werden zum Zion strömen und dort von Gott die Tora erhalten. Mit seinen Geboten weist Gott die Völker zurecht, richtet sie und erwirkt so deren Einsicht, Kriegsgeräte zu Ackerwerkzeugen umzuschmieden. Im Unterschied zur oft verglichenen Stelle in Ps 46,10–11 besteht die Besonderheit der Verheißung also darin, dass nicht Gott selbst die Kriegsgeräte zerstört, sondern er durch die Tora-Gabe und sein Gericht – gewissermaßen als Mediator – die autonome Erkenntnis der Völker herbeiwirkt. Ist damit die eschatologische Vision eines weltweiten friedlichen Zusammenlebens beschrieben, findet sich in Jo 4,10 deren apokalyptische Umkehrung: Alle Völker treten hier in einen kosmischen Krieg ein und werden in einem universalen Weltgericht von Jahwe gerichtet. Der Zion ist in jener Vision nicht der universale Friedensberg, sondern der partikulare Zufluchtsort für das Volk Israel, das einzig und allein Verschonung inmitten der Apokalypse findet.

Der knappe Blick in die biblischen Quellen zeigt also eine Polarität, die stärker nicht sein könnte: Einerseits bietet Joel die apokalyptische Vorstellung des unumgänglichen und totalen Krieges, in dem einzig das Gottesvolk Zuflucht findet – andererseits präsentieren Jesaja und Micha die eschatologische Verheißung des universalen Friedens aller Völker. Ein eklektischer Biblizismus verbietet sich daher. Gleichwohl dürfte festzuhalten sein, dass die Friedensverheißung dem modernen Fortschrittsdenken deutlich korrespondiert und deswegen eine wesentlich größere Wirkungsgeschichte entfaltete, so etwa in den weitverbreiteten Aufhängern auf den Jeansjacken der Anhänger der Friedensbewegung. Bemerkenswert ist zudem die Aufnahme der biblischen Verheißung in eine Skulptur, die den Garten des UN-Hauptquartiers schmückt. Im Jahr 1959 schenkte die Sowjetunion der UN eine Skulptur, die einen muskulösen Arbeiter beim Umschmieden eines Schwertes zu einer Pflugschar zeigt. In einer entscheidenden Hinsicht wurde die Vision allerdings umgeschrieben. Die Aufschrift der Skulptur spricht nicht in der 3. Person von „den Völkern“, sondern formuliert in der 1. Person den Auftrag: „Wir sollen unsere Schwerter zu Pflugscharen schmieden.“ Aus der biblischen Verheißung wurde so ein weltpolitisches Gelöbnis.³

2.

Herausforderungen: eschatologischer Frieden, gerechter Krieg, vorletzte Sicherheit

Was für die Botschaft der Skulptur galt, war in ähnlicher Weise bei der ökumenisch ausgerichteten Friedensbewegung zu beobachten. Das Gelöbnis hätte in der Konstellation des Kalten Krieges schnell als frommer Wunsch abgetan werden können – doch gerade angesichts eines apokalyptischen Atomkrieg-Szenarios stieg die eschatologische Konjunktur. Vor allem in der DDR bildete sich eine breite ökumenische Friedensbewegung, die durch ihre Distanz zum religionsfeindlichen Staat profilierter agieren konnte. „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „Schwerter zu Pflugscharen“ wurden zu den Slogans der staatskritischen, sozialutopistischen Bewegung. Die Verheißung wurde hierbei gerade nicht als außerzeitliche Vision, sondern als praktischer Auftrag und politisches Leitbild interpretiert. Im Hintergrund stand dabei eine vor allem moralische Auffassung der Sünde, die gegen das traditionelle anthropologische Sündenverständnis stand. Auf diese Weise war denkbar, in präsentisch-eschatologischer Ausrichtung eine diesseitige Verwirklichung der Jesaja-Vision zu fordern. Entsprechend stiegen nun insgesamt in den Kirchen die Bemühungen, die traditionelle Lehre des gerechten Krieges durch eine Lehre des gerechten Friedens zu ersetzen.⁴



Reiner Anselm
ist Professor für Systematische Theologie und Ethik an der LMU München sowie Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD.



Lukas David Meyer
ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik der LMU München.

Die Lehre des gerechten Krieges, die sich in christlicher Wendung erstmals bei Augustin findet und von Thomas von Aquin systematisiert wurde, zielt dem eigenen Anspruch nach zwar auch auf den Frieden. Sie unterscheidet aber stärker zwischen der futurisch-eschatologischen Friedensvision als *civitas Dei* und der diesseitigen Welt als *civitas terrena*. Die Realität des Krieges wird damit stärker anerkannt; auf dieser Grundlage werden Kriterien für eine gerechte Kriegsführung gebildet. Diese Kriterien befassen sich einerseits mit dem Recht auf Kriegseintritt (*ius ad bellum*), andererseits mit einer gerechten Kriegsführung (*ius in bello*). Zum rechtmäßigen Eintritt muss eine legitime Autorität (*legitima potestas*) aus einem zulässigen Grund (*causa iusta*), also der Ahndung von Unrecht, den Krieg erklären. Zudem ist eine richtige Absicht (*recta intentio*) erforderlich, diplomatische Mittel müssen vor der Kriegserklärung erschöpft sein (*ultima ratio*) und auch bei Kriegseintritt muss das langfristige Ziel des gerechten Friedensschlusses (*iustus finis*) bedacht werden. Davon zu unterscheiden sind die Kriterien für die gerechte Kriegsführung: Hier müssen die eingesetzten Kriegsmittel verhältnismäßig sein (*proportionalitas*), es muss eindeutig zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterschieden werden (*distinctio*) und Zivilisten müssen auch bei Kriegshandlungen unter Schutz stehen (*immunitas*). Die damit genannten Kriterien wurden in das moderne Völkerrecht übertragen und markieren deutlich, dass die Lehre des gerechten Krieges an einer Begrenzung und nicht an einer Sakralisierung kriegerischen Handelns interessiert ist.

Über die Zielsetzung, Krieg zu verhindern und Frieden zu fördern, bestand also Konsens. Umstritten blieb indes stets, welche Mittel dabei als legitim anzusehen sind und inwieweit Frieden als außergeschichtliche Vision oder diesseitiges Leitbild zu sehen ist. Vor allem über die Friedensbewegung vermittelt, wurde die Lehre des gerechten Krieges als überholt kritisiert, da diese teils zur moralischen Überhöhung von Krieg tendiere, teils aber Frieden lediglich auf das geopolitische Paradigma der Sicherheit engführe. Das Leitbild des gerechten Friedens beanspruchte dagegen, die enge Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit in Erinnerung zu rufen. Dieses Grundanliegen bestimmte im Folgenden die Debatte und die Positionierungen der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie des Ökumenischen Rats der Kirchen.⁵

Charakteristisch für das Konzept des gerechten Friedens ist mitnichten eine einseitig pazifistische Argumentation, wie Kritiker in verzerrender Darstellung oft behaupten – stattdessen findet sich vielfach das Narrativ der globalen Verrechtlichung, demzufolge Kriege vor allem durch das Recht eingehegt und die Nationalstaaten zu multilateraler Kooperation gebracht werden sollen. Dementsprechend sind klassische Motive die Forderung nach einer Stärkung des Weltsicherheitsrates sowie nach dem Aufbau eines internationalen Gewaltmonopols, das über eine sukzessiv zunehmende internationale Strafgerichtsbarkeit aufgebaut werden soll. Zugestanden wird dabei durchaus, dass in Konfliktfällen das Völkerrecht auch militärisch durchgesetzt werden muss. Dass aber gerade das Völkerrecht auch auf die Lehre des gerechten Krieges zurückgreift, zeigt, dass auch die Lehre des gerechten Friedens trotz aller Zäsur-Rhetorik auf die Kriteriologie des vermeintlich überholten Modells zurückgreift und dieses modifiziert.⁶

² Vgl. W. Schottroff, Die Friedenseifer. Das Prophetenwort von der Umwandlung von Schwertern zu Pflugscharen (Jes 2,2-5 / Mi 4,1-5) (1984), in: ders., Gerechtigkeit lernen. Beiträge zur biblischen Sozialgeschichte (Theologische Bücherei 94), München 1999, S. 205–224, hier: S. 218 f.

³ Vgl. Klaus Koenen, Schwerter zu Pflugscharen, in: WiBiLex (www.tinyurl.com/schwerter-koenen, letzter Zugriff: 28.02.19)

⁴ Vgl. dazu Wolfgang Lienemann, Frieden. Vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“ (Ökumenische Studienhefte, Band 10), Bensheim 2000, S. 156 f.

⁵ Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Die deutschen Bischöfe, Gerechter Friede, Bonn 2000. Rat der EKD (Hg.), Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007. Zentrallausschuss des ÖRK (Hg.), Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden, Genf 2011.

⁶ Vgl. Ulrich Körtner, „Gerechter Friede“ – „Gerechter Krieg“. Christliche Friedensethik vor neuen Herausforderungen, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 100 (2003), S. 348–377, hier: S. 354.

Mit Blick auf die gegenwärtige Verfasstheit der UN-Organe ist die Praxistauglichkeit des Konzeptes zumindest fragwürdig. Es fällt auf, dass die dargebrachten friedensethischen Lösungen nicht selten durch eine Modellierung erfolgen, bei der ein Kriegsschauplatz in eine von den Vereinten Nationen verantwortete rechtliche Bändigung verlagert wird. Hier treten einige Schwierigkeiten auf. Denn selbst bei einem Kurs mit starker multilateraler Affinität ist festzuhalten, dass mangelnde militärische Ausstattung zu grundlegender Kritik an den UN-Missionen etwa in Ruanda und Bosnien führte. Andererseits sorgte gerade die militärische Durchsetzungsfähigkeit der medial wenig beachteten UN-Mission im Kongo dafür, dass das Prestige wuchs. Ein weiteres wiederkehrendes Problem ist die friedensethische Modellierung einer Intervention als Polizeieinsatz. Das Modell Just Policing verniedlicht faktisch die Drastik eines Kriegsgeschehens und nivelliert zudem die für liberale Demokratien grundlegende Unterscheidung zwischen polizeilicher und militärischer Gewalt. Gleichwohl sollte in der Bewertung nicht unterschätzt werden, dass die ökumenische Bewegung und ihre Friedensethik teils eine impulsgebende Wirkung entfalten konnten. Dies gilt nicht allein für die Prophylaxe von Konflikten, sondern auch für deren Beilegung, was besonders an der ökumenischen Vermittlung und erfolgreichen Beendigung des Bürgerkriegs in Mosambik im Jahr 1992 deutlich wird. Ist die Kritik an mangelnder Praxistauglichkeit in Dilemma-Situationen berechtigt, so ist zugleich ein Potenzial in der Transzendierung von Konflikten zuzugestehen.

3.

Konsequenzen: die letzten und die vorletzten Dinge

Gerade in einer kritischen Sichtweise auf das Konzept des „gerechten Friedens“ ist die Berufung auf Bonhoeffers Unterscheidung zwischen den letzten und den vorletzten Dingen, zwischen dem Reich Gottes und der vorfindlichen Welt typisch. Die dahinterstehende lutherische Haltung droht aber ihrerseits in eine Lesart der Zwei-Reiche-Lehre abzudriften, die einer Eigengesetzlichkeit des weltlichen Regiments das Wort redet, wodurch sie zur Naturalisierung der Sünde und zur Futuralisierung der Eschatologie führen würde. Gerade vor einer solchen Vereinseitigung schützt aber die Bonhoeffersche Unterscheidung, die mit der Kategorie des Vorletzten gerade nicht diesen privatisierenden Zug hat. Stattdessen mahnt das Bewusstsein für das Vorletzte zwar Realitätssinn an und widerspricht einer manichäischen Dämonisierung der Gegner – gleichwohl bestimmt auch das Letzte einen genuin christlichen Gestaltungswunsch im Diesseits: „Christliches ist der Anbruch des Letzten in mir, das Leben Jesu Christi in mir. Es ist aber immer auch Leben im Vorletzten, das auf das Letzte wartet.“⁷

Ein christlicher Beitrag zu den sicherheitspolitischen Problemen der Gegenwart müsste insofern zwar anerkennen, dass der INF-Vertrag für die sich verändernde geopolitische Konstellation, die nicht mehr von zwei Blöcken, dafür aber von neuen Weltmächten wie China und Indien geprägt ist, strategische Nachteile für die Nato-Staaten bietet. Allerdings besteht gerade in der Transzendierung des Konfliktes das Potenzial der kritischen Distanzierung und eines problembewussten Optimismus. Echte Dilemmasituationen werden damit weiterhin nicht zufriedenstellend lösbar sein – und doch umfasst die Hoffnung auf die Verheißung zweierlei: das Warten auf den Frieden und das Anbrechen des Friedens. ▲

⁷ Dietrich Bonhoeffer, Die letzten und die vorletzten Dinge, in: ders., Ethik, hg. von Ilse Tödt et al., München 1992, S. 137–162, hier: S. 160.

WAS IST DER MENSCH?



**Die Selbstdefinition als „vernunftbegabtes Wesen“
ist in Zeiten von Deep Learning und künstlicher Intelligenz
kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Menschen müssen
herausbekommen, was nur Menschen können**

Von Frank Hofmann



Das ist „Sophia“, ein vom Hongkonger Unternehmen Hanson Robotics entwickelter Roboter, der menschliche Gestik und Mimik imitiert und über vordefinierte Themen einfache Gespräche führen kann

Vor drei Jahren fand in Seoul eine Revolution statt, deren Auswirkungen immer stärker zu spüren sind: Ein Computerprogramm von Google besiegte den Weltmeister Lee Sedol im Go, das als das komplexeste Strategiespiel überhaupt gilt. Dass digitale Programme selbst Champions schlagen können, war zwar nicht neu. Bereits 1997 hatte das IBM-Programm Deep Blue im Schach gegen Garry Kasparov gewonnen. Aber das Beson-

dere, Bahnbrechende an AlphaGo war die Art, wie dieses Programm seine Züge berechnete. Frühere Computer gewannen einfach aufgrund ihrer hohen Rechenleistung, mit der sie konsequent alle möglichen Alternativen durchspielten. Was für Schach noch funktioniert, ist ein bei Go unmögliches Verfahren – die Anzahl der Zugmöglichkeiten ist höher als die Gesamtzahl der irdischen Atome. Deshalb wendeten die Programmierer bei AlphaGo eine

neue Technik an: Sie fütterten, vereinfacht gesagt, die Maschine mit „nur“ 30 Millionen dokumentierten Zügen aus einer Datenbank – und überließen es einem dem menschlichen Gehirn nachempfundenen Neuronennetz im Rechner, daraus Schlüsse für Erfolg versprechende Züge zu ziehen. Mit anderen Worten: Der Computer brachte sich das Spielen selber bei.

Diese neue Strategie, die sich mit den Fachbegriffen „Maschi-



Dr. Frank Hofmann
ist Chefredakteur des ökumenischen Vereins Andere Zeiten e. V. in Hamburg. Er gehört dem Herausgeberkreis von ZUR SACHE BW an.

nenlernen“, „Deep Learning“ oder „künstliche neuronale Netze“ verbindet, hat seitdem die intelligente Anwendung von Computern revolutioniert. Die neuen KI-Möglichkeiten sind besonders frappierend auf medizinischem und kulturellem Gebiet. Einen Hautkrebs erkennt der Computer inzwischen genauso zuverlässig wie der Hautarzt; weitere Diagnosesysteme sind in der Entwicklung. So scheint eine Früherkennung von Parkinson auf Basis einer computergesteuerten Ganganalyse möglich zu sein; das Depressionsrisiko kann anhand der geposteten Instagram-Bilder vorhergesagt werden (welche Motive, welche Filter werden verwendet); und zur Diagnose von Schizophrenie scheinen Stimmanalysen sehr wertvoll zu sein. Vielversprechend sind die Perspektiven in der Genforschung, wo bereits jetzt von Menschen nicht überschaubare Datenmengen auf intelligente Analysen warten: Welche Abschnitte im Erbgut sind für welche Krankheiten ursächlich?

Algorithmen als Maler, Forscher und Verbrecher

Wie KI unsere Kultur verändern wird, wurde spätestens auf der Buchmesse 2016 in Frankfurt deutlich, als das Gemälde „Der nächste Rembrandt“ vorgestellt wurde: ein digital erstelltes Porträt, für das der Computer sämtliche Bilder von Rembrandt analysierte und die gefundenen Regeln auf ein neues Bild anwandte. Der Rechner erfasste Farben, Art und Höhe des Farbauftrags, die

Geometrie der Kompositionen, das Spiel mit dem Lichteinfall, die Größenverhältnisse – eine riesige Datensammlung von 15 Terabyte. Was das System daraus mit Hilfe eines 3-D-Druckers schuf, wirkte so echt, dass ein Kunstkritiker verblüfft feststellte: „Der Computer hat offenbar alle Merkmale herausgefunden, die einen Rembrandt zu einem Rembrandt machen.“ Für ein ähnliches Porträt einer Pariser KI-Kunstgruppe wurden im Oktober bei einer Auktion von Christie's 432 500 Dollar gezahlt – deutlich mehr als für die ebenfalls angebotenen Werke von Jeff Koons, Banksy und Christo.

Ein weiterer Quantensprung im Wortsinn wird die Einführung von Quantencomputern sein, die deutlich mehr Informationen auf kleinstem Raum verarbeiten können als die bisherigen digitalen Computer, die letztlich alles noch auf eine Folge von Nullen und Einsen herunterbrechen. Bereits 50 Quantenbits genügen, um die Rechenleistung von 125 Billionen klassischen Bits zu erreichen.

Faszinierende Möglichkeiten – aber auch beängstigende Gefahren. Wird das gesamte kulturelle Wissen der Menschheit bald auf den Servern weniger Konzerne liegen? Was passiert, wenn all die Daten in falsche Hände geraten? Welche Schrecken kommen bei krimineller oder militärischer Verwendung der KI auf uns zu? Mit welchen neuen, perfiden Verkaufsstrategien werden wir

ausgenutzt? Ob wir eher einen Alptraum oder eine Utopie zu erwarten haben, ist unter Experten umstritten.

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari von der Hebrew University of Jerusalem hat auf einer Ethikrat-Tagung in Berlin seine Dystopie einer Menschheit beschrieben, der dank KI der Humanismus abhandenkommt: „Die Forschung erklärt den freien Willen zum Mythos. Leistungsfähige Computer können uns inzwischen besser verstehen als wir selbst“, sagt Harari, der in absehbarer Zukunft eine Zwillingsrevolution erwartet: Biotech und Infotech verschmelzen, der Mensch wird zum Sklaven seiner Algorithmen. Was hinreichend düster klingt, aber die Frage nach der Menschenwürde mehr als rechtfertigt. Der Philosoph Heiner Bielefeldt hat es jüngst in einer seiner Schriften so ausgedrückt: „Bei aller Evidenz, die wir bei der Menschenwürde unterstellen, fällt es zunehmend schwer, genauer anzugeben, was darunter zu verstehen ist.“

Damit sich die neuen technischen Möglichkeiten wirklich zum Wohl der Menschheit entwickeln, ist es hilfreich, sich einmal auf die Frage zu besinnen: Was zeichnet uns als Menschen noch aus, wenn immer mehr unserer kognitiven Fähigkeiten auch von künstlichen neuronalen Netzen übernommen werden können? Die alte Definition des Aristoteles vom Menschen als „vernunftbegabtem Lebewesen“ („animal rationale“) scheint über kurz oder lang ausgedient zu haben.

„Bei aller Evidenz, die wir bei der Menschenwürde unterstellen, fällt es zunehmend schwer, genauer anzugeben, was darunter zu verstehen ist.“

Heiner Bielefeldt, Philosoph

Fünf Kriterien

Der jüngste technische Entwicklungssprung lässt nun bei genauer Sicht gerade die menschlichen Eigenheiten deutlich zutage treten, die in der christlichen Tradition schon immer eine wichtige Rolle gespielt haben.

Da ist zum einen die Fähigkeit, sich als Bestandteil eines großen Sinnzusammenhangs zu fühlen. In dieser Weise über sich selbst hinauszudenken, wird einem Computer nie gelingen.

Der zweite große Unterschied ist unsere Fähigkeit zu lieben: Nichts ist im Leben mächtiger als die Liebe. Sie steuert unser emotionales Gedächtnis und speist unsere Motivation, dass wir uns für eine glückliche und friedliche Welt einsetzen. Wir können einem Computer alle Codes des Verliebtseins und der Liebe beibringen, vielleicht werden künftige Avatare bei Komplimenten rot werden, verlegen sprechen, aber sie werden nie diese Auflösung von Ich und Du in einen Algorithmus umwandeln können.

Da ist zum Dritten die Fähigkeit, sich funktionalen Zusammenhängen zu entziehen und so etwas wie Langeweile, Muße, Meditation zu üben. Diese bewusste Verweigerung einer Zweckerfüllung ist die Voraussetzung für Spiritualität, die auf Effizienz programmierten Maschinen immer fremd bleiben wird.

Zum Vierten sind Menschen sich ihrer eigenen Vergänglichkeit bewusst, verorten sich also immer schon in übergeordneten Zusammenhängen wie „zeitlich/ewig“ oder „bedingt/absolut“. Das Bewusstsein, dass unsere Existenz vergänglich ist, bringt die Dramatik in unser Leben und die Beziehungen, die wir pflegen. Ein Computer wird in seiner Strategie nicht dadurch verändert, dass wir ihm androhen, bald den Stecker zu ziehen.

Der fünfte große Unterschied schließlich liegt in unserer Fähigkeit zu scheitern – und trotzdem weiterzumachen. Es ist gerade das Kennzeichen menschlicher Existenz, dass wir fehleranfällig sind. Und das hängt mit unserer Vergänglichkeit zusammen. Es war evolutionär ein Vorteil, schnell neue Hypothesen zu bilden, anstatt die alten komplett durchzurechnen. Auch wenn wir viele unserer Annahmen über das Leben, die Anderen und uns selbst immer wieder korrigieren müssen, so sind wir doch Meister darin, ständig neue Theorien auszuprobieren – und daran zu scheitern. Ein Computer kann nicht scheitern, sein Programm kann allenfalls wertlos werden. Computer sind programmatisch vollkommen. Wir dagegen können von einem auf den anderen Tag unseren Lebensentwurf ändern und unser Selbst neu bestimmen.

Im christlichen Bild von Kreuz und Auferstehung wird diese Chance besonders deutlich. Wir dürfen uns auch dann als gelungene Kreaturen verstehen, wenn wir Fehler machen, unseren eigenen oder anderen Ansprüchen nicht gerecht werden. Denn wir werden, im Gegensatz zu Maschinen, nicht daran gemessen, wie gut wir etwas tun. Wert und Würde des Menschen sind unabhängig von seinen Leistungen. Schöpfung, Liebe, Spiritualität, Endlichkeit und das ständige Leben zwischen Scheitern und Hoffnung, zwischen Karfreitag und Ostern – das können Elemente einer neuen Sicht auf den Menschen sein. Sie entspricht sehr genau dem, was das Christentum seit Jahrhunderten ausmacht. ▲

FREIHEIT IST EIN SCHILLERNDER BEGRIFF



Die evangelischen Kirchen in der DDR zwischen politischer Einbindung und Widerständigkeit

Rezension von Angelika Dörfler-Dierken

Die in Greifswald zu Zeiten des Kalten Krieges geborene, am Theologischen Seminar in Leipzig ausgebildete und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1998 promovierte Siegener Kirchengeschichtspräsidentin Veronika Albrecht-Birkner hat ihre Ausbildungs- und Qualifikationsphase im Osten Deutschlands nach dem großen politischen Umbruch von 1989/90 erlebt. Sie kennt aber auch die Jahrzehnte davor aus eigenem Erleben. Das zeigt sich in vielfältigen Weichenstellungen in ihrer Studie, vor allem in den Vergleichen von Ost- und Westprotestantismus.

Albrecht-Birkner hat ein kritisch-analytisches Verhältnis zu den Diskussionen um die wahre „arme“ und „staatsferne“ ostdeutsche Kirche im Unterschied zur liberalen und reichen EKD. Der Streit der Gelehrten und der Gläubigen um die „wahre“ Freiheit in Christus und die politische Freiheit im Westen spiegelt sich in gegensätzlichen, erinnerungspolitisch aufgeladenen Narrativen: dem Arrangement-, dem Diktatur- und dem Fortschrittsgedächtnis. Da das Diktaturgedächtnis nach dem Ende der Repression im öffentlichen Diskurs schwächer wird – von den etwa 270 000 offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes sind nur 69 nach 1990 verurteilt worden –, beginnt ihre Studie mit der Beschreibung des Verhältnisses von Kirche und Staat. In kritischer Distanz steht Albrecht-Birkner auch zu vielen der zu DDR-Zeiten an der Kirchenleitung Be-

teiligten. Sie stellt jede der acht ostdeutschen Landeskirchen (Mecklenburg, Sachsen, Thüringen, Greifswald, Berlin-Brandenburg, Kirchenprovinz Sachsen, Anhalt, Görlitzer Kirchengebiet) in ihrem besonderen Profil vor und diskutiert dann die theologischen Weichenstellungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und verschiedener kirchlicher Basisgruppen, in denen sich geistlich, humanistisch und politisch mo-



Veronika Albrecht-Birkner:
Freiheit in Grenzen.
Protestantismus in der DDR
(Christentum und
Zeitgeschichte, Bd. 2),
Evangelische Verlagsanstalt,
Leipzig, 2018,
284 Seiten, 24 Euro.

tivierter Widerstand gegen das repressive System von Staat und Kirchen mischten. In den Blick kommen hier insbesondere die infolge der Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlussakte gegründeten Basisgruppen von Querfurter, Hallenser und Berliner Friedensinitiativen, von Bausoldaten, Gruppen von „Schwerter zu Pflugscharen“, der Kessiner Friedenskreis, das Friedensseminar in Königswalde, aber auch Ökologiegruppen sowie die sogenannte Offene Jugendarbeit.

Albrecht-Birkner wirft auch einen knappen Blick auf den freikirchlichen Protestantismus, der 1945 nur drei, 1989 nur zwei Prozent der DDR-Bevölkerung umfasste, und resümiert die Grundlinien deutsch-deutscher kirchlicher Kooperation. Besonders interessant sind hier die Ausführungen zu den diversen „Geschäften“ zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der DDR-Regierung, die über

Albrecht-Birkners Zielstrebigkeit der Argumentation bei hoher Differenziertheit im Einzelnen macht ihr schmales, aber ungemein gehaltvolles Büchlein höchst lesenswert, denn die Autorin ordnet und gewichtet die DDR-Kirchengeschichte nachvollziehbar und auch für nachgeborene Außenstehende verständlich.

den BEK abgewickelt wurden und nicht nur Häftlingsfreikauf, sondern auch Lieferung von Steinkohle vorsahen. Beide Kirchenbünde, die EKD ebenso wie der BEK, waren in ihren politischen Systemen verflochten und in ihnen zugleich widerständig. Sie waren in sich weit pluraler, als sie wohl selbst wahrgenommen haben. Besonders umstritten war in beiden Kirchen die Friedensfrage, in der sich die ostdeutschen evangelischen Kirchen eindeutiger als die westdeutschen

gegen die Stationierung weiterer Atomwaffen aussprachen. Die ostdeutschen Kirchen waren im Ökumenischen Rat der Kirchen gern gesehen und konnten hier wichtige Impulse einbringen. Das freute einerseits die DDR-Führung, führte andererseits aber dazu, dass sie mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit für ihre Bürger konfrontiert wurde.

Albrecht-Birkners Zielstrebigkeit der Argumentation bei hoher Differenziertheit im Einzelnen macht ihr schmales, aber ungemein gehaltvolles Büchlein höchst lesenswert, denn die Autorin ordnet und gewichtet die DDR-Kirchengeschichte nachvollziehbar und auch für nachgeborene Außenstehende verständlich. Wenn man erfahren möchte, wie „bunt“ die vom Staat drangsalierte Kirche im Sozialismus in menschlicher, religiöser, theologischer, kirchlicher Hinsicht war; wenn man verstehen möchte, warum die Thüringer Landeskirche ein anderes Frömmigkeitsprofil als etwa die Mecklenburger hat, dann findet man dafür in Albrecht-Birkners Studie zum Protestantismus in der DDR eine Vielzahl von interessanten und anregenden Hinweisen. Freiheit ist bekanntlich ein schillernder Begriff, der nicht nur politische, sondern auch innere Freiheit meint; diese Freiheit war, so ist hier zu lernen, bei den wenigen evangelischen Christen in der DDR in Grenzen möglich. ▲

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN



**Der Raum der Stille und der Raum des Abschieds
im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg**
Von Michael Rohde



Der Raum der Stille: Patienten, Angehörige und Mitarbeiter finden Ruhe und – hoffentlich – Zuversicht

Unruhig ist es auf den Gängen des Bundeswehrkrankenhauses in Hamburg. Viele Menschen haben unterschiedliche Ziele, unterschiedliche Interessen. Mitten im Zentrum trete ich in einen anderen Raum, eine andere Dimension, Spiritualität am anderen Ort. Ich bin umfungen vom Marienblau, der Blick fokussiert ein Labyrinth. Ich suche den Anfang, einen Weg und hoffe, schnell in der Mitte zu sein. Aber kurz vor dem Ziel bin ich fast wieder am Anfang. So geht es Menschen, die krank sind. Möglichst schnell zum Ziel, das so greifbar scheint und dann wieder so weit weg ist. Und doch: Das Ziel liegt da.

Mir schweben Worte entgegen, güldene Worte wie Dankbarkeit, Geduld, Friede. Worte, die meine Sehnsüchte widerspiegeln. Die oft so unerreichbar sind, wenn ich als Patientin, als Angehöriger oder als Mitarbeiterin mit Krankheit, Leid und Tod, aber auch mit Heilung konfrontiert bin. Der Weg führt mich weiter durch die Gänge der Stationen in das Untergeschoss, in den Raum des Abschieds, wo hinter dem Vorhang die Kühlfächer sind. Dorthin, wo Menschen zum letzten Mal den Menschen sehen können, der zu ihnen gehört hat, oft für Jahrzehnte und bis vor wenigen Tagen.



Im Raum des Abschieds können Hinterbliebene mit ihren Verstorbenen ein letztes Mal Zeit verbringen. Die Räume gestaltete die Hamburger Künstlerin Kerstin Carbow

Auch hier begegnet mir ein Halbrund. Diesmal sind es erdige Farben, die mich ansprechen. Ein dreiteiliges Bild regt zum Nachdenken an. Auch hier bleibt das Kunstwerk nicht zweidimensional, sondern kommt mir dreidimensional entgegen. Die drei Tage von der Kreuzigung bis zur Auferstehung fallen mir ein. Lese ich die Bildtafeln von unten nach oben oder von oben nach unten? Oben strahlt die Sonne, unten die dunkle Erde. Also von unten nach oben: vom Tod zur Auferstehung. Vor dem Vorhang lese ich: „Leben ist eine Reise, die heimwärts führt.“ Hoffentlich stimmt das. Ich glaube daran. ▲

Impressum



Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs herausgegeben von Professor Dr. Arnulf von Scheliha, Universität Münster; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der Bundeswehr München; Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten e. V.

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Gabriele Meister, Michael Haspel, Christina Kamp, Sabine Jaberg, Frank Sauer, Friedrich Lohmann, Hartwig von Schubert, Frie Bräsen, Rüdiger König, Katja Dorothea Buck, Jürgen Schrödl, Christian Ehrens, Angelika Dörfler-Dierken, Thomas Bohmann, Wolfgang Max Burggraf, Heike Baier, Lukas Meyer, Reiner Anselm, Frank Hofmann, Michael Rohde

Redaktion:

Dirk Ackermann (Chefredakteur), Walter Linkmann, Martin Middendorf, Hanna Lucassen, Felix Ehring

Redaktionsanschrift:

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:

www.militaerseelsorge.de

E-Mail:

militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:

Jochen Bohn, Veronika Drews-Galle, Anne Peters-Rahn, Jobst Reller, Marcus Schaper, Hartwig von Schubert

Realisierung:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Kostka

Druck:

Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich

ISSN: 1869-4497



Bildnachweise

Titel: Michael Zumstein, VU, laif / S. 5 Drazen, iStockphoto / S. 7 Universal Images Group Editorial, Getty Images; Pablo Martinez Monsivais, picture-alliance / S. 8–12 Steffen Roth (2); Bundeswehr / S. 14–15 Ernst Haas, Getty Images / S. 18 Anthony Asael, Getty Images; Thomas Coex, Getty Images / S. 23 Michael Nigro, Pacific Press Agency, picture alliance / S. 24 Kim Dong-Joo, AFP, Getty Images / S. 31 Jean-March Bouju, picture-alliance / S. 34 ullstein bild, Granger, NYC / S. 36 Argemiro Piñeros, colprensa, dpa, picture-alliance / S. 41 Matthias Dembski, epd-bild / S. 43 Frederic J. Brown, Getty Images / S. 44–45 Khaled Abdullah, Reuters / S. 46 Seyllou, Getty Images / S. 48 Lido Vizzutti, The Washington Post, Getty Images (2) / S. 51 Jekesai Njikizana, AFP, Getty Images / S. 53 Gabriel Rossi, Getty Images / S. 55 Ashraf Hendricks, Anadolu Agency, Getty Images / S. 58 Klaus Rose, ullstein bild / S. 61 Paul Zinken, dpa, picture-alliance; Hannibal Hanschke, Reuters / S. 62 Quirin Leppert / S. 65 Norbert Neetz, epd-bild / S. 67 Paul Langrock, epd-bild / S. 71 Mikhail Tereshchenko, TASS, dpa, picture-alliance / S. 76–77 Walter Linkmann / S. 78 Anthony Asael, Corbis, Getty Images / S. 80 picture-alliance, SZ Photo

Tagsüber mag so manchem das Träumen schwerfallen, der dieses Hotel in Bethlehem besucht. Die Herberge steht direkt an der von Israel errichteten Mauer (siehe Seite 18). Gestaltet und eröffnet hat sie der Künstler Banksy. Wie mag man dessen Motive beschreiben? Optimistisch, absurd, naiv – wie es oft nur Träume sind. Der Gast erwacht am Morgen in einem der schwierigsten Konflikte weltweit. Nichts hat sich geändert. Oder?





Hartwig von Schubert

Militärdekan Dr. theol., Jahrgang 1954, studierte Evangelische Theologie in Göttingen, Tübingen, Heidelberg und Kiel. Seit 2004 leitet er das Evangelische Militärpfarramt an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.



Europäische Friedensethik

Wieder einmal wird in Deutschland die existenzielle Frage von Krieg und Frieden debattiert – genauer: die Frage nach der Legitimation nationalstaatlicher Gewalt innen- und außenpolitisch. Der erfahrene Militärdekan Hartwig von Schubert steuert das Schiff politischer Vernunft sicher zwischen radikalpazifistischer Friedensethik und einer einzig auf nationale Stärke setzenden Interessenpolitik hindurch.

Von Schubert versteht seine Schrift als Aufruf an die Kirchen im Mutterland der Reformation, beim Weiterbau am Menschheitstraum von Frieden und Freiheit auch unbequeme politische Realitäten anzuerkennen.

Hartwig von Schubert

PFLUGSCHAREN UND SCHWERTER

Plädoyer für eine realistische Friedensethik

160 Seiten | Paperback

ISBN 978-3-374-05861-7

€ 15,00 [D]



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT

Leipzig

www.eva-leipzig.de



facebook.com/eva.leipzig

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe



Vielfalt gestalten

Diversity ist Thema. Wir sind nicht „uniform“. Und wenn es dann doch die Uniform sein muss? Wie einsatztauglich ist das Bild von der bunten Truppe Bundeswehr? Oder, andere Frage: Wie viel Vielfalt halten eigentlich Gesellschaft und Kirche aus?

Dass Menschen verschieden sind, ist trivial. Doch wer von Diversity spricht, will das Zusammenleben in Vielfalt gestalten – das ist ein Heft wert!